

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl



Ab in den Süden ab Seite 8

Interview:
Bruch des EU-Vertrages

Journalist Harald Schumann übt scharfe Kritik an der Troika und den Parlamenten **8**

Schwerpunkt:
Plötzlich Mensch zweiter Klasse

Die radikale Sparpolitik ließ das griechische Gesundheitssystem zusammenbrechen **14**

Schwerpunkt:
Wohnungsnot bei Leerständen

Das Gesicht der Krise in Spanien sind fast tägliche Delogierungen **22**



8

© Harald Schumann



18

© K.O.S. EU



26

© Antonio Bravante / ChromaOrange / pictureesk.com



32

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl

Schwerpunkt:

Ausgehebelte Marktmechanismen

12

Mit Projekten der Solidarökonomie stemmt sich die linke griechische Protestbewegung ganz praktisch gegen die Spardiktate.

Plötzlich nur Mensch zweiter Klasse

14

Die radikale Sparpolitik hat in Griechenland das Gesundheitssystem zusammenbrechen lassen.

Mittellos und ohne Schutz

16

Trotz Krise steigt auch in Griechenland die Zahl der MigrantInnen. Sie sind weitgehend auf sich selbst gestellt.

Humanität mit Krise

18

Trotz Rezession schultert Italien einen großen Teil der Flüchtlingsankünfte. Die Hilfsbereitschaft ist besonders auf Sizilien groß.

Jobmotor mit Armutsgefährdung

20

Nach der Krise steigt in Spanien wieder das Bruttonationalprodukt. Der Aufschwung geht jedoch auf Kosten der ArbeitnehmerInnen.

Wohnungsnot bei Leerständen

22

Das Gesicht der Krise in Spanien sind Delogierungen, die fast täglich stattfinden, und zivilgesellschaftlicher Protest dagegen.

Feindliche Übernahme

26

Die Troika trägt zum Abbau des Sozialstaats bei, zum Anwachsen von Ungleichheiten und stellt die europäische Einigung infrage.

Ausverkauf des Staates ist nicht der Heilige Gral

28

Die Troika setzte Griechenland unter Druck, sein Staatseigentum zu veräußern. Der Privatisierungszwang könnte sich rächen.

Ist die Troika an allem schuld?

30

Die Suche nach den Schuldigen der Krise lässt alte Klischees über Griechenland aufleben. Was ist dran? Ein Faktencheck.

Rettung für die Banken

32

Die Kreditauflagen für Griechenland sind für ArbeitnehmerInnen und Arbeitsrechte der größte Rückschlag seit Jahrzehnten.

Tarifautonomie ade

34

Von massiven Eingriffen in die nationalen Lohnpolitiken und dem erklärten Ziel der EU, die Gewerkschaften zu entmachten.

Krise vergrößert Gehaltsschere	36	Standards:	
In Spanien gibt es mehr und besser ausgebildete erwerbstätige Frauen. Bessere Löhne erhalten sie nicht, ganz im Gegenteil.		Standpunkt: Die Jugend hat mehr verdient	4
Die weibliche Seite der Krise	38	Veranstaltung: SOZAK goes Europe	5
Hohe Arbeitslosigkeit, sinkende Durchschnittseinkommen, rigoreuse Sparkurse: Was bedeutet das für Frauen in Europas Süden?		Aus AK und Gewerkschaften	6/7
Aufwachsen in Armut	40	Historie: Die lange Nacht des Faschismus	11
Kinder sind die Leidtragenden der Weltwirtschaftskrise. Ein starkes Sozialsystem ist entscheidend für Armutsvermeidung.		Zahlen, Daten, Fakten	24
Interview:		Neues aus der SOZAK	42
Interview mit Harald Schumann	8	Frisch gebloggt	44
Der deutsche Journalist über die fehlende demokratische Legitimation der Troika und die negativen Folgen ihrer Politik.		Nicht zuletzt – von Markus Marterbauer	45
		Man kann nicht alles wissen	46
		Erklärungen aller grün markierten Worte.	

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internetfähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetag.com/downloadreader

blog.arbeit-wirtschaft.at

twitter.com/AundW

www.facebook.com/arbeit.wirtschaft

www.arbeit-wirtschaft.at/kiosk

Der Fluch der Troika

Redaktion intern

„Die Verlogenheit bestand darin zu sagen: Wir geben Griechenland Kredit, weil wir so europäisch solidarisch sind.“ So fasst der Journalist Harald Schumann seine Kritik an der Troika-Politik zusammen. In dieser Ausgabe schauen wir uns die Situation im Süden Europas genauer an: Wir berichten über die in Griechenland entstandene Solidarökonomie (S. 12) und die dramatischen Folgen des drastischen Sparkurses für das dortige Gesundheitssystem (S. 14) sowie für die dort Schutz suchenden MigrantInnen (S. 16). Dass es Solidarität trotz Krise gibt, zeigt auch eine italienische Initiative (S. 18).

Wir hinterfragen die Sinnhaftigkeit der Privatisierungen, die Griechenland aufgezwungen werden (S. 28), gehen der Frage nach, wohin die „Hilfsgelder“ denn nun eigentlich geflossen sind (S. 32), und thematisieren die tiefen Einschnitte in die Sozialpartnerschaft (S. 34).

In Spanien hat sich die Situation zwar entspannt – allerdings auf Kosten der ArbeitnehmerInnen im Allgemeinen (S. 20) und der Frauen im Besonderen (S. 36). Frauen sind im Übrigen auch in anderen Ländern von der Krise stärker betroffen (S. 38), ebenfalls die Kinder (S. 40). Paradox, aber wahr: In Spanien gibt es fast

täglich Delogierungen – bei gleichzeitig leer stehenden Wohnungen (S. 22).

Die Kolumne „Nicht zuletzt“ stammt aus der Feder von Markus Marterbauer. Unter „Frisch gebloggt“ lesen Sie Interessantes aus unserem Blog blog.arbeit-wirtschaft.at. Online finden Sie uns wie gewohnt unter www.arbeit-wirtschaft.at sowie auf www.facebook.com/arbeit.wirtschaft und twitter.com/AundW. Wir freuen uns stets über Kritik und Anregungen (aw@oegb.at) und wünschen viel Vergnügen bei der Lektüre.

Für das Redaktionskomitee
Sonja Fercher



Sonja Fercher
Chefin vom Dienst

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Standpunkt

Die Jugend hat mehr verdient

Mehr als fünf Millionen Jugendliche in Europa sind arbeitslos. Das sind so viele Menschen, wie Norwegen EinwohnerInnen hat. Noch düsterer sieht die Lage in Griechenland oder Spanien aus, denn in diesen Ländern ist die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos. 160.000 Jugendliche sind es in Griechenland (bei 10 Millionen EinwohnerInnen). In Spanien sind es sogar 850.000 (bei 46 Millionen EinwohnerInnen). Ja, auch ich musste staunen, als ich mir diese Dimensionen wieder einmal bewusst gemacht habe.

Auf der Strecke

Abgesehen von den negativen Folgen, die dies für die Betroffenen hat: Es ist eine der wahrlich großen Gefahren für das Projekt Europa, wenn ausgerechnet Jugendliche dabei auf der Strecke bleiben. Noch schlimmer ist, dass sich dafür niemand so recht zuständig zu fühlen scheint. Vielmehr starren alle wie gebannt auf die Herren der Troika und warten das Ergebnis des neuesten Tauziehens mit der Regierung in Griechenland ab. Erstaunlich dabei ist, wie sehr bei diesem Thema die Wogen hochgehen können – und wie selten über Rezepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen so emotional und intensiv gestritten wird.

Nun ist die Arbeitslosenquote von Jugendlichen in den Ländern des Südens

schon lange notorisch hoch. Die Krise hat von daher eine Situation verschärft, die vorher schon problematisch war – im Übrigen trifft dies auch auf die anderen EU-Länder zu, nur dass sie von der Krise nicht so massiv getroffen wurden wie die Länder des Südens.

Das Problem ist, dass sich alle dem Spardiktat unterworfen haben. Genau das aber führte immer tiefer in die Misere – und das auf dem Rücken eben jener Jugendlichen, für die nun angeblich gespart wird, um ihnen, wie gerne betont wird, „keinen Schuldenberg zu hinterlassen“. Viel zu selten wird darüber gesprochen, welche Lasten die jetzige junge Generation schultern muss: Jene, die Arbeit haben, finanzieren gemeinsam mit den älteren KollegInnen einen großen Teil jener „Rettungspakete“, mit denen private Gläubiger und Banken aufgefangen werden, die sich schlichtweg verspekuliert haben – während viele andere AltersgenossInnen auf der Straße stehen.

Da ist es leider nur allzu verständlich, wenn sich junge Menschen vom Projekt Europa ab- und Rechtspopulisten bis -extremen zuwenden. Diesen aber ist nicht an einer Weiterentwicklung des Projekts Europa gelegen, das auf Wohlstand, Frieden und sozialer Sicherheit beruht. Ganz im Gegenteil.

Die älteren Generationen haben immerhin noch hautnah miterlebt, warum Europa ein Friedensprojekt ist. Bei den

einen ist der Zweite Weltkrieg noch präsent. Die anderen haben die Grenzen noch miterlebt, die Europa zerrissen haben. Wir haben noch erlebt, wie nach dem Fall des Eisernen Vorhangs brutale Kriege auf europäischem Boden gekämpft wurden. Und wir haben erlebt, wie sehr die europäische Idee dazu beigetragen hat und weiter dazu beiträgt, Europa friedlich zusammenzuführen. Doch die Krise überdeckt all dies, ja, durch die Krise wird all dies zusehends infrage gestellt. Denn ein wesentliches Instrument dieser Entwicklung ist der soziale Frieden. Gerade in Griechenland, aber auch in Spanien ist dieser brüchiger denn je, wie wir in diesem Heft aufzeigen.

Was schon Freud lehrte

Wir laden Sie ein, sich mit uns in die Untiefen der Krise zu begeben. Angenehm ist das natürlich nicht. Bloß Verdrängung macht alles nur noch schlimmer. Es ist wichtig, sich dem zu stellen, denn nur dann kann man sich auch Gedanken über mögliche Lösungsansätze machen. Es liegt an uns, gemeinsam Wege aus dieser Krise zu finden und Europa wieder zu jenem Zukunftsprojekt zu machen, das die jungen Menschen von heute und morgen verdient haben. Bleibt mir nur noch, Ihnen trotz allem eine interessante Lektüre zu wünschen – und natürlich schöne und erholsame Sommertage!

SOZAK goes Europe

Seit fünf Jahren ist das Europapraktikum fixer Bestandteil der SOZAK-Ausbildung. Auch heuer war dies für die TeilnehmerInnen wieder eine lehrreiche und unvergessliche Zeit.

Vier Wochen verbrachten die TeilnehmerInnen des 64. Lehrgangs der Sozialakademie im Zuge ihrer Ausbildung bei Gewerkschaften und Betriebsratskörperschaften in acht verschiedenen Ländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, Großbritannien, Norwegen, Schweden, Schweiz und Türkei).

Dort waren sie voll in die Arbeit der jeweiligen Organisationen eingebunden und arbeiteten sehr engagiert an diversen gewerkschaftlichen Aktionen mit.

Sie lernten wichtige Skills für ihre Tätigkeit in den Gewerkschaften und Betrieben, vernetzten sich mit europäischen ArbeitnehmervertreterInnen, gaben aber ihrerseits auch Wissen an die europäischen Partnerorganisationen weiter.

Die Erfahrungen und Erkenntnisse dieses SOZAK-Europapraktikums präsentierten die 23 SOZAK-TeilnehmerInnen am 20. Mai 2015 im Bildungszentrum der AK Wien im Zuge einer europäischen Gewerkschaftskonferenz.

Anwesend waren neben ÖGB-Präsident Erich Foglar und AK-Präsident Rudi Kaske auch ArbeitnehmervertreterInnen aus sieben verschiedenen Ländern sowie sogar einige BotschaftsvertreterInnen der Praktikumsländer.

Im Herbst dieses Jahres erscheint ein Buch über das heurige Europapraktikum, in dem die TeilnehmerInnen ihre Ergebnisse zusammengefasst haben.

Mehr Infos unter:
www.ichwardabei.at



Irene Brunner verbrachte ihr Praktikum bei der norwegischen Gewerkschaft Fagforbundet. Besonders interessiert an ihrem Bericht waren Botschaftsrat Hugo Kornses von der norwegischen Botschaft in Österreich ...



... und ÖGB-Präsident Erich Foglar. Karl Dürtscher von der GPA-djp erkundigt sich in der Zwischenzeit über die gewerkschaftliche Situation in Schweden.



AK-Präsident Rudi Kaske, Gerd Schumacher und Wolfgang Wolter (beide Praktikumsgeber aus Deutschland) erkundigen sich bei Karl Orthaber über sein Praktikum bei der Gewerkschaft Nahrung-Gaststätten-Genuss.



Zahlreiche Gäste diskutierten mit den SOZAK-TeilnehmerInnen über das Europapraktikum und die europäische Vernetzung. Ende des Jahres gibt es ein Buch über die Erfahrungen der TeilnehmerInnen.

IMPRESSUM

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,
Fax: (01) 534 44-100222 Dw., Sonja Fercher (CvD),
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Jasmin Fichtinger, Philipp Starlinger,
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Markus Marterbauer (Vorsitz), Bernhard Achitz (Stellvertretender
Vorsitz), Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Thomas Angerer,
Lucia Bauer, Cornelia Breuß, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum,
Georg Feigl, Andreas Gjecaj, Richard Halwax, Karin Hinteregger,
Georg Kovarik, Florian Kräftner, Barbara Lavaud, Sabine Letz,
Pia Lichtblau, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer, Brigitte Pellar,
Charlotte Reiff, Alexander Schneider, Georg Sever, Paul Sturm,
Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann,
Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Sonja Fercher (CvD), Bernhard Achitz, Sonja Adler, Markus
Bernath, Astrid Fadler, Lukas Franke, Wolfgang Kowalsky, Ilse
Leidl-Krapfenbauer, Jan Marot, Markus Marterbauer, Irene
Mayer-Kilani, Michael Mazohl, Michael Mesch, Lisa Mittendrein,
Vanessa Mühlböck, David Mum, Maja Nizamov, Brigitte Pellar,
Alexandra Rotter, Reinhold Russinger, Georg Sever, Ruth Simsa,
Irene Steindl, Chrissi Wilkens

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße
20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744
Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw., E-Mail: zeitschriften@
oegbverlag.at, Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten
und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25:

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
sandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
Redaktion und mit Quellenangabe.

ÖGB:

Arbeit gerecht verteilen

Regierung muss Arbeitszeit verkürzen, Urlaub verlängern.

420.000 Menschen sind derzeit arbeitslos – ein Rekordwert. „Der von der Regierung angekündigte Arbeitsmarktgipfel muss mehr bringen als Zahlenkosmetik“, fordert Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. „Es genügt nicht, die Arbeitslosenquote zu senken. Gleichzeitig muss die Qualität der angebotenen Arbeitsplätze steigen.“ Die Statistik zeigt, dass die Wirtschaft Bedarf an Teilzeitarbeitskräften hat. Nur die Hälfte der ArbeitnehmerInnen arbeitet Vollzeit. „Vor allem Frauen bekommen nur noch Teilzeitjobs. Diese Not müssen wir zur Tugend machen und die Normalarbeitszeit mit einem Maßnahmenmix verkürzen – natürlich bei Erhalt von Kaufkraft und Lebensstandard“, so Achitz.

Arbeitszeitverkürzung sei notwendig, um die vorhandene Arbeit gerechter zu verteilen. „Während die einen mit

unterbezahlten Teilzeitjobs abgespeist werden, müssen andere haufenweise Überstunden machen“, kritisiert Achitz. Deshalb sollten Arbeitgeber, die Überstunden anordnen, auch einen Beitrag von einem Euro pro Stunde zusätzlich ins Gesundheits- und Arbeitsmarktbudget einzahlen. Ein weiterer Schritt für Achitz ist die Erhöhung des Urlaubsanspruchs. Arbeitsmarkt und Gesellschaft haben sich verändert, die Menschen wechseln häufiger den Arbeitsplatz, ob freiwillig oder unfreiwillig. Dem müsse Rechnung getragen werden: „Alle ArbeitnehmerInnen sollen die Chance auf die sechste Urlaubswoche bekommen – und nicht nur diejenigen, die 25 Jahre in ein und demselben Betrieb beschäftigt sind.“

Mehr Infos unter:

tinyurl.com/ou2skmw

AK:

Gesetzeswidriger Heimvertrag

Studierendenheimverträge strotzen vor gesetzwidrigen Bestimmungen.

Junge Menschen zieht es oft nach Wien, um zu studieren. Die erste eigene Unterkunft wird für viele ein Zimmer im Studierendenheim. Die AK hat daher Musterverträge von zehn Wiener Studierendenheimträgern auf den Prüfstand gestellt. Die darin enthaltenen Klauseln verstoßen meist gleich gegen mehrere gesetzliche Bestimmungen. In den zehn geprüften Studentenheimmietverträgen inklusive Heimstatuten hat die AK 407 gesetzwidrige Klauseln gefunden – das sind im Durchschnitt rund 40 gesetzwidrige Klauseln pro Vertrag. Da die Klauseln oft gegen mehrere Bestimmungen verstoßen, waren es in Summe 605 Verfehlungen gegen gesetzliche Bestimmungen – im Schnitt also 60 Gesetzesverstöße pro Vertrag.

180-mal wurde gegen das Transparenzgebot des Konsumentenschutzgesetzes verstoßen. Das heißt, die Ver-

tragsbestimmungen sind unklar oder unverständlich formuliert. So tappen etwa HeimbewohnerInnen in mehreren Fällen sogar wegen der Höhe des monatlichen Benützungsentgeltes im Dunkeln. 182 Verstöße gehen gröblich zulasten eines Vertragspartners und sind somit laut Allgemeinem Bürgerlichem Gesetzbuch unwirksam. So behalten sich die Heimträger vor, den HeimbewohnerInnen während der Laufzeit des Vertrages jederzeit ein anderes Zimmer zuweisen zu können.

Die AK wird die Heimträger über das Ergebnis informieren und verlangen, die Klauseln zu ändern. Überdies will die AK eine Verbesserung des Studierendenheimgesetzes. So sollen die Verträge verständlicher und klarer formuliert werden.

Mehr Infos unter:

tinyurl.com/paall8v

PRO-GE/GPA-djp:

Erfolgreiches Freizeit-Modell

Die kollektivvertraglich geregelte Freizeitoption wird von Beschäftigten individuell genützt.

Die sogenannte **Freizeitoption** wurde von den Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp erstmals im Jahr 2013 für die ArbeiterInnen und Angestellten im Kollektivvertrag der Elektro- und Elektronikindustrie abgeschlossen. Heuer wurde diese als grundsätzliches Gestaltungsmodell auf zehn Jahre abgeschlossen.

Inzwischen gibt es die Freizeitoption auch für andere Branchen, wie etwa in der Fahrzeugindustrie, in Bergbau und Stahlindustrie sowie in der Papierindustrie. „Die Freizeitoption ist eine innovative Möglichkeit der Arbeitszeitgestaltung. ArbeitnehmerInnen können, ohne ihre Normalarbeitszeit zu verändern, die Jahresarbeitszeit verkürzen. Das macht das Modell für mehr zusätzliche Freizeit so erfolgreich“, sagen Rainer Wimmer (Bundesvorsitzender der PRO-GE) und Karl Proyer (stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp). Voraussetzung ist der Abschluss einer freiwilligen Betriebsver-

einbarung zwischen Unternehmen und Betriebsrat. Gibt es eine solche, haben Beschäftigte die Möglichkeit, durch Einzelvereinbarung mit dem Unternehmen in den Genuss der Option zu kommen. Einmal vereinbart, bekommen die Beschäftigten jeden Monat die zusätzliche Freizeit. Den ArbeitnehmerInnen stehen verschiedene Wahlmöglichkeiten für den Verbrauch zur Verfügung: für die Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit, für die Verlängerung des Urlaubs oder aber auch als Ansparmodell für längere Freizeitphasen. „Beschäftigte haben so die individuelle Möglichkeit, ihre Arbeitszeit und damit auch ihre Arbeitsbelastung zu verringern“, betonen Wimmer und Proyer.

Untersuchungen der Arbeiterkammer zeigen, dass die Freizeitoption positive Effekte auf die Beschäftigung hat. Sie kann zudem positive gesellschaftliche und gesundheitliche Auswirkungen

haben, etwa bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder für eine Umverteilung der Lebensarbeitszeit. „Es gibt eine Reihe von Handlungsfeldern, um Arbeit so umzuverteilen, dass einerseits die Work-Life-Balance der Beschäftigten verbessert werden kann und andererseits mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können – auch die Freizeitoption gehört dazu“, sagen Wimmer und Proyer.

„Die Freizeitoption ist freiwillig und braucht noch Zeit, sich durchzusetzen. Aber die Auswirkungen auf Beschäftigung und Gesundheit werden jedes Jahr deutlicher zu sehen sein. Daher ist die Freizeitoption auch für viele andere Bereiche und Branchen interessant und wird daher auch Thema bei den Herbstlohnrunder sein“, sagen Wimmer und Proyer.

Mehr Infos unter:

www.proge.at bzw. www.gpa-djp.at

AK:

Mehr Kinder brauchen Nachhilfe

Eltern gaben 10 Millionen Euro mehr als 2014 aus.

Mehr Kinder brauchen Nachhilfe, der Lern- und Leistungsdruck auf die Familien steigt: Ganze 119 Millionen Euro und damit 10 Millionen mehr als voriges Jahr haben die Eltern für private Nachhilfe ausgegeben. Zwar geben die Eltern pro Kind weniger für Nachhilfe aus. Aber die Zahl derer, die Nachhilfe bekommen, ist gestiegen. Das zeigt das AK-Nachhilfebarometer 2015, für das über 3.300 Eltern befragt wurden.

Dabei ersetzt die private Nachhilfe nicht, dass Eltern nach der Schule mit den Kindern lernen. Bei jenen Kindern, die Nachhilfe bekommen, ist der Zeitaufwand der Eltern fürs Lernen genauso hoch wie bei Eltern, die nicht für private Nachhilfe zahlen. Hauptgrund für Nachhilfe ist, dass eine Note verbessert oder eine Nachprüfung verhindert werden soll. In der Hauptschule sollen Kin-

der mittels Nachhilfe in eine höhere Leistungsgruppe aufsteigen. In Schulen, an deren Ende über die weitere Schullaufbahn entschieden wird, wird mit Nachhilfe um die Berechtigung zum Übertritt ins Gymnasium oder in berufsbildende Schulen gekämpft. So sind die Nachhilfe-Ausgaben in der Neuen Mittelschule relativ hoch. Eltern nehmen sie dort hauptsächlich deshalb in Anspruch, damit ihre Kinder ihre Noten verbessern können. Dabei gibt es einen Lichtblick: In der echten, verschränkten Ganztagschule, in der Unterricht, Üben, Sport und Freizeit über den ganzen Tag verteilt sind, müssen die Eltern seltener selbst mit den Kindern lernen als in der Halbtagschule. In der Ganztagschule lernen 24 Prozent der Eltern täglich mit den Kindern, im Durch-

schnitt aller Formen der Nachmittagsbetreuung müssen 40 Prozent der Eltern zusätzlich selbst mit den Kindern lernen.

Die Arbeiterkammer fordert deshalb hochwertige Ganztagsbetreuung und mehr Mittel für Schulen mit vielen Kindern, denen die Eltern keine teure Nachhilfe zahlen können. „Weder die Eltern noch die Nachhilfeinstitute sollen die grundlegende Aufgabe der Schule übernehmen“, hält Rudi Kaske, AK-Präsident, fest. Außerdem verlangt er den Ausbau der Ganztagschulen nicht nur auf dem Papier: Die Mittel für den Ausbau müssen von den Ländern komplett in Anspruch genommen werden. Beim Ausbau selbst muss es strenge Qualitätskontrollen geben.

Mehr Infos unter:

tinyurl.com/pso8w72

Bruch des EU-Vertrages

Der Journalist Harald Schumann prangert die fehlende demokratische Legitimation der Troika an und geht mit ihrer Politik hart ins Gericht.

ZUR PERSON

Harald Schumann



ist Redakteur der deutschen Zeitung „Tagesspiegel“. Dort beschäftigt er sich mit Fragen der wirtschaftlichen Macht und den Folgen von Globalisierung und Europäisierung. Von 1984 bis 1986 war er Redakteur bei der „tageszeitung“, von 1986 bis 2004 arbeitete er für den „Spiegel“. Bekannt wurde Schumann Ende der 1990er-Jahre mit dem Bestseller „Die Globalisierungsfalle“. Im Jahr 2013 wurde die Fernsehdokumentation „Staatsgeheimnis Bankenrettung“ ausgestrahlt. Die Dokumentation wurde mit dem Deutschen Fernsehpreis in der Kategorie „Beste Reportage“ ausgezeichnet. Seine neueste Dokumentation widmet sich der Troika.

Arbeit&Wirtschaft: Ihre Dokumentation über die Troika hat im Titel den Zusatz: „Macht ohne Kontrolle“. Sie kritisieren diese als undemokratisch. Warum?

Harald Schumann: Die Troika, also der Verbund aus IWF, EZB und EU-Kommission, ist in keinem europäischen Vertrag und auch nicht in der EU-Verfassung vorgesehen. Ihre Arbeit fußt lediglich auf einer Vereinbarung zwischen den Regierungen. Das heißt, alles, was die Beamten der Troika tun, geschieht juristisch gesehen außerhalb des Vertrags der Europäischen Union und ihrer Institutionen.

Nun könnte man auch sagen: Die Regierungen wurden demokratisch gewählt, somit erfolgt die demokratische Kontrolle auf diesem Weg.

Das Problem ist, dass diese Beamten niemandem gegenüber zur Rechenschaft verpflichtet sind – außer den Ministern der Euro-Gruppe. Wir haben also eine Gruppe von Beamten, die viel Macht ausüben, sich aber gegenüber keinem Parlament rechtfertigen müssen. Kein Parlament kann sie herbeizitiern und Anweisungen geben. Sie werden auch von keinem Rechnungshof überprüft.

Dazu kommt, dass sich die Parlamentarier der nationalen Parlamente für die Details der Programme und vor allem für deren Konsequenzen weder interessiert haben noch sich verantwortlich fühlten, als die Folgen sichtbar wurden.

Ich kann mich nicht erinnern, dass es irgendeine relevante, auch nur denkbare Mehrheit im Deutschen Bundestag gegeben hätte, die sich dafür verantwortlich fühlte, dass in Griechenland ein Viertel der Bevölkerung inzwischen keine Gesundheitsversorgung mehr hat.

Vielmehr sagen sie: Da sind die Griechen schuld, sollen sie doch sehen, wie sie damit klarkommen. Dass genau das das Ergebnis einer völlig überzogenen Kürzungspolitik ist, der auch sie zugestimmt haben: Dafür haben sich die meisten Parlamentarier in Deutschland oder in den anderen Ländern nicht verantwortlich gefühlt.

Der eigentliche Skandal besteht darin, dass das Europäische Parlament diese Notmaßnahme aus dem Frühjahr 2010 bis heute zulässt. Ich kann ja sogar noch nachvollziehen, dass

man sich am Anfang gesagt hat: „Okay, man muss jetzt ganz schnell handlungsfähig werden.“

Aber das Europäische Parlament hätte sagen müssen: „Das ist ein Ausnahmezustand, und spätestens nach drei Monaten müssen wir in einen Zustand kommen, wo Beamte normaler demokratischer Kontrolle unterliegen.“ Stattdessen haben wir einen gigantischen exekutiven Apparat ohne jegliche parlamentarische Kontrolle!

Dass das Europäische Parlament mit seiner konservativen, liberalen Mehrheit einfach hinter der Gruppe der Euro-Finanzminister hergedackelt ist, um dann nach viereinhalb Jahren einen ein bisschen kritischen Bericht zu machen, wo sie sagen: „Eigentlich war das alles illegal“ – und dann aber aus dem Bericht überhaupt keine Konsequenzen zu ziehen: Das zeigt, dass sie sich selbst als Parlamentarier nicht ernst nehmen. In jedem anderen Job würde eine derartige Arbeitsverweigerung mit fristloser Kündigung geahndet.

Die von der Troika geforderten Maßnahmen erinnern an die Politik des IWF in den 1990er-Jahren, deren negative Folgen schon damals Josef E. Stiglitz kritisiert hat. Hat man daraus nichts gelernt?

Das ist ja das Erstaunliche: Als der IWF nach Europa geholt wurde, gab es von Anfang an sehr verschiedene Meinungen darüber, wie man mit der Krise umgehen müsste.



© Harald Schumann

„90 Prozent des gesamten Geldes, das man Griechenland geliehen hat, dienen dazu, die Finanzindustrie freizukaufen.“

Die Expertengruppe vor Ort hat zum Beispiel gesagt: Griechenland ist so überschuldet, dass man einen Schuldenerlass machen muss, bevor man mit der Sanierung anfängt, um die Gesamtlast zu senken und auch sicherzustellen, dass das Land eine Perspektive hat. Darüber haben sich die Europäer und die Amerikaner gemeinsam hinweggesetzt, weil ihnen die Stabilität der europäischen Banken wichtiger war als Griechenland.

Neuere Forschungsergebnisse des IWF legen zudem nahe, dass die gesamte Konzipierung der Programme falsch ist. Da heißt es zum Beispiel: Es gibt keinen empirischen Beleg dafür, dass Arbeitsmarktiliberalisierung die Produktivität erhöht. Genau das ist aber eine der zentralen Annahmen für die Strukturprogramme.

In einer Evaluation hat der IWF auch eingeräumt, dass die Austeritätsauflagen für Griechenland viel zu ambitioniert waren und mehr Schaden angerichtet als Nutzen gebracht haben. Aber weder EU-Kommission und EZB noch IWF waren bereit, Konsequenzen daraus zu ziehen. Öffentlich demonstrierte Lernunfähigkeit könnte man das nennen. Die Europäische Kommission etwa hat diesen Bericht einfach zurückgewiesen und gesagt: Das sei falsch, ohne es zu belegen.

Zurück zur demokratischen Legitimation der Troika: Worin besteht der Verstoß gegen die EU-Verfassung?

Das bezieht sich vor allem darauf, dass die Aufgabe der Beamten der Kommission darin besteht, den EU-Vertrag zu hüten und zu verteidigen. Im EU-Vertrag steht unter anderem, dass die europäischen Institutionen für die Lohnfindung in den Mitgliedstaaten keinerlei Zuständigkeit haben.

Als Troika-Beamte mischen sie sich aber ein und verfügen, dass Tarifverträge ungültig gemacht werden oder bisher geltende Regelungen zurückgefahren werden. Es gibt sogar interne Arbeitspapiere, in denen die Kommission ganz offen formuliert, dass sie starke gewerkschaftliche Verhandlungsmacht für ein Wachstumshindernis hält und diese deswegen zu schwächen sei. Das halte ich für einen Verstoß gegen den EU-Vertrag.

Herr (Thomas, Anm.) Wieser hat das als Präsident der Euro-Gruppe ganz offen erklärt: Wenn der gleiche Beamte, der aus Steuergeldern auf Basis des EU-Vertrages bezahlt wird, für die Finanzminister der Euro-Gruppe unterwegs ist, dann ist er an den europäischen Vertrag nicht mehr gebunden. Das ist eine aberwitzige Konstruktion – und im Grunde auch eine Selbstentlarvung, weil es bedeutet, dass aus Steuergeldern bezahlte Beamte der EU-Kommission im rechtsfreien Raum tätig sein können.

In Portugal hat das Verfassungsgericht nicht weniger als acht Mal geurteilt, dass Kürzungsmaßnahmen wegen der ungerechten Lastenverteilung verfassungswidrig sind. Das

führte im Übrigen dazu, dass die Portugiesen ihren Staatshaushalt wesentlich langsamer konsolidiert haben und deshalb die Rezession nicht so schlimm war.

Dass sich Portugal wieder erholt hat, ist also keineswegs auf eine Einsicht der Kommission zurückzuführen, sondern im Gegenteil: In einem internen Bericht haben die Kommissionsbeamten die Verfassungsrichter sogar als Politaktivisten in eigener Sache bezeichnet. Das muss man sich noch mal auf der Zunge zergehen lassen!

Man sollte sich vorstellen, die EU-Kommission würde sich trauen, das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe als Politaktivisten zu bezeichnen: Die Beamten, die das verfasst hätten, hätten keinen Monat länger ihren Job. Aber beim kleinen Portugal oder Griechenland können sie diese Arroganz der Macht haben, weil die sich dagegen nicht wehren können.

Auch in Griechenland hat der Oberste Gerichtshof Troika-Maßnahmen für rechtswidrig erklärt. Als jetzt die neue Regierung gesagt hat, dass sie die rechtswidrigen Entlassungen rückgängig machen will, wurde ihr vorgeworfen, sie würde die alten Reformen zurückfahren.

Offenbar kümmern sich die Troikaner um die Urteile der höchsten Gerichtshöfe nicht. Mit anderen Worten: Diese Herren – es handelt sich leider überwiegend um Herren – haben irgendetwas ein gebrochenes Verhältnis zum Rechtsstaat.

Sie schreiben, die Notkredite dienen dazu, private Gläubiger auf Kosten der Steuerzahler von ihren Fehlinvestitionen freizukaufen. Haben wirklich nur sie davon profitiert?

Bevor die Kreditprogramme einsetzten, hatten die Krisenländer Schulden bei privaten Investoren und Banken, konnten diese aber nicht mehr bezahlen. Daraufhin sprangen die Steuerzahler aus den anderen Eurozonen-Ländern ein und gaben Kredit, damit die auslaufenden Anleihen und Kredite bedient werden konnten. Also wurden die früher privaten Gläubiger durch öffentliche Gläubiger ersetzt.

Sind also die privaten Gläubiger an allem schuld?

Die privaten Gläubiger tragen die Hälfte der Verantwortung. Das ist in der Marktwirtschaft so: Wenn ich in eine Firma investiere und die Firma geht pleite, dann ist das mein Problem. Wenn ich nun in einen Staat investiere und der Staat geht pleite: Wessen Problem ist es, jenes der Steuerzahler in den anderen Euro-Staaten? Es war natürlich ein gigantisches Risiko. Ich weiß nicht, wie ich mich als Finanzminister im Jahre 2010 entschieden hätte, wenn ich gesehen hätte: Deutsche Banken haben in Griechenland insgesamt 65 Milliarden Euro im Feuer. Bei den französischen Banken waren es sogar 70 Milliarden Euro.

Die Verlogenheit bestand darin, nicht zu sagen: „Wir geben Griechenland Kredit, damit unsere Banken nicht zusammenbrechen.“ Vielmehr hat man den Wählern gesagt: „Wir geben Griechenland Kredit, weil wir so europäisch solidarisch sind.“

Das war aber ein Bruch des EU-Vertrages. Dieser sagt ausdrücklich, dass sich die Euro-Staaten gegenseitig finanziell nicht beistehen dürfen. Genau das musste man aber tun, um das Bankensystem zu retten. Um das den Wählern zu verkaufen, wurde diese Lüge von der Solidarität und der Hilfe, aber nur gegen Auflagen und Reformen verbreitet. Das war von Anfang an verlogen und Heuchelei! Es ging von Anfang an darum, diese Län-

der zahlungsfähig zu halten, um das Bankensystem zu stabilisieren.

Allerdings: Wenn man das öffentlich und ehrlich gesagt hätte, hätte das natürlich eine automatische Frage nach sich gezogen: Wer sind denn da die Begünstigten? Wem wird denn da bei seinen Fehlinvestitionen geholfen? Offensichtlich ja doch den Vermögenden, Spekulanten und den Banken, die griechische Anleihen von einer unseriösen Regierung gekauft haben – von der man spätestens seit den Olympischen Spielen wusste, dass sie überschuldet ist, sprich seit 2004. Wenn das rausgekommen wäre, hätte man festgestellt: Moment mal, wir retten nicht die Griechen, sondern wir retten eigentlich nur die reichen Investoren, die dort ein paar Basispunkte mehr Zins kriegten.

Dann hätte man sich überlegen können, woher man das Geld für die übernommenen Verluste zurückholen könnte, zum Beispiel durch eine Vermögenssteuer oder eine Finanztransaktionssteuer. Jedenfalls hätte man „Haftung – Verantwortung – Geld zurückholen“ in die richtige Reihenfolge gebracht.

In Ihrer Dokumentation ist von „Plünderungen“ die Rede. Was ist damit gemeint?

Eine der wesentlichen Auflagen der Troika-Programme ist, dass die Staaten den Staatsbesitz innerhalb von kurzen Zeiträumen verkaufen müssen – angeblich, um damit zur Schuldentilgung beizutragen. Tatsächlich führt es in Griechenland und Portugal dazu, dass nationale und internationale Investoren staatliches Eigentum zu extrem niedrigen Preisen erwerben können und damit unglaubliche Gewinne machen. Weil wenn man einen Staat in Verkaufszwang bringt, hat er natürlich eine schlechte Verhandlungsposition.

Insbesondere in Griechenland unter der alten Regierung, die aufs Engste mit den Oligarchen und der reichen Elite verbandelt und von ihr finanziell abhängig war, führte es dazu, dass es bei den meisten Verkäufen ganz genau einen Bieter gab – und dieser Bieter war in der Regel ein Konsortium eines

der griechischen Oligarchen, gemeinsam mit einem arabischen, chinesischen oder russischen Investor.

Das hat eine unserer InterviewpartnerInnen, die jetzige griechische Parlamentspräsidentin, „Plünderungen unserer staatlichen Ressourcen genannt“ – und das ist es auch. Wenn man wertvolle staatliche Assets wie zum Beispiel ein Filetstück im Herzen Athens von der Größe Monacos mit sechs Kilometer Küstenlinie zu einem Drittel des geschätzten Marktwertes an einen griechischen Oligarchen und seine arabischen und chinesischen Freunde verkauft, na ja: Wie nennen Sie das denn?

Dass die EU und die Euro-Zone nicht übereinstimmen und Letztere keine Grundlage im Europäischen Recht hat, scheint ja ein grundlegendes Problem zu sein, für das man auf Dauer eine Lösung finden müsste ...

Ich erkenne vor allem nicht die Suche. Es scheint Absicht, weil sich die Herren Finanzminister natürlich in ihrer Rolle als Machthaber, deren Macht über die eigenen Grenzen hinausreicht, ohne dabei von Parlamenten kontrolliert zu werden, sehr wohlfühlen. Darum haben sie gar kein Interesse daran, das zu ändern. Schlimm ist, dass sich das Europäische Parlament das gefallen lässt.

Man hätte längst im Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments einen Unterausschuss Euro-Gruppe bilden und sagen können: Wir fordern, dass sich die Euro-Finanzminister bei ihren gemeinsamen Beschlüssen diesem Unterausschuss stellen und sich an dessen Beschlüsse auch gebunden fühlen. Das hätte man fordern können, haben sie aber nicht.

Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Interview führte Sonja Fercher für Arbeit&Wirtschaft.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Die lange Nacht des Faschismus

Der europäische Süden lebte Jahrzehnte unter faschistischen Diktaturen, die GewerkschafterInnen verfolgten und in den Untergrund trieben.

Portugal, Spanien, Italien, Griechenland: Europas sonniger Süden und Europas wirtschaftliche Krisenregion. Dieses Doppelimage lässt leicht vergessen, dass die vier Länder viel länger als etwa Österreich und Deutschland unter faschistischen Regimen leben mussten, - mit Ausnahme Italiens noch nach 1970, als Österreich in der Kreisky-Ära einen großen Schritt in Richtung soziale Demokratie zu unternehmen begann. Dazu kommt in Spanien und Griechenland das Trauma brutaler Bürgerkriege.

Italien konnte zwar, begünstigt durch den Vormarsch der Alliierten gegen des nationalsozialistische Deutschland, nach mehr als 20 Jahren zwischen 1943 und 1945 die faschistische Diktatur beseitigen, aber deren Umgang mit Gewerkschaften wurde nicht nur in Österreich 1934 bis 1938, sondern auch auf der iberischen Halbinsel und in Griechenland zum Vorbild: Verfolgung und Unterdrückung aller freien, staatsunabhängigen Gewerkschaftsbewegungen sowie Errichtung von regimetreuen Staatsgewerkschaften. Das traf gleichermaßen auf das 1926 bis 1974 herrschende **Salazar-Caetano-Regime** in Portugal zu wie für die **Rivera-Diktatur** in Spanien 1923 bis 1931 wie auf den **Franco-Faschismus** von 1939 bis 1975, auf die **Metaxa-Diktatur** 1931 bis 1941 wie auf die Militärdiktatur 1967 bis 1974 in Griechenland.

Der 10. Weltkongress des IBFG, des Internationalen Bunds Freier Gewerkschaften, verwies 1972 auf die anhaltende Verfolgung und Unterdrückung in den auch damals bei TouristInnen beliebten Sonnenländern: Er verurteilte

die Verhaftungen, Inhaftierungen und Misshandlungen portugiesischer Arbeitnehmer und Gewerkschafter wegen gewerkschaftlicher Betätigung und ebenso das spanische Franco-Regime, das nichts von seinem totalitären Charakter eingebüßt hat und Arbeitnehmer wegen normaler Gewerkschaftstätigkeit verfolgt, inhaftiert und töten lässt. Er forderte ebenso zur Solidarität mit den griechischen GewerkschaftsaktivistInnen gegen die Militärdiktatur auf, denn *immer wieder werden Arbeitnehmer, Gewerkschafter und Staatsbürger verhaftet, deportiert und verurteilt, weil sie sich eingesetzt haben, die Gewerkschaftsrechte und -freiheiten in Griechenland wiederherzustellen.*

Scharf kritisierte die Gewerkschaftsinternationale das Verhalten der westlichen Demokratien, deren Politik das lange Überleben der faschistischen Diktaturen mit verschuldet habe und im Falle Portugals auch noch zur Verschärfung der Kolonialkriege in Afrika beitrage. Sie verlangte, die drei Staaten von allen internationalen Vereinigungen auszuschließen, solange dort die politische Lage unverändert blieb. Zu Griechenland lautete der Aufruf an die Mitgliedsorganisationen, *Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit diese jegliche Unterstützung der griechischen Diktatur einstellen, und zu verhindern, dass Griechenland den Räten und Organisationen der freien Völker beitrifft oder in ihnen mitarbeitet.* Der Aufruf gegen das portugiesische Regime zielte ebenfalls in diese Richtung. Was das Franco-Regime betrifft, befürwortete der IBFG



© picture-alliance/dipa

Mit der portugiesischen „Nelkenrevolution“ 1974 begann in Europas Süden der schwierige Weg zur Demokratie. Nach dem Militärputsch begrüßten die Menschen die Soldaten als Befreier und steckten Nelken in ihre Gewehrläufe. Diese Postkarte wurde zur Erinnerung daran verbreitet.

nachdrücklich die Haltung der Mitgliedsorganisationen in den EWG-Staaten, die sich gegen einen Beitritt ... Spaniens verwehren, solange nicht die politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten ... wiederhergestellt sind.

Zusammengestellt und kommentiert
von Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Ausgehebelte Marktmechanismen

Armutsbekämpfung von unten – mit Projekten der Solidarökonomie stemmt sich die linke griechische Protestbewegung ganz praktisch gegen die Spardiktate.

Lukas Franke aus Athen

Journalist, freier Autor und Dramaturg
in Berlin und Wien

In der geschäftigen Akadimias-Straße in Athens Innenstadt könnte man so etwas wie das Zentrum jener Bewegung verorten, die maßgeblichen Anteil am Wahlsieg des linken Parteienbündnisses Syriza hat. Im siebenten Stock eines Wohn- und Geschäftshauses eröffnet ein großer Balkon einen Blick auf das Häusermeer der griechischen Hauptstadt. Drei Schreibtische in einem kleinen Büro, ein Besprechungsraum: Das ist die Zentrale des Netzwerks „Solidarity for all“.

Unterstützung

Was mit der monatelangen Besetzung des Syntagma-Platzes in der Athener Innenstadt im Sommer 2011 begann, hat sich zu einer landesweiten Solidarökonomie entwickelt, die eng mit der Protestbewegung verwoben ist. So schildert es Christos Giovanopoulos, langjähriger Aktivist im Dunstkreis von Syriza. Giovanopoulos sieht die „Märkte ohne Mittelsmänner“, die Schulen, Rechtshilfe-Projekte und Solidarkliniken als Verbindungsglied zwischen dem individuellen Leben der Menschen und der Politik. „Wenn eine Familie die Schulbücher für ihre Kinder nicht bezahlen kann oder Menschen aus ihren Wohnungen geworfen werden, werden sie von unseren Strukturen unterstützt“, sagt er. Giovanopoulos ist ein politischer Intellektueller, der vom dialektischen Verhältnis von Protestbewegung und Gesellschaft spricht und die aktive Beteiligung der unpolitischen kleinen Leute betont.

Dabei ist ihm wichtig, dass „Solidarity for all“ weder einer Ideologie folgt noch institutionell gebunden ist. Aber: „Diese Bewegung hat das Potenzial zu umfassender sozialer Transformation“, indem sie „post-kapitalistische Organisationsstrukturen“ schafft, sagt er. Es sei eine Bewegung von unten. Auch der Begriff „**Multitude**“ fällt, der von den Stars der globalisierungskritischen Linken **Antonio Negri** und Michael Hardt geprägt wurde und politische Netzwerke als Kern des Widerstands ausmacht. „Während die Troika im Auftrag der Märkte demokratische und soziale Erregenschaften massiv beschnitten hat, wendet der demokratische Souverän das Spiel und bietet der Herrschaft des Marktes die Stirn“, analysiert er mit spürbarer Euphorie.

Es ist ein Sonntag im Februar. Im Schatten des riesigen Karaiskaki-Stadions in Piräus, der größten Hafenstadt des Landes, feiert einer jener „Märkte ohne Mittelsmänner“ sein zweijähriges Bestehen. Von Grundnahrungsmitteln über Toilettenartikel bis zu Olivenöl und Honig aus lokaler, biologischer Produktion gibt es vieles, das auch in Österreich auf überbeurten Biomärkten angeboten werden könnte – mit dem Unterschied, dass hier die gängigen Marktmechanismen ausgehebelt werden. Zwischenhändler gibt es nicht, die Waren kommen direkt von den Erzeugern im Umland von Athen, Preise werden durch ein Organisationskomitee im Konsens mit allen Beteiligten festgelegt. Wer etwa Kartoffeln, Bohnen und Olivenöl braucht, muss einige Tage vorher eine Bestellung aufgeben und kann seinen

BUCHTIPP

Yanis Varoufakis:
Der globale Minotaurus
Amerika und die Zukunft
der Weltwirtschaft
Kunstmann Verlag,
288 Seiten, 2012, € 19,95
ISBN: 978-3-88897-754-1



Bestellung:
www.arbeit-recht-soziales.at

Einkauf dann zu einem Preis abholen, der rund ein Drittel unter dem durchschnittlichen Marktpreis liegt.

Freiwillig und ehrenamtlich

Rund 400 solcher Märkte gibt es in Griechenland, etwa 80 davon in Athen, jeweils organisiert auf freiwilliger und ehrenamtlicher Basis. Und weil zweijähriges Jubiläum ist, gibt's Spanferkel, Brot, Wein und Live-Musik – und in den Pausen erklingt die „Internationale“. Die meisten AktivistInnen und OrganisatorInnen sehen sich im programmatischen Einklang mit Syriza, viele sind Mitglied. Trotzdem – oder gerade deshalb – ist es ihnen wichtig, den unpolitischen Charakter der Veranstaltung zu betonen, es gehe zuvorderst um Armutsbekämpfung, darum, der Krise zu begegnen und Hilfe zur Selbsthilfe zu organisieren. Praktischer Widerstand gegen das Spardiktat wird als willkommener Nebeneffekt betrachtet.

Im bürgerlich-wohlhabenden Teil der Athener Innenstadt deutet zunächst nichts auf eine Krise hin. Elegante Boutiquen, Feinkostläden und teure Luxus-



Im Schatten des riesigen Karaiskaki-Stadions in Piräus feierte im Februar ein „Markt ohne Mittelsmänner“ sein zweijähriges Bestehen.

autos prägen das Quartier, das bevorzugter Sitz der meisten Botschaften und international tätigen Organisationen ist. Eine davon ist die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die der deutschen SPD nahesteht. FES-Büroleiter Christos Katsioulis, Sohn griechisch-deutscher Eltern, sagt im Gespräch, die Krise treffe in Griechenland mit voller Wucht auf einen weithin dysfunktionalen Staat und eine Gesellschaft im Umbruch. Die neue Regierung könne durchaus eine Chance sein, weil sie als erste linke Regierung in der jüngeren Geschichte des Landes weitgehend frei von alten Seilschaften sei. „Solidarity for all“ bezeichnet er als „Produkt von Syriza“, das „sehr geschickt aufgezogen“ sei und der Partei breite Verankerung und Akzeptanz in der Gesellschaft verleihe.

Neuer Deal

Katsioulis beschreibt Syriza als eher fragiles Bündnis, das ein Spektrum von linken SozialdemokratInnen über pragmatisch-undogmatische Linke bis zu Gruppierungen aus der Tradition des Eurokommunismus abdecke. Trotzdem räumt er der neuen Regierung gewisse Chancen auf Erfolg ein. Voraussetzung dafür sei einerseits, dass die längst überfälligen Strukturreformen insbesondere im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Finanzadministration angegangen würden. Andererseits müsse sich auch die EU auf einen neuen Deal einlassen, der Staat und Wirtschaft wieder Luft zum Atmen lasse. Dann, so hoffe er, könne die Wahl in Griechenland bestenfalls den Beginn einer Trendwende in der EU mar-

kieren, weg von der marktradikalen Politik merkelscher Prägung hin zu mehr sozialem Ausgleich und wirtschaftlicher Vernunft.

Die Gegenwart sieht freilich anders aus. Europa wird als Motor der Ungleichheit betrachtet, die griechische Gesellschaft ist tief gespalten – nicht nur zwischen Arm und Reich. Welche Gräben sich auch zwischen offiziell befreundeten Gruppen und Lagern auftun, das zeigt sich bei einem Besuch des griechischen Gewerkschaftsbundes GSEE. Zoe Lanara, Leiterin der Abteilung Internationales, beschreibt mit routinierter Empörung, was nicht nur in ihren Augen ein groß angelegter Angriff auf in Jahrzehnten erkämpfte Rechte der Beschäftigten ist: das Ermöglichen sogenannter gelber Gewerkschaften, der massive Abbau von Schutzrechten, die Absenkung der Löhne, der Abbau von Sozialleistungen – kurz: all das, was der vor wenigen Jahren noch um die fünf Prozent dümpelnden Syriza einen erdrutschartigen Sieg bescherte und die Altparteien Nea Dimokratia und PASOK mit einem Paukenschlag in die Bedeutungslosigkeit verbannte.

Die etwas abgekämpfte Lanara berichtet von 37 Generalstreiks und einer Reihe von Prozessen, zu denen der griechische Gewerkschaftsbund GSEE seit 2010 aufgerufen habe, „Solidarity for all“ hingegen ist für sie nur eine von vielen Nichtregierungsorganisationen, der sie keine weitere politische oder gesellschaftliche Bedeutung zuspricht. Der Syriza-Regierung steht sie abwartend-skeptisch gegenüber – während sie auf die Frage nach möglichen innergriechi-

schen Ursachen für die gegenwärtige Krise eine klare Position hat: Schon die Frage sei „absolut falsch“, ebenso wie die Diskussion um überhöhte Tarifverträge für einzelne Berufsgruppen, schließlich seien diese freiwillig verhandelt worden.

Lagerdenken

Lanara mag nicht für alle Lager innerhalb des GSEE sprechen, doch zeigt sich in ihren Äußerungen, dass viele gesellschaftliche Gruppen in Griechenland noch in alten Lagern denken. Zuweilen fehlt auch das Verständnis dafür, dass es durchaus nicht nur die EU ist, die für die Misere Griechenlands verantwortlich ist.

Alle werden sich bewegen müssen, auch Syriza und „Solidarity for all“, die nun nicht mehr Opposition und Protestbewegung sind. Offen ist, ob es der neuen Regierung in Athen gelingt, Sozialstaat und Demokratie gegen den Druck aus Brüssel und Berlin zu verteidigen und eine wirtschaftlich nachhaltige Politik zu etablieren.

Nachlese:

Dieser Beitrag ist in einer längeren Fassung zuerst erschienen in „Mitbestimmung – Das Magazin der Hans-Böckler-Stiftung“, Ausgabe 3/15:

tinyurl.com/bpsxqlh

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor

lukafranke@me.com

oder die Redaktion

aw@oegb.at

Plötzlich nur Mensch zweiter Klasse

Bankrotte Spitäler, BürgerInnen ohne Krankenversicherung: Die radikale Sparpolitik hat in Griechenland das Gesundheitssystem zusammenbrechen lassen.

Markus Bernath aus Athen

Auslandskorrespondent der Tageszeitung
„Der Standard“

Es ist eng in der Ambulanz, durch einen schummerig beleuchteten Gang werden eilig neue PatientInnen auf Bahren geschoben, ältere zumeist, halb weggetreten, die Augen auf die Decke gerichtet, wo die Neonröhren vorbeiziehen. Hinter der großen Tür, die pausenlos auf- und zuschwingt, wird diagnostiziert und stabilisiert, wiederbelebt und gerettet. Der normale Wettlauf gegen die Zeit. Aber in Wahrheit ist nichts normal in Griechenlands größtem Krankenhaus. Hinter der Tür kämpfen die ÄrztInnen gegen den Zusammenbruch des Gesundheitswesens nach fünf Jahren Sparpolitik, die so radikal war wie nirgendwo sonst in Europa.

Kein Geld für Heilung

Die Angehörigen draußen wissen das. Sie sitzen auf Plastikschalensitzen, wie man sie in den 1980er-Jahren hatte, dunkelblau oder orangefarben. „Ich sage ihm schon seit drei Jahren, er soll sich untersuchen lassen“, klagt eine Frau, „aber er hat Angst vor den Krankenhäusern.“ Agelikki Keko, eine 78-jährige Athenerin, ist aufgebracht. Ihr Ehemann ist beim Spaziergehen umgekippt. Jetzt liegt er drinnen in der Ambulanz, die Tochter hat angefangen, den Papierkram zu erledigen: Registrierung, die ersten Gebühren, Einverständniserklärung. „Es ist dramatisch. Wir haben so etwas noch nie in Griechenland erlebt“, sagt Agelikki, „ich weiß nicht, wer daran Schuld hat. Nur

Gott kann uns helfen.“ Ihr Mann hat vermutlich ein schweres Herzproblem. Vor allem aber hat er kein Geld, um sich Heilung zu erkaufen auf diesem schnell sinkenden Schiff. 950 Betten stehen im Evangelismos-Krankenhaus im Stadtzentrum von Athen. Es fehlt an ÄrztInnen für die OP, an PflegerInnen für die Betreuung, an Geld für Medikamente und den täglichen Spitalbedarf – die sind nämlich alle nur auf Pump gekauft.

Ganz oben, im elften Stock des Hauptgebäudes, erklärt Anastasios Grigoropoulos die Misere. Er ist kein Arzt, sondern Manager – und Präsident von Evangelismos. „Ein politischer Posten“, sagt er, „leider.“ Ein Gesundheitsminister der konservativen Vorgängerregierung hat ihn im vergangenen Jahr eingesetzt, der neue will nicht nur seinen Rücktritt, sondern den aller anderen Spitalpräsidenten im Land. Grigoropoulos denkt nicht daran. Er habe einen Vertrag mit dem Staat unterschrieben, sagt der Ökonom, beide Seiten müssen sich daran halten. Dabei trennt den Spitaldirektor eigentlich nicht viel von Panayiotis Kourouklis, den Minister von der linksradikalen Partei Syriza. Es geht ja in erster Linie um Zahlen, und die sind schlecht, absurd schlecht. 200 Millionen Euro an Personal- und Betriebskosten im Jahr hatte das Evangelismos-Krankenhaus in Athen verbucht, als 2010 die griechische Finanzkrise ausbrach. 120 Millionen Euro sind es bei sparsamer Führung, sagt Grigoropoulos. Veranschlagt wurden aber 72 Millionen Euro für dieses Jahr, viel weniger also, als für den Betrieb notwendig wären. Bis Mai, als Regierung und Kre-

ditgeber noch in Brüssel verhandelten, hat Grigoropoulos bereits 30 Millionen ausgegeben. Bekommen hat er vom Staat bis dahin ganze zwei Millionen Euro.

Aus dem Gleichgewicht

Der Kahlschlag im Gesundheitswesen zusammen mit der Rezession hat die griechische Gesellschaft aus dem Gleichgewicht gebracht. 20 oder 50 Euro in der Ordination beim Hausarzt, 25 Prozent Selbstbehalt bei Medikamenten in der Apotheke wurden plötzlich für sehr viele ein Problem. Arbeitslose verlieren nach zwei Jahren ihren Versicherungsschutz. Erst Mitte 2014 hat die Regierung ein Gesetz erlassen, das den mindestens zwei Millionen Menschen ohne Krankenversicherung freie Behandlung in Spitälern ermöglichte – nach entsprechender Wartezeit, die medikamentöse Behandlung nach dem Krankenhausaufenthalt nicht inkludiert. Woher das Geld dafür kommen soll, sagte der Gesundheitsminister damals nicht.

„Die Griechen sind Menschen zweiter Klasse geworden“, stellt Christos Sideris fest. Er ist einer der Mitbegründer der ersten „Sozialklinik“ in Athen, die nicht versicherte Griechen und Immigranten behandelt. 2011, als die Arbeitslosenrate in die Höhe schoss und die Griechen Woche für Woche auf dem Syntagma-Platz vor dem Parlament gegen den Sparkurs protestierten, tat sich Sideris mit fünf anderen zusammen und überredete die Gemeindeverwaltung in einem Athener Außenbezirk im Süden, ihnen eine Baracke auf dem Gelände des

Der Kahlschlag im Gesundheitswesen zusammen mit der Rezession hat die griechische Gesellschaft aus dem Gleichgewicht gebracht.



früheren Flughafens Helleniko zu überlassen. „Die Klinik ist ein Weg, um Widerstand gegen die Krise zu leisten und den Krieg, der gegen die griechische Gesellschaft geführt wird“, sagt der junge Grieche.

Horrorgeschichten

Jahr für Jahr wird seit 2010 im Gesundheitsbereich um 15 bis 20 Prozent gekürzt. Es gibt Horrorgeschichten wie jene von dem 54-jährigen Griechen, der schon im OP-Saal lag und einen Herzschrittmacher erhalten sollte. Dann kam plötzlich der Buchhalter des Spitals und ließ die Vorbereitungen zur Operation abbrechen, weil die Kostenübernahme nicht gesichert war. Als ein öffentlicher Protest losbrach und der Gesundheitsminister noch von einer Lügenkampagne sprach, entschuldigte sich die Krankenhausführung. Der Vorfall ereignete sich im Evangelismos.

Ganz zu Beginn sei die Krise auch eine Chance gewesen, endlich aufzuräumen, meint Spitaldirektor Grigoropoulos. Neun Milliarden Euro habe Griechenland früher jedes Jahr für die Gesundheit ausgegeben, so viel wie Spanien, nur mit viermal weniger EinwohnerInnen. Bis 2008 haben griechische Krankenhäuser keinen Haushalt veröffentlicht, sagt Grigoropoulos, der vor Evangelismos ein kleineres Spital in Athen geleitet hatte. „Aber von der Chance zur Neuordnung sind wir schrittweise ins Gegenteil gekommen“, sagt er. „Keiner hat die realen Kosten eines Krankenhauses berechnet. Die Troika hat einfach festgelegt: Nehmt 2,2

Milliarden Euro und verteilt sie auf die Spitäler im Land.“ Und danach wurde immer weiter gekürzt.

Wie er nun mit seinen bisher zwei Millionen Euro in diesem Jahr zurechtgekommen ist? „Wir bezahlen die Lieferanten nicht und hoffen, dass sie Geduld haben“, sagt Grigoropoulos. Aber das ist bei Weitem nicht alles. Seit fünf Jahren ist hier niemand mehr eingestellt worden. Rund 200 DoktorInnen und 400 PflegerInnen fehlen. In manchen Abteilungen müsse eine Krankenschwester nachts 40 bis 50 PatientInnen betreuen, berichtet Dimitris Pitsolas, Vizepräsident der Union der KrankenpflegerInnen Griechenlands. „Klar, dass da etwas schiefgehen kann.“ Auch er arbeitet im Evangelismos. Die schwierige Situation wirkt sich auch auf die Belegschaft aus. Apathie, Depressionen, immer wieder zwei, drei Tage Abwesenheit wegen Krankheit sieht er bei seinen KollegInnen. Es sind die Symptome für ein Burn-out.

ÄrztInnen-Exodus

Die Bezahlung ist schlecht, ob für PflegerInnen oder ÄrztInnen: 750 Euro für die einen, rund 1.000 bei den anderen, ein bisschen mehr nach fünf oder zehn Berufsjahren. „Wir hatten nie soziale Anerkennung, wir hatten immer nur mit dem Schmerz der Patienten zu tun“, sagt Fotinin Katsiliani, die Chefin der PflegerInnen im Spital. „Aber jetzt ist alles noch sehr viel schwerer geworden.“ Weil sich die meisten keinen Besuch mehr beim Hausarzt leisten können, kommen sie gleich zur Ambulanz ins Krankenhaus:

30 Prozent mehr PatientInnen bei schrumpfendem Personal.

Die ÄrztInnen wiederum wandern gleich aus. „Es ist ein Riesenproblem für Griechenland geworden“, sagt George Patoulis, der Präsident der Athener Ärztereinigung und Bürgermeister im wohlhabenden Stadtteil Maroussi. Die Zahl der spezialisierten ÄrztInnen, die das Land verlassen, habe sich in den Krisen Jahren verfünffacht. In Helleniko, im Athener Süden, wo auch die Sozialklinik steht, gibt es derzeit nicht einmal mehr eine/n AllgemeinmedizinerIn in der öffentlichen Gesundheitsvorsorge. Die Menschen kommen dann eben zur Klinik mit den ÄrztInnen, die auf freiwilliger Basis arbeiten. 16.000 Besuche waren es 2014, berichtet Christos Sideris. Im sechsten Jahr der Krise hat es ihn auch noch selbst erwischt: Der Mitbegründer der Sozialklinik verlor gerade seinen Job in einer Reederei.

Internet:

Sozialklinik in Helleniko:
www.mkiellinikou.org

Nachlese:
Carmen Janko:

„Wir wollen unser Leben zurück! – Reportage über die Klinik der Solidarität“, in Arbeit&Wirtschaft 10/2013:
tinyurl.com/p4dlkya

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
markus.bernath@derstandard.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Mittellos und ohne Schutz

Trotz Krise steigt auch in Griechenland die Zahl der MigrantInnen. Die Sparpolitik aber führt dazu, dass sie weitgehend auf sich selbst gestellt sind.

Chrissi Wilkens aus Athen
Freie Journalistin

Taha hat es eilig. Er ist vor einem Monat mit einem Boot gemeinsam mit weiteren 150 Flüchtlingen aus Afrika auf der Insel Gavdos südlich von Kreta gestrandet. Sie sind von Ägypten und Libyen aus gestartet, eigentlich wollten sie nach Italien, doch ihr Boot geriet vor einem der südlichsten Punkte der EU in Seenot. Die etwa 80 EinwohnerInnen von Gavdos haben versucht, die Flüchtlinge mit Essen und medizinischer Hilfe zu versorgen, und das, obwohl die EinwohnerInnen selbst unter den Folgen der schweren Schuldenkrise leiden. Die Insel war zu diesem Zeitpunkt wegen schlechten Wetterbedingungen zudem von Schiffverkehrsverbindungen abgeschnitten.

Keine Hilfe

Als die starken Winde aufgehört hatten und ein Verkehrsschiff die Insel erreichen konnte, wurden die Flüchtlinge über Kreta nach Athen transportiert. Dort wurden sie freigelassen, mit einem Papier in der Hand, das es ihnen für sechs Monate erlaubt, in Griechenland zu bleiben. Taha ist 40 Jahre alt, in seinem Heimatland Sudan hat er als Lehrer gearbeitet. Mit dem Papier kann er nichts anfangen: Als er und seine mitreisenden Schutzsuchenden in Piräus aus der Fähre ausgestiegen sind, wussten sie nicht, wohin. „Wir bekommen von nirgendwo Hilfe. Wir wohnen zurzeit in einem Untergeschoß in Athen, mehrere Flüchtlinge zusammengequetscht in einem Zimmer. Es gibt kei-

ne Arbeit und keine Möglichkeit, hier überleben zu können, selbst wenn wir Asyl bekommen“, sagt Taha. Deswegen muss er so schnell wie möglich raus aus Griechenland. Denn jeder Tag hier kostet ihn Geld. Er muss für die Übernachtung in dem überfüllten Zimmer zahlen und Essen finden. Falls er überhaupt Asyl beantragen kann, muss er mehrere Monate warten, bis er den Flüchtlingsstatus bekommt. Und materielle Hilfe vom griechischen Staat ist derzeit ausgeschlossen. Vielleicht bekommt er noch einen Teller Essen täglich bei einer Suppenküche in der griechischen Hauptstadt.

Asylbehörde überlastet

Zugang zur Asylbehörde zu bekommen ist gegenwärtig fast unmöglich. Erst Ende Mai gab sie bekannt, dass sie wegen personeller Unterbesetzung Anträge nur noch per Skype aufnehmen, die schon ausgemachten Interviews führen sowie andere administrative Dinge abarbeiten kann. Erschwerend kommt dazu, dass viele NGOs, die Flüchtlingen helfen, selbst in einer sehr schwierigen finanziellen Lage sind. Taha bleibt nichts übrig, als mit dem wenigen Geld, das ihm übrig geblieben ist, durch Schlepper den Weg aus Griechenland heraus zu finden: mit gefälschten Papieren per Flug in ein anderes Land der EU oder zu Fuß entlang der Bahnschienen durch die Balkanstaaten Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (FYROM) und Serbien in Richtung EU.

Diesen Weg wählen in letzter Zeit immer mehr Flüchtlinge, denn es ist die billigste Möglichkeit, nach Mittel-

oder Nordeuropa zu gelangen. Billig, aber gefährlich, denn immer wieder kommen Menschen auf diesem Weg zu Tode. Im April etwa wurden 14 Flüchtlinge aus Afghanistan und Somalia in der FYROM von einem Zug überfahren. Vor ein paar Monaten erlitt eine junge Mutter mit ihrem kleinen Kind das gleiche Schicksal.

An der Grenze zwischen Griechenland und der FYROM sowie in den griechischen Hafenstädten Patras und Igoumenitsa warten aktuell Hunderte Flüchtlinge darauf, ausreisen zu können. Gleichzeitig ist die Anzahl derjenigen, die in Griechenland ankommen, im Vergleich zum Vorjahr rasant gestiegen. Im ersten Quartal 2015 wurden nach Angaben der griechischen Polizei 36.172 Menschen wegen „illegaler Einreise“ oder „illegalem Aufenthalt“ festgenommen – im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 13.353.

Regierung überfordert

Die linksgerichtete Regierung von Alexis Tsipras ist überfordert. Trotz der sehr hohen Anzahl von Ankünften – insbesondere Familien, minderjährige Flüchtlinge und andere gefährdete Fälle – gibt es in Griechenland weniger als 1.000 Plätze in Einrichtungen für Flüchtlinge.

Die meisten Gelder, die aus europäischen Kassen für die Verwaltung der Flüchtlingsströme nach Griechenland geflossen sind, verwendeten die vorherigen Regierungen für die Inhaftierung von Papierlosen, klagt die jetzige Regierung. So landen viele der Schutzsuchenden auf der Straße. Auf dem Omonia-



Die Anzahl derjenigen, die in Griechenland ankommen, ist im Vergleich zum Vorjahr rasant gestiegen. Zugleich gibt es zu wenig Unterkünfte.

Platz im Herzen der griechischen Hauptstadt oder auf dem Aristotelous-Platz im Zentrum von Thessaloniki begegnet man immer öfters obdachlosen Flüchtlingen aus Syrien und anderen Krisenländern. Oft haben mittellose Asylsuchende in Griechenland, die keine Verwandten im Ausland haben, die sie finanziell unterstützen, keine Möglichkeit, zu überleben, und landen im Drogenhandel oder in der Prostitution.

Lage wesentlich verschlechtert

Schon vor der Krise waren die Flüchtlinge und MigrantInnen eine gefährdete Gruppe in Griechenland. Jetzt hat sich ihre Lage wesentlich verschlechtert, erklärt Yunus Mohammadi, Präsident des griechischen Flüchtlingsforums und selbst afghanischer Flüchtling. Das Problem sei nicht nur, dass es keine Arbeit gibt oder dass die MigrantInnen oft Opfer von Ausbeutung von Arbeitnehmern und Schleppern werden.

Vor allem zeigt die von den Folgen der Krise erschöpfte griechische Gesellschaft immer mehr Toleranz gegenüber Rassismus und fremdenfeindlichen Angriffen. „Vor der Krise gab es eine starke Reaktion gegen rassistische Angriffe. Jetzt ist jeder auf seine eigenen Probleme konzentriert und die Reaktion ist nicht mehr so stark“, beobachtet Yunus. Seit Mitglieder der Neonazi-Partei Chrysi Avgi nach dem Mord des Aktivisten und antifaschistischen Rap-Musikers Pavlos Fyssas im September 2013 vor Gericht stehen, haben zwar die rassistischen Angriffe abgenommen, wie das Netzwerk für die Aufzeichnungen von Vorfällen

rassistischer Gewalt feststellt. Doch die Angriffe gegen Flüchtlinge und MigrantInnen machen immer noch den Großteil der Registrierungen in ihren Berichten aus. Das Netzwerk stellte fest, dass sich die griechische Gesellschaft an die Gewalt gegen Einzelpersonen, die auf die eine oder andere Art als „anders“ wahrgenommen werden, zunehmend gewöhnt.

Die Stimmung in Griechenland und die katastrophale Wirtschaftslage bringen immer mehr MigrantInnen und Flüchtlinge, die in Griechenland ihr Leben aufgebaut haben, dazu, das Land für ein anderes europäisches Land zu verlassen. Um als MigrantIn in Griechenland eine Arbeit zu finden, muss das Arbeitsamt zunächst sichergestellt haben, dass kein Grieche oder keine Griechin die gleiche Arbeitsstelle beansprucht. Seit mehr als eineinhalb Jahren werden die Arbeitsgenehmigungen nicht mehr erneuert und keine neuen erstellt, sagt Nasim Lomani vom Netzwerk für die soziale Unterstützung von Flüchtlingen und MigrantInnen. Dies zwingt sie in den Schwarzmarkt. Die Anzahl der Beschwerden über Arbeitgeber, die den MigrantInnen ihre Löhne nicht bezahlen, hat in den letzten Jahren rasant zugenommen.

Positive Zeichen

Trotz der schwierigen Situation gibt es einige positive Zeichen, seitdem die Linke an die Macht gekommen ist, meinen die meisten der RepräsentantInnen von Flüchtlingsgemeinden im Gespräch. Das herabwürdigende Wort Iefrometanastes

(illegale Einwanderer) ist nicht mehr so stark präsent in der öffentlichen Debatte und in den Medien wie vorher. „Wir haben jetzt das Recht, an der Tür des Migrationsministeriums zu klopfen. Die Regierung hat gezeigt, dass sie den Willen hat, das Thema auf europäische Ebene zu stellen und eine Lösung für die Unterbringung der Flüchtlinge zu finden“, sagt Yunus.

Zwischenstation Griechenland

Doch dies ändert nichts am Alltag von Taha und seinen Mitreisenden, die vor einem Monat in Griechenland angekommen sind. Drei von ihnen waren so verzweifelt, dass sie bereits mit einem von der EU finanzierten Rückkehrprogramm nach Darfur zurückkehrten. Sie haben zuvor mehrmals erfolglos versucht, von Griechenland aus in ein anderes europäisches Land zu gelangen. Taha aber will nicht aufgeben. Sein Ziel ist England. Schockiert verfolgt er in den sozialen Medien die Debatte um die Militarisierung der europäischen Grenzen. „Die Welt wird immer kleiner – wie ein Flüchtlingsboot, in dem jeder mal landen könnte“, sagt er zum Abschied nachdenklich.

Internet:

Griechisches Flüchtlingsforum:
www.refugees.gr/en

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
chriwilkens@yahoo.gr
oder die Redaktion
aw@oegh.at

Humanität mit Krise

Trotz Rezession schultert Italien einen großen Teil der Flüchtlingsankünfte aus dem Mittelmeer. Die Hilfsbereitschaft ist besonders auf Sizilien groß.

Irene Mayer-Kilani aus Rom
Freie Journalistin und Italien-
Korrespondentin

Anfang Mai ist das 40 Meter lange Schiff Phoenix der privaten Flüchtlingsrettungsinitiative Moas in der kleinen Hafenstadt Marsa auf der Insel Malta ausgelaufen. Seither ist die Besatzung im Dauereinsatz: Allein in den ersten zwei Wochen konnten über 1.400 Menschen aus Seenot gerettet werden. Regina Catambrone, die gemeinsam mit ihrem Mann Christopher die Initiative ins Leben gerufen hat, hält ihre Emotion nicht zurück: „Es ist ein Kampf gegen die Zeit. Heuer ist unsere Mission noch wichtiger, nachdem ‚Mare Nostrum‘ der italienischen Marine eingestellt wurde.“ Erstmals ist in diesem Jahr ein fünfköpfiges Team von „Ärzte ohne Grenzen“ (MSF) mit an Bord. Ein Krankenraum, in dem von Aspirin, Verbänden bis zu lebensrettenden Notfallmedikamenten alles vorhanden ist, wurde auf der ehemaligen Yacht eingerichtet. Das italienisch-amerikanische Unternehmerpaar, das 2006 auf Malta ein Versicherungsunternehmen gegründet hatte, beschloss nach der Flüchtlingskatastrophe von 2013, mit ihrem Privatvermögen die Mission zu starten. Damals ertranken über 350 Menschen vor der Insel Lampedusa. Die Phoenix ist mit zwei Schlauchbooten und zwei ferngesteuerten Hubschraubern ausgestattet. Dank der Helikopter-Drohnen – die „Augen von Moas“ – können Flüchtlingsboote auch bei Nacht, selbst bei starkem Seegang und in großer Entfernung aufgespürt werden. Die römische Tageszeitung „La Repubblica“ berichtete, dass durch Kameraaufnahmen der Drohnen

auch vermeintliche Schlepper ausgeforscht werden konnten. Annahmen, die Catambrone nicht bestätigen kann: „Das erscheint mir schwierig. Wir haben Ermittlern Aufnahmen übergeben, die aus sehr großer Entfernung gemacht wurden. Aber wenn es gelang (Schlepper aufzufinden, Anm.), umso besser.“

Willkommenspakete

Die Rettungsmission kostet monatlich 400.000 Euro. Die Gesamtkosten der Mission betragen im Vorjahr fast acht Millionen Euro. An Bord des Rettungsschiffes Phoenix erhalten die geretteten Menschen Willkommenspakete mit Wasserflaschen, Lebensmitteln, Handtüchern und Kleidung. Die lebensnotwendigen Utensilien wurden von Samuel und Saleh vorbereitet. Die beiden Männer wagten vor zwei Jahren selbst die Überfahrt von Libyen über das Mittelmeer in seeuntauglichen Booten. Kleine Wunder geben den HelferInnen Kraft und immer wieder Anlass zur Hoffnung, wie Regina Catambrone versichert: „Ich erinnere mich an das kleine Mädchen Honey aus Eritrea, das wir mit 40 Grad Fieber aus dem Meer zogen. Zwei Tage später begannen die Medikamente zu wirken und sie begann wieder zu essen und zu spielen. Das war eine der schönsten Erfahrungen in meinem Leben.“ Während der Sommermonate wird die Anzahl an verzweifelte Personen, die auf einer der gefährlichsten Fluchtrouten der Welt ihr Leben riskieren, weiter rapide ansteigen.

Im April ereignete sich die bisher größte Katastrophe im Mittelmeer. 950 Menschen ertranken vor der libyschen Küste, nachdem ihr Boot während eines

Rettungsmanövers gekentert war. Zuvor verhalten unzählige Appelle an Brüssel, das Flüchtlingsthema nicht allein auf den Schultern Südeuropas auszutragen, ungehört. Menschenrechtsorganisationen warnen vor weiteren Tragödien: Denn der EU-Plan, die Operation Triton (Frontex) aufzustocken, diene in erster Linie dem Grenzschutz und nicht der Rettung von Menschenleben. „Wir rechnen mit einer Serie von Tragödien, zuerst im Meer und dann bei der Aufnahme, wenn sich nicht bald etwas ändert. Man muss sich vorstellen, dass ein Land wie der Libanon mit 4,5 Millionen Einwohnern bereits 1,2 Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen hat. Die EU mit 507 Millionen Einwohnern schafft es nicht, 150.000 Flüchtlinge, die vor Kriegen fliehen, unterzubringen? Es wird Zeit, dass Europa seinen Zynismus ablegt“, erklärt der Vorsitzende von „Ärzte ohne Grenzen“ in Italien, Loris De Filippi.

Strukturelles und politisches Problem

Seit vielen Jahren kritisiert De Filippi die katastrophale Lage in italienischen Aufnahmelagern. „Erst vor ein paar Wochen wurden die verheerenden Zustände in einem Flüchtlingslager in Kalabrien publik. Es handelt sich sowohl um ein strukturelles als auch um ein politisches Problem.“ Jahrelang hätte Italien eine Politik mit der fälschlichen Annahme verfolgt: Je schlechter die Aufnahme, desto weniger Leute werden kommen. Italien ist mit dem Ansturm klar überfordert. „Wir plädieren für ein temporäres Aussetzen der **Dublin-II-Verordnung**, wonach Flüchtlinge im ersten EU-Land, das sie betreten, ihren Asyl-



MOAS hat es sich zum Ziel gesetzt, Menschen in Seenot zu helfen. Das Startkapital wurde von zwei Privatpersonen zur Verfügung gestellt.

trag stellen müssen. Die Verantwortung muss auf alle 38 EU-Länder gerecht verteilt werden. Es kann nicht sein, dass ein reiches Land wie Norwegen nur 1.000 Flüchtlinge, das benachbarte Schweden wiederum europaweit die meisten Flüchtlinge aufnimmt“, so De Filippi.

Budgetbelastung

Die Regierung von Premier **Matteo Renzi** klagt hingegen über die hohe Budgetbelastung. Seit mehr als zwei Jahren steckt Italien in einer Rezession, die Industrieproduktion ist seit 2007 um etwa ein Viertel geschrumpft, drei bis vier Millionen Arbeitsplätze sind verloren gegangen. Dennoch bemühte man sich, so gut es geht, den Mittelmeer-Flüchtlingen einen humanen Empfang zu bereiten – und nahm dafür auch einiges an Geld in die Hand: 2014 hat Italien 630 Millionen Euro für Flüchtlinge ausgegeben. Heuer dürften die Ausgaben, so schätzt man, auf 800 Millionen Euro ansteigen. 34.000 Menschen, vor allem aus Syrien, Eritrea oder dem Sudan, sind laut offiziellen Angaben seit Jahresbeginn in Süditalien eingetroffen. 160.000 kamen im vergangenen Jahr an. Die meisten sehen Italien allerdings nur als Durchgangsstation. Sie wollen zu Verwandten und FreundInnen nach Deutschland, Frankreich oder in skandinavischen Ländern. Insgesamt rechnet man heuer mit einer Ankunft von 200.000 Flüchtlingen aus Afrika. Nach Angaben der italienischen Justiz würden bis zu einer Million Flüchtlinge in Libyen auf die Überfahrt nach Europa warten.

Im Hafen von Pozzallo auf Sizilien herrscht Hochbetrieb. An Bord eines ita-

lienischen Marineschiffes kamen allein am Wochenende über 1.500 Menschen an, ein Drittel davon sind Frauen und Kinder. „Viele von ihnen erlebten brutale Gewalt und haben Eltern, Verwandte und Freunde verloren“, erzählt „Save the Children“-Verantwortlicher Valerio Neri. „Ich habe vor diesen Einsätzen nicht gewusst, was Horror bedeutet. Wir haben Leute gesehen, die wie Sardinen im Motorraum von Booten geschlichtet waren, ohne Luftzufuhr, inmitten von Fäkalien. Zuerst wollten wir die Fotos gar nicht veröffentlichen. Wir haben es schließlich doch getan, in der Hoffnung, damit das Bewusstsein vieler Leute wachzurütteln“, so Moas-Mitgründerin Regina Catambrone.

Die Hilfsorganisationen Caritas, Rotes Kreuz und andere freiwillige Helfer sind in sizilianischen Hafenstädten wie Catania, Palermo oder Pozzallo rund um die Uhr in Bereitschaftsdienst. „Wir können doch nicht tatenlos zusehen, wie diese Menschen ertrinken“, betont Caritas-Mitarbeiterin Angela. Auf Sizilien, einer der wirtschaftlich ärmsten Regionen in Europa, ist die Hilfsbereitschaft unter der Bevölkerung groß. „Wir Süditaliener wissen, was Emigration und das damit verbundene Leid bedeutet“, erinnert ein Palermer an seine Großeltern, die nach Deutschland auswanderten. Auch Palermos Caritas-Direktor, Don Sergio Mattaliano, der die Erstversorgung der Flüchtlinge koordiniert, appelliert: „Wir können nur mit vereinten Kräften Migranten helfen.“

Im 500 Kilometer entfernten Rom wartet man indessen auf grünes Licht der UNO für einen EU-Militäreinsatz in Li-

byen, dessen Führung Italien übernehmen will. Dabei sollen Boote von Schleppern vor der Abfahrt zerstört und so der Flüchtlingsstrom gestoppt werden. Außenminister Paolo Gentiloni zeigte sich jedoch vorsichtiger: „In Libyen wird es keinen Militäreinsatz geben.“ Das UN-Mandat würde dazu dienen, die Boote in Hoheitsgewässern Libyens zu identifizieren und sie anschließend zu beschlagnahmen oder zu zerstören.

Mahnung vor schlimmeren Tragödien

Selbst italienische Marineoffiziere halten es für unwahrscheinlich, dass die angekündigte Zerstörung den Flüchtlingsstrom stoppen würde. Denn wer vor Krieg und Gewalt fliehen muss, lässt sich nicht von einer riskanten Überfahrt abhalten. MenschenrechtsaktivistInnen schlagen Alarm: „Die Leute werden dann in noch unsichere Boote steigen und es wird zu noch mehr Tragödien kommen.“ Der 22-jährige Sekou von der Elfenbeinküste, einer von 28 Überlebenden der Flüchtlingstragödie im April, drückt es drastisch aus: „Es ist besser, zu sterben, als so zu leben, wie wir vor unserer Reise gelebt haben.“

Internet:

Private Rettungsinitiative MOAS:
www.moas.eu

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
irene_mayer@hotmail.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Jobmotor mit Armutsgefährdung

Nach der Krise steigt in Spanien wieder das Bruttosozialprodukt. Der Aufschwung geht jedoch auf Kosten der ArbeitnehmerInnen – und ihrer Rechte.

Jan Marot aus Granada

Freier Auslandskorrespondent für Spanien,
Portugal und Nordafrika

Es steht Aussage gegen Aussage. „Die Krise ist vorbei“, bekundete Mariano Rajoy (Partido Popular, PP) bereits zum Jahreswechsel. Der konservative spanische Premier lässt sich als erfolgreicher Sanierer feiern, immerhin ist „Superwahljahr“. Kommunal- und Regionalwahlen sind geschlagen, im Spätherbst geht es um seinen Job. So lobte er vollmundig, dass dies allein das „Verdienst der gesammelten Kraftanstrengungen der spanischen Familien“ sei. Und er fragte: „Wer spricht heute eigentlich noch im Zusammenhang zu Spanien von Arbeitslosigkeit, Rettung und Rezession?“ Damit erntete er vor allem eines: Häme. Sind doch die SpanierInnen selbst nach wie vor gemäß dem **CIS-Bevölkerungsbarometer** von zweierlei überzeugt: 70 Prozent gaben im April 2015 als größte Sorge die Arbeitslosigkeit an. Gar drei Viertel „spürten nichts von einer Verbesserung der Wirtschaftslage“ in den vergangenen zwölf Monaten.

Armut omnipräsent

„So kommen wir nicht aus der Krise“, sagt auch der Generalsekretär der kommunistischen Gewerkschaft Comisiones Obreras (kurz CCOO), Ignacio Fernández Toxo. Er fordert: „Es ist unabdingbar, für würdevolle, qualitative Arbeitsplätze zu kämpfen.“ Cándido Méndez Rodríguez, Chef der sozialistischen Unión General de Trabajadores (UGT), warnte zudem, dass „die negati-

ve Kaufkraftentwicklung die Schwäche des einsetzenden Aufschwungs deutlich macht. Diesen spüren weder ArbeiterInnen noch Familien.“

So sind sie nach wie vor lange, die Warteschlangen vor Sozialküchen, Lebensmittelbanken und den Arbeitsämtern. Armut ist ebenso omnipräsent wie offensichtlich: 27,3 Prozent der SpanierInnen, rund 12,8 Millionen Menschen, sind laut Caritas stark von sozialer Ausgrenzung bedroht. Die Arbeitslosigkeit ist exorbitant hoch: Zu Ende des Erstquartals 2015 lag sie bei 28,78 Prozent, damit sind mehr als 5,4 Millionen SpanierInnen auf Stellensuche.

Wie CCOO-Chef Toxo betont, liegt der Anteil der strukturellen Arbeitslosigkeit bei 13 Prozent. Sprich für die Hälfte gebe es „keine Perspektive, mittel- oder langfristig Arbeit zu finden“ – das Gros der Betroffenen hat nur eine niedrige Qualifikation. In 1,7 Millionen Haushalten geht kein Mitglied einem Erwerb nach. Spanien wird frühestens 2023 das Vorkrisen-Beschäftigungsniveau wieder erreicht haben, lautet die optimistischste Prognose.

Wenngleich Menschen wieder Jobs finden, haben sich die Arbeitsbedingungen im Gefolge der schweren Wirtschaftskrise, die mit dem Platzen der Immobilienblase 2007/08 ihren Ursprung nahm, drastisch verschlechtert. Was der Internationale Währungsfonds (IWF) „als Reformen“ bezeichnet und Ex-Premier **José Luis Rodríguez Zapatero** (PSOE) sowie der amtierende Rajoy von der Bevölkerung „als Opfer“ einforderten, machte sich über gesunkene Reallohne bemerkbar: laut CCOO-Chef

„um sieben Prozentpunkte seit dem Amtsantritt von Rajoy Ende 2011“.

Aufweichungen beim Kündigungsschutz, reduzierte Abfindungszahlungen, aber auch eine auf 21 Prozent erhöhte Mehrwertsteuer für die meisten Produkte und Dienstleistungen gingen damit einher. Erwerbstätige wurden mit der Krise auf einmal deutlich „gesünder“: Die verbuchten Krankenstandstage sanken drastisch, um 28 Prozent in der Privatwirtschaft und immerhin 18 Prozent im öffentlichen Dienst. Die großen Gewerkschaften UGT und CCOO weisen darauf hin, dass die Angst vor Jobverlust im Krankheitsfall groß ist.

Zahnlose Gewerkschaften

Im Kampf gegen jene Entwicklungen wirkten die großen ArbeitnehmerInnenverbände trotz der in den schweren Krisenjahren gefundenen Einheit von KommunistInnen und SozialistInnen (CCOO und UGT) zahnlos. Mehrere Generalstreiks – für die Beibehaltung wesentlicher arbeitsrechtlicher Gesetze, sei es in Privatwirtschaft oder öffentlichem Dienst, und gegen Arbeitsrechts- und Pensionsreform – waren weitgehend wirkungslos.

Etwa 35 Prozent der ArbeitnehmerInnen erhalten aktuell den gesetzlichen Mindestlohn (645 Euro, 14 Gehälter pro Jahr). Oder sie leben von Mini-Jobs unter der Armutsgrenze. Sogenannte Working Poor machen fast 13 Prozent der SpanierInnen aus. Daher beklagt CCOO-Generalsekretär Toxo, dass „Spanien das einzige Land Europas ist, wo die Teilzeitarbeit auf Zwang und nicht auf Freiwilligkeit beruht“. Dies be-



Mehrere Generalstreiks (huelga general) – für die Beibehaltung wesentlicher arbeitsrechtlicher Gesetze sowie gegen Arbeitsrechts- und Pensionsreform – waren weitgehend wirkungslos.

treffe insbesondere Frauen und Junge. Selbst seitens der stets auf Sparkurs beharrenden EU-Kommission kritisierte man, dass man mit einem derart niedrigen Einkommen „kein Leben in Würde führen könne“.

Kaschierte Arbeitslosigkeit

Das schaffen übrigens auch nur die wenigsten der „Neuen Selbstständigen“ (span. „autonomos“). Sie sind aktuell der wahre Jobmotor Spaniens, doch 21,7 Prozent von ihnen leben in Armut. So wirft Toxo der PP-Regierung zu Recht vor, „Arbeitslosigkeit und Prekarität mit Scheinselbstständigen zu kaschieren“. Acht von zehn verdienen weniger als 1.000 Euro monatlich, untermauern auch die Daten der Steuerbehörde.

„39 Prozent derjenigen, die Arbeit gefunden haben, sind neue Selbstständige“, betont auch Àngels Valls, Professorin für Personalmanagement an der ESADE Business School in Barcelona, im Gespräch. Sie konstatiert „einen drastischen Verlust der Qualität der Arbeitsverhältnisse zugunsten der Quantität“. Neue Selbstständige lockt man jüngst auch per „Flatrate“: Wer sich erstmals anmeldet, muss ein Semester lang nur 50 Euro an Sozialversicherungsbeiträgen monatlich berappen (regulär: über 300 Euro).

Spät, aber doch kündigte Rajoy ein Hilfsprogramm für Selbstständige an. Wer mit seiner ersten Geschäftsidee scheitert, dem/der soll es mit dem „Gesetz der zweiten Chance“ – einer Art Privatkonkurs, der in Spanien nicht existiert – weit einfacher gemacht werden,

neu zu starten. Sozialversicherung und Finanz feilen an einem Paket, um die Konsequenzen einer etwaigen Pleite zu vermindern. Stundungen von Restschulden und Subventionen sollen sogleich helfen, wieder unternehmerisch auf die Beine zu kommen.

Vom Krisenfrust und von flächendeckender Politikorruption, in die auch UGT- und CCOO-Funktionäre involviert waren (wie im Fall der „ERE“, in Andalusien abgezweigte Ausbildungsgelder für Arbeitslose), profitieren nun Protestparteien: Auf der einen Seite die linke Anti-Austeritätspartei „Podemos“ (dt. „Wir können“), eine Art spanische Syriza, auf der anderen Seite die „Ciudadanos“ (dt. „Bürger“) mit einem rechtsliberalen Anstrich. Dieser aber trügt, denn sie sind keine spanische Variante von Österreichs „Neos“. Auf ihren Listen stehen Dutzende Ex-Falangisten (Einheitspartei von Ex-Diktator Francisco Franco, Anm.) und vereinzelt Neonazis.

Umstrukturierte Schulden

Beide kanalisieren die Wut und Ohnmacht der Masse mit populistischen Programmen. Die „Podemos“ fordert die „35-Stunden-Woche“ bei vollem Lohnausgleich. Sie setzt auf mehr Sozialausgaben, gestärkte Gewerkschaften – deren Position unter Rajoy gestutzt wurde –, mehr BeamtenInnen in der Bildung und im Sozialbereich sowie auf ein bedingungsloses Grundeinkommen. Außerdem fordert sie eine Umstrukturierung der Staatsschulden, die mit einer Billion Euro einen historischen Höchstwert markieren und weiter steigen. Und sie regt Haushalts-

und Familienschuldenschnitte an. Das kommt an und mobilisierte auch des Wählens müde StaatsbürgerInnen.

Zugleich legten die Konservativen den „Knebel“ an: Mit dem Beschluss der „Bürgersicherheitsgesetze“, das die SpanierInnen als „Knebelgesetz“ (span. „Ley Mordaza“) kritisierten, wurden nicht nur de facto alle Formen friedlichen Protests verboten. Beunruhigten doch Massenproteste wie die Zeltlager der **15-M-Bewegung** 2011 – eine der Wurzeln von „Podemos“ – am Madrider Platz Puerta de Sol nicht nur ausländische InvestorInnen. Viele der damals Kampierenden sind nach wie vor „Empörte“. Andere sind emigriert – eine Lösung, auf die viele Junge spekulieren, immerhin wollen sechs von zehn jungen SpanierInnen auswandern. Mittlerweile leben ohnehin mehr als 2,4 Millionen SpanierInnen fern ihrer Heimat, mit weiterhin steigender Tendenz. Über 112.000 verließen Spanien etwa im Vorjahr.

Internet:

Sozialistische Gewerkschaft Unión General de Trabajadores:
www.ugt.es

Kommunistische Gewerkschaft CCOO, Comisiones Obreras:
ccoo.es

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
office@janmarot.eu
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wohnungsnot bei Leerständen

Das Gesicht der Krise in Spanien sind Delogierungen, die fast täglich stattfinden, und auch zivilgesellschaftlicher Protest dagegen.

Ruth Simsa

Wirtschaftsuniversität Wien

Maria ist 69 Jahre alt und kann ihre Miete nicht zahlen. Am Tag der Delogierung protestiert eine Gruppe der Plattform für Hypothekenbetroffene (PAH) lautstark auf der Straße und in den sozialen Medien. Die PAH ist eine zivilgesellschaftliche Organisation, die sich für das Recht auf Wohnen und gegen Zwangsräumungen einsetzt. Mittlerweile überzieht ein dichtes Netz von Gruppen der PAH das Land. Sie wird überall gebraucht. Diesmal hat sie Erfolg: Im letzten Moment übernimmt ein Fußballverein Marias Schulden und sie kann in ihrer Wohnung bleiben. Ihr Fall war spektakulär und öffentlichkeitswirksam. Andere haben weniger Glück. Pro Tag gibt es in Spanien ca. 500 Delogierungen.

Hypertropher Bausektor

Spanien ist seit Jahren von einer ökonomischen, sozialen und politischen Krise betroffen. Es gibt hohe Arbeitslosigkeit, Armut und Exklusion. Sichtbarer Ausdruck der Krise sind Delogierungen, Wohnungsnot und gleichzeitig leer stehende Wohnungen. Dass Spanien von der Wirtschaftskrise besonders stark betroffen war, hängt u. a. mit dem Wohnsektor zusammen: Das Land war aufgrund des **hypertrophen** Bausektors besonders verwundbar. Mit der Finanzkrise platzte die Immobilienblase. Der Staat fing die von Kreditausfällen betroffenen Banken auf, verschuldete sich stark, Unternehmen gingen in Konkurs, die Arbeitslosigkeit stieg.

Während des Baubooms waren die Immobilienpreise um mehr als 200 Prozent gestiegen. Im Zuge der Krise konnten viele SpanierInnen ihre Wohnungskredite nicht zurückzahlen und Delogierungen nahmen zu. Aufgrund des Preisverfalls von Immobilien und der spezifischen Rechtslage Spaniens waren die Delogierten auch danach nicht schuldenfrei. Die Rückgabe der Wohnung befreit nämlich nicht von der Hypothekenschuld, denn die Vergabe von Hypotheken ist mit einer zweifachen Garantie verbunden. SchuldnerInnen haften nämlich nicht nur mit dem erworbenen Haus oder der Wohnung für ihren Kredit, sondern mit ihrem gesamten Privatvermögen.

Verschärft wurde die Wohnungskrise dadurch, dass es kaum sozialen Wohnraum und sehr schlechte rechtliche Sicherheit für MieterInnen gibt. Die Wohnpolitik des Landes ist auf Eigentum ausgerichtet, bei einer Wohneigentumsquote von 86 Prozent gibt es wenig Alternativen zu Eigentum und Hypotheken. Die spanische Verfassung schreibt zwar ein Recht auf Wohnen fest, die Praxis sieht aber anders aus. Zwischen 2007 und 2014 gab es nach Angaben der PAH 570.000 Zwangsvollstreckungen. Meist ist Arbeitslosigkeit der Grund für den Verlust des Wohnraumes. Gleichzeitig ist die Zahl leer stehender Wohnungen zwischen 2010 und 2014 von 3,4 auf 4 Millionen gestiegen, und nach Angaben des spanischen **European Poverty Network** sind zwei von fünf leeren Wohnungen in Häusern, die in den letzten zehn Jahren gebaut wurden. Gegenwärtig stehen fast 20 Prozent der Wohnungen aus Investi-

BUCHTIPP

Mario Candeias, Eva Völpel:
Plätze sichern!
 Reorganisation der Linken in der Krise
 Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland
 vsa Verlag, 2015, 240 Seiten, € 16,80
 ISBN: 978-3-89965-551-3



Bestellung:
www.arbeit-recht-soziales.at

tionsgründen leer und schätzungsweise 332.500 Personen haben kein Dach über dem Kopf. Viele junge Menschen können sich den Aufbau einer eigenen Existenz nicht leisten, sie leben (wieder) bei den Eltern oder ziehen zu den Großeltern aufs Land.

Die Bewegung „vivienda digna“ – für ein würdevolles Wohnen – war somit auch ein wesentlicher Vorläufer der spanischen Protestbewegung, die seit 2011 für massive Demonstrationen sorgt und in deren Folge die Protestpartei Podemos gegründet wurde. Diese hat u. a. mit der zentralen Forderung eines Stopps der Delogierungen auf Anhieb fünf Sitze bei den Europawahlen 2014 gewonnen. Auch die Protestbewegung und deren Strategien stoßen auf breite Sympathie, obwohl sie eine wichtige Säule des kapitalistischen Systems implizit infrage stellen: den Schutz des Privateigentums. Es ist nicht einzusehen, so der Tenor in weiten Teilen der Bevölkerung, dass „Banken gerettet, aber Menschen auf die Straße gesetzt werden“.

Zwischen 2007 und 2014 gab es 570.000 Zwangsvollstreckungen. Gleichzeitig stieg die Zahl leer stehender Wohnungen von 3,4 auf 4 Millionen.

Die landesweit vernetzten Organisationen gegen Zwangsräumungen, die bei Delogierungen protestieren, mit Banken verhandeln und gesetzliche Änderungen fordern, genießen daher besonders hohe Anerkennung. Die parteiunabhängige Plattform für Hypothekenbetroffene versucht seit ihrer Gründung im Jahr 2009, folgende Ziele zu erreichen: Delogierungen zu stoppen, Leerstände (im Eigentum von Banken) in sozialen Wohnraum umzuwidmen und Gesamtschulden durch Wohnungsübergabe zu tilgen. Durch ihre aufsehenerregenden Aktionen wie Sitzstreiks oder Flashmobs erreicht sie eine breite Medienöffentlichkeit und sensibilisiert für Wohnraummissstände.

Hausbesetzungen

Ihr gelang es bis zum Jahr 2014, mehr als 1.150 Zwangsräumungen zu verhindern und für die Unterbringung von 1.180 Betroffenen zu sorgen. Häufig werden dafür leer stehende – meist davor zwangsgesäumte – Wohnungen gesucht, das Schloss wird aufgebrochen und so den durch die Delogierung obdachlos gewordenen Personen zumindest übergangsweise eine Unterkunft verschafft. Auch ganze Häuser werden besetzt, so der Wohnraum leer steht und im Besitz von Banken ist. In der „corrala utopia“, dem bekanntesten Projekt, lebten bis zur Zwangsräumung vor einem Jahr fast zwei Jahre lang 106 Personen, darunter 40 Kinder, viele mit alleinerziehenden Müttern. Ein anderes populäres Beispiel ist das leer stehende Hotel Madrid, das am 15. Oktober 2011 besetzt und 50 Tage später geräumt wurde. Die

Nutzung des Hauses wurde gemeinschaftlich bestimmt und Wohnraum für delogierte Familien zur Verfügung gestellt.

Während Besetzungen lange als politischer Extremismus abgelehnt wurden, sehen viele Menschen sie nun als legitim an, da sie verstehen können, dass aus Investitionsgründen mehr Wohnungen leer stehen, als es Obdachlose gibt. Die spanische Regierung unternimmt hingegen wenig, um die Wohnungsnot zu lindern. Ihre Reaktion auf die Mobilisierung und Demonstrationen sind primär restriktive Sicherheitsbestimmungen und diverse Formen der Sanktionierung von AktivistInnen, die infolge des 2015 reformierten „Gesetzes zur Sicherheit der Bürger“ massiv verschärft wurden. Proteste zur Verhinderung von Wohnungsräumungen, das Fotografieren von Polizisten und generell die Teilnahme an friedlichen Protesthandlungen können nun mit Geldstrafen bis zu 30.000 Euro belegt werden, wobei nicht mehr von Gerichten, sondern von der Polizei entschieden wird, ob sich jemand nach dem Ley Mordaza (Beißkorbgesetz) strafbar macht. Zudem gibt es viele Berichte und auch Beweise für Polizeigewalt im Rahmen von Delogierungen. EU-Institutionen zeigen sich bisher der Einschränkung von zivilen Rechten weitgehend indifferent gegenüber, was zu einem weiteren Vertrauensverlust in die EU und ihre Institutionen führt.

Das Engagement der PAH gegen Delogierungen wird von der Bevölkerung jedenfalls geschätzt und belohnt. Bei den Kommunalwahlen im Mai 2015 ist „Barcelona En Comú“ die stärkste Kraft in Barcelona geworden. Angeführt wurde

die Liste von Ada Colau, die Begründerin der PAH war und sich in Spanien und Katalonien einen Namen als Kämpferin gegen Zwangsversteigerungen gemacht hat. Sie wird vermutlich Bürgermeisterin werden. Auch Madrid wäre fast an ein Bündnis aus alternativen Parteien gefallen, die sich, angeführt von der neuen Linkspartei Podemos, im Zuge der Protestbewegung gebildet haben.

Kinder besonders betroffen

Die Bewegung gegen Zwangsräumungen wird noch viel zu tun haben. Gerade erst fand in Madrid eine Protestkundgebung zum Schutz der Rechte von Kindern statt. 80 Prozent der von Zwangsräumung Betroffenen haben minderjährige Kinder. So auch Norma und ihr Ehemann, die mit ihren beiden Kindern im Alter von 9 und 14 Jahren gerade eben delogiert wurden. Sie hatten nicht so viel Glück wie Maria. Es gibt eben zu viele, die von Hypothekenkrediten betroffen sind, um das Problem mittels Philanthropie, also privaten Spenden, lösen zu können.

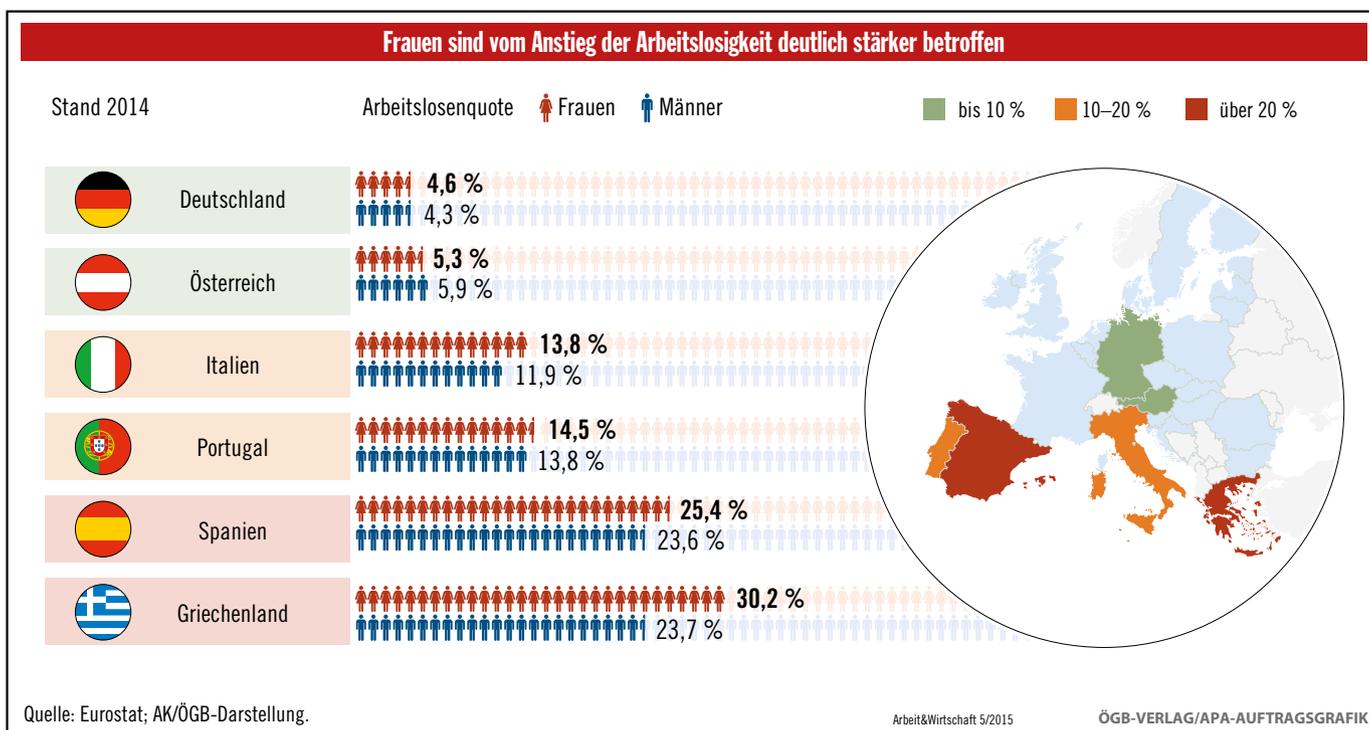
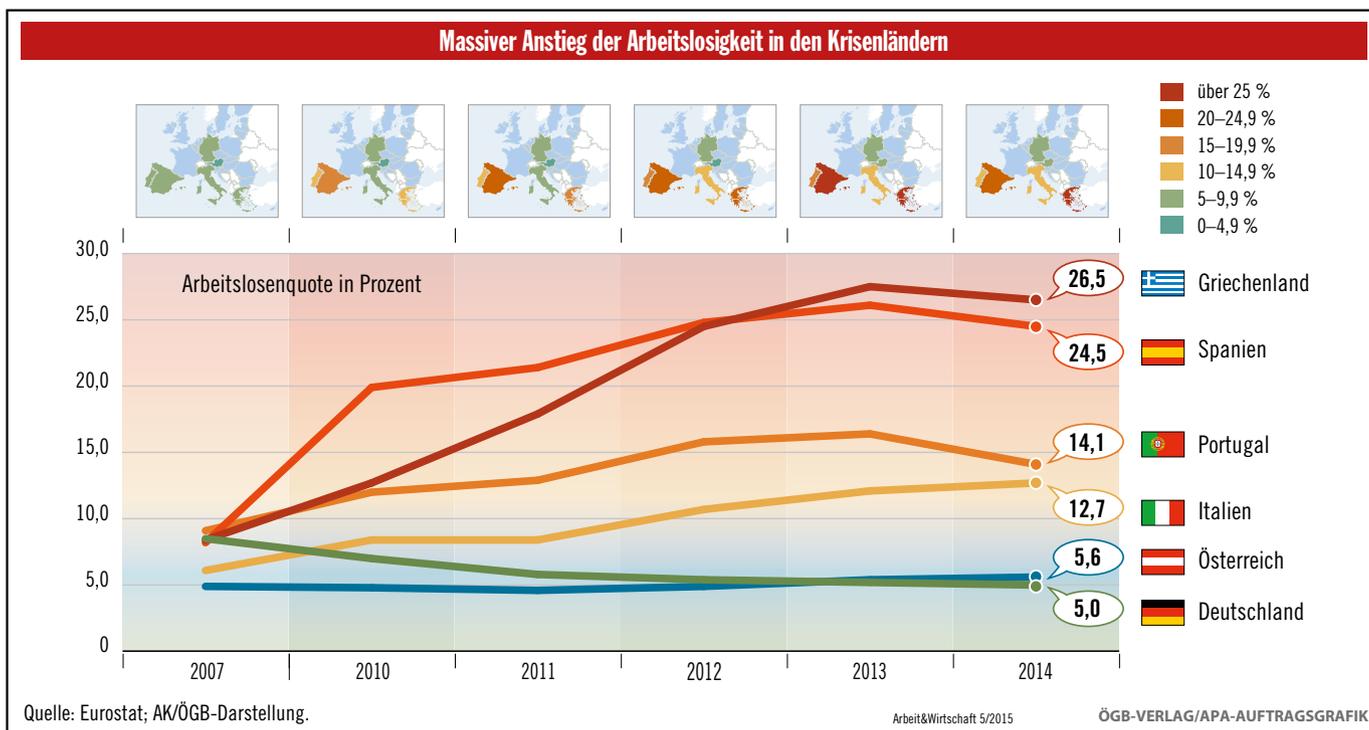
Blogtipp:

Weitere Infos finden Sie unter:
afectadosporlahipoteca.com
www.eapn.es
tinyurl.com/qcvhljw

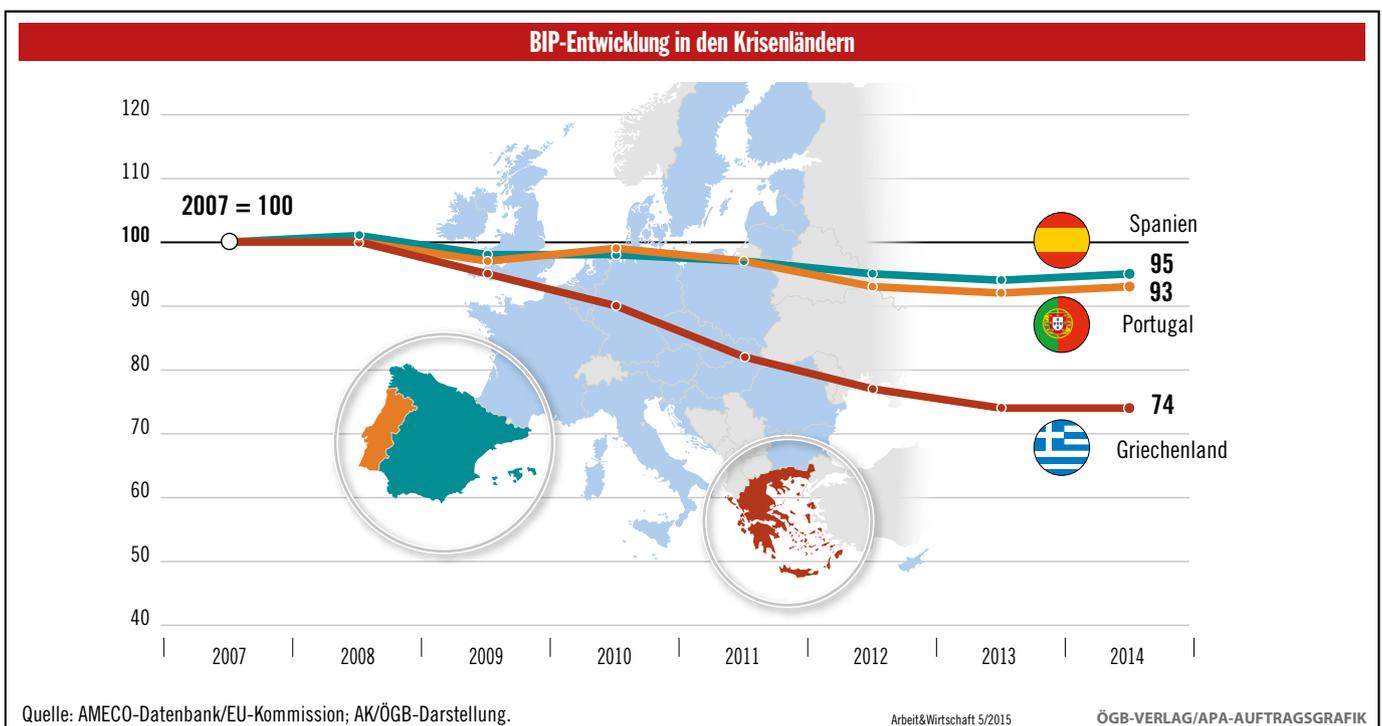
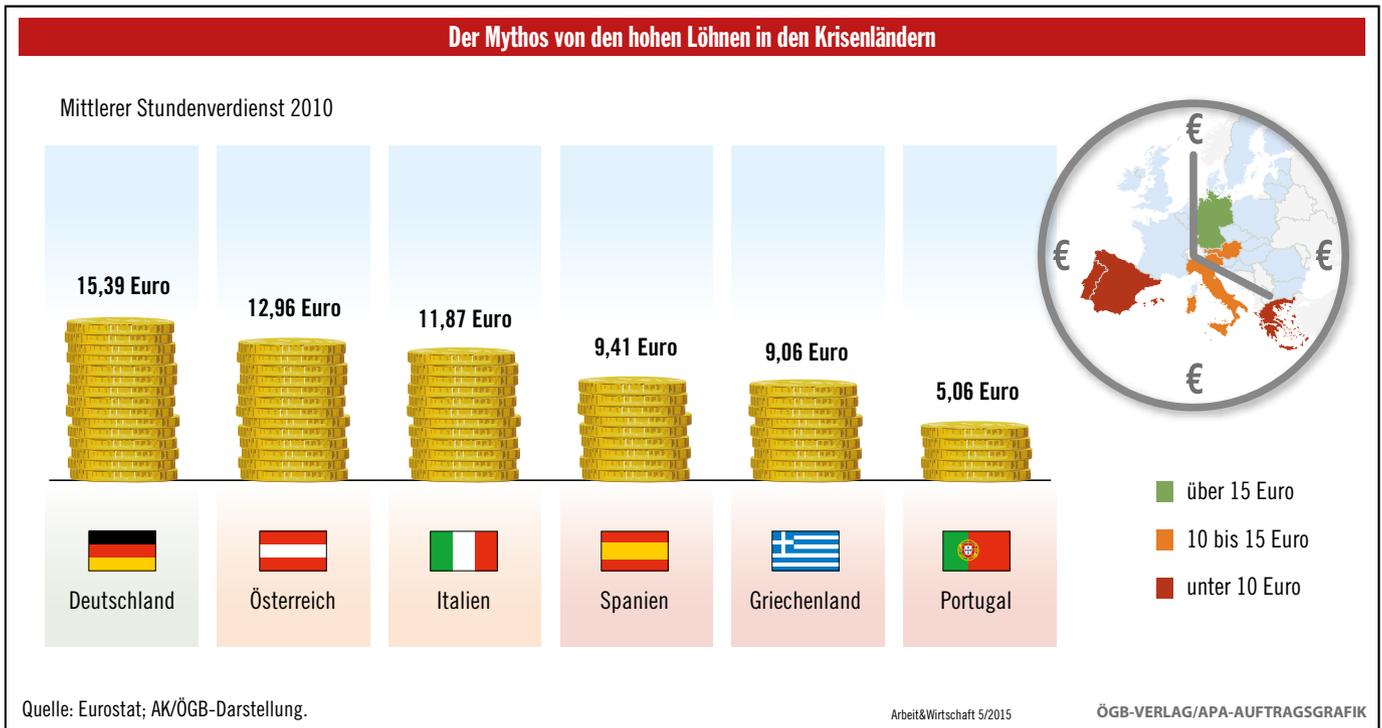
Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
ruth.simsa@wu.ac.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Zahlen, Daten, Fakten

In Griechenland und Spanien hat sich die Arbeitslosenquote verdreifacht. Besonders gilt das für Frauen, die schon vor der Krise stärker betroffen waren als Männer.



*Die GriechInnen haben über ihre Verhältnisse gelebt, die Löhne waren sogar höher als hierzulande: So lautet ein beliebter Vorwurf.
 Fakt ist, dass der mittlere Stundenlohn deutlich niedriger ist.
 Die von der Troika abverlangte Sparpolitik ist Gift für die Konjunktur: Das zeigt der Einbruch des Wirtschaftswachstums in den Krisenländern.*



Feindliche Übernahme

Die Troika-Politik trägt zum Abbau des Sozialstaats bei, zum Anwachsen sozialer Ungleichheiten und stellt die europäische Einigung infrage, kritisiert der EGB.

Wolfgang Kowalsky

Referent beim Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) in Brüssel

Seit der Wahl in Griechenland steuert das Ringen um die Fortsetzung der Troika-Politik auf neue Höhepunkte zu: Schuldenschnitt? Doch kein Schuldenschnitt? Grexit? Doch kein Austritt aus dem Euro? Wie Wasserstandsmeldungen bei Hochwasser geistern die Spekulationen durch die Presse. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat sich zum Sprachrohr derjenigen Kräfte gemacht, die einen Austritt propagieren und ihn für verkraftbar und unschädlich halten. Als ob eine Währungsunion nicht in ihren Grundfesten erschüttert und sich in einen lockeren Währungsverbund verwandeln würde.

Zersetzende Entwicklungen

Seit geraumer Zeit steht der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) in Opposition zur Troika-Politik. Um diese Opposition auf sichere Grundlagen zu stellen, hat er im vergangenen Jahr einen Bericht verfasst, der auf Informationen seiner Mitgliedsgewerkschaften aus Portugal, Griechenland, Zypern und Irland beruht. Die Stoßrichtung des Berichts ist eindeutig: Die Troika-Politik ist unvereinbar mit der europäischen Grundrechtecharta, trägt zum Abbau des Sozialstaats bei, zu einem Anwachsen sozialer Ungleichheiten und zur Beendigung des europäischen Zusammenwachsens, also der europäischen Konvergenz. Aufbauend auf diesen zersetzenden Entwicklungen machen sich in vielen Mitgliedstaaten nationalis-

tische und xenophobe Kräfte daran, ihre rückwärtsgewandten europaskeptischen Ideologien zu verbreiten. Die Europäische Kommission, aber auch das Europäische Parlament haben es bislang versäumt, über diesen Zusammenhang nachzudenken: Trägt die EU selbst dazu bei, dass die Zustimmung zum europäischen Projekt sinkt?

Gehorsam beweisen

Das Bild, das sich aus den einzelnen Mosaiksteinchen ergibt, ist verstörend: Es ist das Bild von Ländern, die einfach von der Troika „übernommen“ wurden. Ex-Kommissionspräsident Barroso sprach von einer „stillen Übernahme“, aber in Wirklichkeit ist es eine „feindliche Übernahme“, denn die gewählten Regierungen verfügen kaum über Manövrierspielraum: Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als die Liste der Troika-Forderungen abzarbeiten. Sie mussten Gehorsam unter Beweis stellen, wollten sie keine weitere Abstrafung durch die Finanzmärkte riskieren. Griechenland wurde sogar gezwungen, auf ein Referendum zu verzichten.

Die Übernahme durch die Troika basiert auf einem einfachen Grundsatz: die Wirtschaft ankurbeln, um die Schuldentilgung durch massive Einschnitte in Arbeits- und Lebensstandards voranzutreiben. Um diesen Durchmarsch der Troika zu ermöglichen, muss alles aus dem Weg geräumt werden, das diesem Ziel widerspricht.

Als Erstes musste die ökonomische Vernunft über Bord gehen: Jeder vernünftige Mensch wusste, dass die Auster-

ritätspolitik der Troika so exzessiv war, dass sie wirtschaftlich nicht unbeschadet zu überstehen war. Griechenland ist der extremste Fall: Ein Austeritätspaket nach dem anderen wurde dem Land aufgezwungen und am Ende hat diese fiskale Konsolidierung zu einem scharfen Absinken des Bruttoinlandsprodukts geführt. Die Folge war ein ökonomischer Zusammenbruch um ein Viertel verglichen mit dem Niveau vor der Ankunft der Troika. Dieser ökonomische Einbruch hatte soziale und gesellschaftliche Konsequenzen mit rapider steigender Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit. Aufgrund des geringen Wachstums steigt die Schuldenquote weiter an – rein mathematisch, weil der Nenner schrumpft.

Geschliffene Löhne und Rechte

Als Nächstes mussten die Löhne und die Rechte der ArbeitnehmerInnen geschliffen werden. Dabei ging es nicht nur um Löhne und deren Höhe, sondern generell um weitreichende Eingriffe in die Tarifautonomie und Lohnfindungssysteme. Die Autonomie der Sozialpartner musste beseitigt werden, denn diese vereinbarten zwar Kompromisse – etwa in Griechenland oder Portugal –, aber die Troika ignorierte diese Vereinbarungen.

Waren diese Eingriffe wenigstens effizient im Sinne ihrer Erfinder? Zu beobachten ist, dass trotz der Implementierung eines Austeritätspakets nach dem anderen die Zinsen und Spreads nicht sanken. Erst die Intervention der EZB im Sommer 2012 führte zu einem Rückgang. Eine Folge dieser Austeritäts-



Die neoliberale Troika-Politik treibt die Krisenländer näher an den Abgrund.

politik war eine Erosion des Vertrauens in die europäischen Institutionen.

Der EGB-Bericht konzentriert sich auf vier Bereiche: die Austeritätspolitik, die Deregulierung der Arbeitsmärkte, insbesondere der Löhne, den Abbau des sozialen Schutzes und das Übergehen des sozialen Dialogs. Die fiskale Justierung hätte über einen weit längeren Zeitraum erfolgen müssen. So hat die Austeritätspolitik zu einem Zusammenbruch der Binnennachfrage geführt und eine tiefe Rezession ausgelöst. Das völlige Fehlen von wachstums- und beschäftigungsfördernden Maßnahmen hat das Ihrige dazu beigetragen. Bestehende Tarifvertragssysteme wurden unterminiert durch Förderung von Abschlüssen auf Unternehmensebene. In Griechenland wurde der in nationalen Tarifverträgen festgeschriebene Mindestlohn um 22 Prozent gekürzt, für Jugendliche bis 24 Jahre gar um 32 Prozent. Wie in Portugal sinkt die Anzahl der Tarifverträge rapide.

Schrumpfende Beschäftigung

In Portugal schrumpfte die Beschäftigung um 800.000 Personen bzw. 15 Prozent. In Griechenland ging die Zahl der Jobs um 18 Prozent zurück, während sich gleichzeitig das BIP um ein Viertel verminderte. In Zypern bestand das Memorandum of Understanding darauf, die Elektrizitätsversorgung, Telekommunikation und Häfen zu privatisieren. Die Arbeitslosigkeit machte in Zypern einen Sprung von fünf Prozent 2009 auf 17,3 Prozent 2013, unter Jugendlichen betrug sie 37 Prozent. Diese sozialen und öko-

nomischen Konsequenzen blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Demokratie: Nur noch eine/r von drei BürgerInnen Südeuropas ist weiterhin mit dem demokratischen System zufrieden – der Vertrauensverlust ist im freien Fall seit dem Beginn der Troika-geführten Austeritätspolitik.

Im Widerspruch zu Werten Europas

Die Schlussfolgerung ist klar: Die Programme der Troika sind nicht akzeptabel. Sie stehen einseitig für die Interessen der Finanzmärkte, Spekulanten und Geschäftswelt. Sie widersprechen fundamental den Werten und Zielvorstellungen der europäischen Verträge und des europäischen Sozialmodells. Der EGB schlägt vor, dass die Generaldirektion Beschäftigung einen detaillierten Bericht über die Eingriffe der Troika in die sozialen Errungenschaften verfasst – mit Vorschlägen zu deren Wiederherstellung. Die Sozialpartner sollten in diese Aktivität eng einbezogen werden. Ebenso sollten parallel die IAO und der Europarat entsprechende Berichte über die Verstöße gegen die Europäische Sozialcharta und die IAO-Normen schreiben. Das Europäische Parlament sollte aktiven Gebrauch von seinem privilegierten Zugang zum Europäischen Gerichtshof machen, um auf die Einhaltung der Europäischen Verträge zu drängen. Die Troika sollte Tarifverträge nicht antasten. Die demokratische Verantwortung von EZB, Kommission und IWF sollte durch Anhörungen mit dem Europäischen Parlament gestärkt werden, sowohl vor der Ausarbeitung der Programme als auch nachher.

Seitdem der EGB-Bericht erschienen ist, hat sich die Lage in der südlichen Peripherie Europas leider noch verschlimmert. Einige AutorInnen schrecken inzwischen nicht mehr davor zurück, von „europäischen Hungerspielen“ zu sprechen. In diesem Trivialepos beherrscht ein wohlhabendes Zentrum zwölf arme und verlotterte Provinzen und organisiert jährliche Wettkämpfe zwischen jugendlichen Vertretern dieser Provinzen, die gegeneinander antreten – zum Amusement der Zuschauer aus dem Zentrum. Die – zugegeben gewagte – Analogie läge darin, dass die Troika zu einer extremen Wettbewerbspolitik drängt, während sich die Finanzmärkte als Zuschauer die Hände reiben und jegliche Empathie mit den Geknechteten und Unterdrückten unterbleibt, jedes Solidaritätsgefühl abhanden kommt. Damit es nicht so weit kommt, ist es höchste Zeit für einen Kurswechsel in Europa: Abkehr von Austerität und Troika-Politik und Rückbesinnung auf ein soziales Europa mit menschlichem Antlitz. Kurz: für ein Europa mit sozialen Ambitionen und nicht nur Wettbewerbsobsessionen.

Internet:

EGB-Bericht:
tinyurl.com/qxu4az6

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
wkowalsk@etuc.org
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Nicht der Heilige Gral

*Die Troika setzte Griechenland unter Druck, sein Staatseigentum zu veräußern.
Der Privatisierungszwang könnte sich auf lange Sicht rächen.*

Alexandra Rotter
Freie Journalistin

Für die kaufkräftigen Unternehmen dieser Welt ist Europa seit einigen Jahren so etwas wie ein riesiges Shoppingcenter, wo am laufenden Band Häfen, Flughäfen, Wasserkraftwerke, Energiefirmen, Banken, Glücksspielunternehmen, Strände und Co sehr günstig angeboten werden. Die Verkäufer sind Staaten, die dringend Geld brauchen, um ihre Schulden zu tilgen – eine schlechte Verhandlungsbasis. Der deutsche „Tagesspiegel“ bezeichnete diese Vorgänge in einem Multimedia-Projekt als „Europoly“, als ein „gigantisches Monopoly“, welches „von Oligarchen und Finanzinvestoren“ gespielt werde. Nachdem Länder wie Portugal und Irland schon eine Menge staatlichen Eigentums veräußert haben, lässt es sich derzeit in Griechenland „besonders gut shoppen“. Dort ist sogar etwas ganz Besonderes im Angebot: der größte Seehafen des Landes.

Strategisch gut gelegener Hafen

Im Jahr 2009 wurde der Hafen von Piräus zunächst für die Dauer von 35 Jahren an das chinesische Staatsunternehmen Cosco (China Ocean Shipping Company) verpachtet, das noch von Mao Zedong gegründet worden war. Die neue griechische Syriza-Regierung hatte sich anfangs noch geweigert, den strategisch gut gelegenen Hafen zu veräußern. Doch zuletzt wurden laut Medienberichten drei ausländische Unternehmen um Angebote für 51 Prozent des Hafens gebeten: der niederländische Terminal-Betreiber APM, das philip-

pinische Unternehmen International Container Terminal Services und Cosco. Mit Aussicht auf mehr: Nimmt der Käufer Investitionen im Ausmaß von 300 Millionen Euro vor, könnte der Anteil innerhalb von fünf Jahren auf 67 Prozent aufgestockt werden. Privatisierungen sind ein wichtiger Teil der Auflagen der Troika an die europäischen Krisenstaaten. Es erscheint logisch: Wer nicht weiß, wie er die Miete zahlen soll, veräußert das Familiensilber. Der Vergleich hinkt jedoch: Das Familiensilber liegt herum oder wird bestenfalls benutzt und gepflegt, es bringt aber keine laufenden Einnahmen. Auch Unternehmen in staatlichen Händen können unprofitabel sein, sind es aber nicht automatisch. In Privatisierungen wird die Hoffnung gesteckt, dass jemand kommt, der mehr vom Geschäft versteht und das Unternehmen in eine rosige Zukunft führt. Doch einige Ökonomen sehen das kritisch und warnen davor, Privatisierungen als Allheilmittel für Staaten in Not zu betrachten.

Joachim Becker, Professor für Volkswirtschaft am Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien, ist einer der Kritiker. Aus seiner Sicht sprechen Erfahrungswerte gegen Privatisierungen: „Schon in manchen Ländern hat man Privatisierungen bereut.“ So sei etwa in Lateinamerika Ernüchterung eingetreten. Ein prominentes Beispiel sei auch das britische Bahnsystem, dessen Verkauf heute als große Torheit angesehen werde. Selbst jüngste Staatsveräußerungen in den südeuropäischen Ländern würden bereits kritischer betrachtet als noch vor wenigen Jahren. Ein Beispiel sei Slowenien,

BUCHTIPP

Oliver Prausmüller,
Alice Wagner (Hrsg.):
Reclaim Public Services
Bilanz und Alternativen
zur neoliberalen
Privatisierungspolitik
VSA-Verlag, 264 Seiten, 2014, € 22,80
ISBN: 978-3-89965-602-2

Bestellung:
www.arbeit-recht-soziales.at



wo nicht nur private Haushalte, sondern auch Unternehmen stark verschuldet waren und viele Kredite nach der Krise nicht getilgt werden konnten. Mittlerweile wurde etwa der Flughafen von Ljubljana an die deutsche Fraport verkauft. Auch viele Industrieunternehmen wurden veräußert. Und der Verkauf der slowenischen Telekom steht zur Diskussion. All das passiere „in rasender Geschwindigkeit und unter weitgehender Vermeidung einer öffentlichen Debatte“, kritisiert Becker.

Vorerst Verzögerung

Zurück zu Griechenland, wo 2011 eine eigene Privatisierungsbehörde, der Hellenic Republic Asset Development Fund (HRADF), eingerichtet wurde. Doch manches ist derzeit unklar, denn eigentlich hat der neue Regierungschef Alexis Tsipras im Jänner angekündigt, die Privatisierungen zu bremsen. Es mehrten sich die Zweifel an bereits kolportierten Deals wie etwa dem Verkauf von 14 regionalen Flughäfen an ein Konsortium von Fraport



Im Jahr 2009 wurde der Hafen von Piräus zunächst an das chinesische Staatsunternehmen Cosco verpachtet. Nun soll er verkauft werden.

AG und einem griechischen Unternehmen. Allerdings scheint der Deal nach neuesten Meldungen bald abgeschlossen zu werden, wenn auch mit Zugeständnissen an den Staat.

Auch für Stephan Schulmeister, Ökonom am Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO), sind Privatisierungen für Griechenland keine Lösung, denn sie könnten am systemischen Problem nichts ändern. So gehe es bei der Griechenland-Krise um viel mehr als um Budgetprobleme: „Griechenland wurde zum Kriegsschauplatz des Konflikts zwischen zwei Weltanschauungen: der neoliberalen Weltsicht, wie sie seit gut 25 Jahren in Europa von den Eliten vertreten wird, und einem Gegenkonzept, das die griechische Syriza-Regierung nun ins Zentrum zu rücken versucht.“ Schulmeister vergleicht die Griechenland-Krise mit einer Krankheit, die von den Ärzten selbst übertragen wird. Die Ärzte sind die europäischen Eliten: „Damit meine ich nicht nur die Politiker, sondern auch die sogenannten Experten, die Universitätsprofessoren und insbesondere die Journalisten.“ Sie würden die Symptome einer Krankheit bekämpfen, die sie selbst verursacht hätten. Mit dieser Medizin: „Sparpolitik, Abbau des Sozialstaates, Lockerung des Arbeitnehmerschutzes und nachhaltiger Schwächung der Gewerkschaft und Privatisierungen“.

Schulmeister ist kein prinzipieller Privatisierungsgegner: „Der entscheidende Punkt ist, welche Aufgabe die Unternehmen in der Wirtschaft und der Gesellschaft übernehmen.“ So habe er wenig gegen die Privatisierungen von Industrie-Unternehmen, die im Wettbewerb mit

Konkurrenten stehen. Doch Unternehmen, „die für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft von Bedeutung sind, wie Energieversorgung oder öffentlicher Verkehr“, sollten nicht ganz aus staatlicher Hand gegeben werden. Insbesondere, wenn Unternehmen eine monopolähnliche Stellung hätten, müssten Privatisierungen mit Regulierungen einhergehen, damit etwa Bustickets nicht übersteuert angeboten oder zu hohe Gehälter ausbezahlt werden. Eine Schwierigkeit, die es immer gibt, ist die Paradoxie bezüglich der Preise für staatliches Eigentum: „In einer prosperierenden Wirtschaft würde der Staat einen höheren Preis für seine Unternehmen bekommen, doch gerade dann braucht er diese nicht zu privatisieren.“

Kompromissbereitschaft

Wichtiger als Privatisierungen wäre zahlreichen Ökonomen zufolge die Stärkung der Realwirtschaft. Für Joachim Becker von der WU wäre in Griechenland insbesondere eine regionalspezifische Industriepolitik „unbedingt notwendig“, ansonsten würden sich die Spannungen in der Eurozone weiter verschärfen. Das sieht auch Panagiotis Kavartinas so, ein Mitarbeiter im Ministerium der Regionen Makedonien und Thrakien in Thessaloniki: „Die Gelder aus Europa wurden weder in Infrastruktur noch in die Umstellung auf ein Wirtschaftsmodell gesteckt, das auf Innovation und neuen Technologien basiert. Die Mittel wurden auch nicht dafür verwendet, um den öffentlichen Sektor produktiver zu gestalten.“ Für Kavartinas ist Privatisierung „nicht immer der Heilige

Gral“. Es gebe positive Beispiele von Privatisierungen, aber er zweifelt daran, wie sich ein Land erholen könne, „wenn es all seinen staatlichen Besitz verkauft“. Jeder Fall müsse gesondert überprüft werden. Die griechische Bevölkerung habe Vorurteile gegenüber Privatisierungen aufgrund der zahlreichen Skandale, wie zum Beispiel jenen rund um den Verkauf der lukrativen staatlichen Lotterie OPAP oder des Helleniko Park, der zu billig verkauft wurde. Er fragt, wie wohl die Bedingungen für erfolgreiche Privatisierungen mit maximiertem Nutzen geschaffen werden könnten, wenn man ein Land zum Ausverkauf zwingt. Das griechische Volk habe das Gefühl, dass all das passiere, damit griechisches Eigentum sehr billig gekauft werden könne. „Die Menschen in Griechenland sind sehr müde und frustriert nach fünf Jahren der Austeritätspolitik, die zu einem toten Ende geführt hat. Sie suchen eine Lösung und sagen Ja zu einem Kompromiss, aber zu einem fairen Kompromiss.“ Die GriechInnen hätten das Gefühl, dass die Syriza-Regierung bereit für einen solchen Kompromiss sei, „aber die Europäer nicht“.

Internet:

Weitere Infos finden Sie unter:
www.hradf.com

Blogtipp:
tinyurl.com/kltx8kz

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
alexandra.rotter@chello.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Ist die Troika an allem schuld?

Die Suche nach den Schuldigen der Krise in Griechenland lässt alte Klischees über das südeuropäische Land aufleben. Was ist dran? Ein Faktencheck.

Irene Steindl
Freie Journalistin

Gefälschte Bilanzen, jahrzehntelange Klientelpolitik, Korruption, hohe Verteilungsungleichheit – das sind nur einige von zahlreichen Indikatoren, die den Schluss nahelegen: Griechenland hat sich selbst über Jahrzehnte hinweg sein wirtschaftliches Grab geschaufelt. Ist Griechenland also selbst schuld an seiner Krise?

Behauptung: Griechenland hat schlecht gewirtschaftet

Keine Frage, dass das politische System in Griechenland mit wirtschaftlichen Folgen einhergeht. Laut dem Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister haben die schwerwiegenden Strukturmängel in Griechenland jedoch nichts mit der aktuellen Krise zu tun. Zwischen 1950 und 2008 hatte Griechenland ein hohes Wirtschaftswachstum. Erst seit der Finanzkrise 2008 seien die Schulden Griechenlands explosionsartig angestiegen, unter anderem weil die Wirtschaft geschrumpft ist. Damit erst wurden Ungleichgewichte und Probleme drückend, die bei normaler wirtschaftlicher Entwicklung verkraftbar gewesen wären.

Hinzu komme, dass alle europäischen Länder durch den Eintritt in die Währungsunion ein sehr niedriges Zinsniveau hatten. Trotz Staatsverschuldungen haben die meisten südeuropäischen Länder nun günstig Kredite erhalten, um zahlreiche Investitionen zu tätigen. Das Geld floss jedoch vermehrt in Prestigeprojekte, etwa den Bau des Olympia-Stadions in Athen, oder in Rüstung als in den Ausbau von Wirtschaft, wettbewerbsfähiger

Technologie oder Infrastruktur. „Ein solcher Boom wäre vor dem Beitritt zur Währungsunion nicht möglich gewesen“, erklärt Schulmeister, da die griechische Drachme als Folge des Leistungsdefizits abgewertet worden wäre. Griechenland hatte nun einen scheinbaren Doppel-Vorteil: niedrige Zinsen und den Wegfall des Wechselkurses.

Das wurde zum katastrophalen Nachteil nach der Krise. Einerseits gab es durch die Ausweitung der Binnennachfrage bis zur Finanzkrise ein höheres Wirtschaftswachstum. Andererseits war der Preis dafür ein enorm steigendes Leistungsbilanz- und Staatsdefizit. Griechenland konnte somit seinen Wohlstandszuwachs auf einem wachsenden Schuldenberg aufbauen.

Behauptung: Griechenlands PolitikerInnen sind korrupt

Korruption ist ein vielschichtiges Phänomen der griechischen Gesellschaft. Ob im Krankenhaus, bei Finanzbehörden oder im Bauamt – Schmiergeld erleichtert in Griechenland immens das Leben im Kleinen und schafft Probleme im Großen. Im Korruptionsindex von **Transparency International** (Corruption Perception Index, CPI) liegt Griechenland gemeinsam mit Bulgarien, Rumänien und Italien auf Platz 69 von 175 Ländern weltweit und zählt damit zu den Ländern mit der höchsten Korruptionsrate innerhalb der EU. Rund 1.000 Euro im Jahr bezahlen GriechInnen durchschnittlich an Bestechungsgeldern. Drei Viertel der Fälle betreffen den öffentlichen Sektor, vor allem das Gesundheitswesen.

Die Gründe für Korruption sind vielseitig, etwa geringe Einkommen, system-

BUCHTIPP

Stephan Schulmeister:
Mitten in der großen Krise.
Ein »New Deal« für Europa
Wiener Vorlesungen
Picus Verlag, 160 Seiten,
2010, € 9,90
ISBN: 978-3-85452-586-8



Bestellung:
www.arbeit-recht-soziales.at

immanente Klientelpolitik, mangelhaftes Funktionieren der Institutionen oder eine schwache BürgerInnen-Gesellschaft. Stephan Schulmeister verdeutlicht die politische Korruption anhand von Wahlkämpfen: „In der Kampagnenphase werben PolitikerInnen persönlich in einer Art Kiosk um potenzielle WählerInnen. Das Prinzip dabei ist einfach: Wählerstimme gegen Wahlversprechen.“ So kommt der Neffe oder das Enkelkind über die Partei zu Arbeit, zu Geld oder zu wichtigen Türöffnern. Das erkläre auch die hohe Anzahl an Staatsbediensteten in Griechenland von rund 25 Prozent aller Beschäftigten. Das Problem dabei: Nicht die Besten kommen zum Zug, sondern jene mit den besten Beziehungen.

Auch die Steuermoral ist ein großes Problem im Land. Nicht deklarierte Swimmingpools im Reichenviertel von Athen und Steuerkonten in der Schweiz haben in den letzten Jahren für Schlagzeilen gesorgt. Der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt beträgt in Griechenland nur rund 23 Prozent, im EU-Durchschnitt liegt er bei rund 40 Prozent. 2015 sind die nachweisbaren Steuerschul-

den auf den historischen Rekordstand von 70 Milliarden Euro gestiegen. Schulmeister ortet das Problem im elitären Geflecht einiger Oligarchen, die sich dank ausgeprägter Kontakte zu Regierungsstellen Steuerschlupflöcher schaffen. Dass auf dem Gebiet der Steuereintreibung und der Korruption nur wenig weitergehe, hat Griechenland selbst zu verantworten.

Behauptung: GriechInnen verdienen sich eine goldene Nase

Um die griechischen Löhne und Pensionen kreisen zahlreiche Mythen, von denen die wenigsten haltbar sind. Es ist richtig, dass die Reallöhne in Griechenland zwischen 2000 und 2008 um 39,6 Prozent gestiegen sind. In Österreich betrug der Anstieg im selben Zeitraum laut einer Statistik der Europäischen Kommission (WSI) nur 2,9 Prozent. Gleichzeitig war und ist das Lohnniveau in Griechenland im Durchschnitt der EU sehr niedrig. Laut Eurostat (2014) liegt der durchschnittliche Stundenlohn in Griechenland im privaten Sektor bei 6,3 Euro brutto – in Österreich sind es xx Euro. Dabei sind die Lebenshaltungskosten in Griechenland nur geringfügig niedriger als in Österreich.

Die Troika forderte von Athen massive Einschnitte in die Rechte von ArbeitnehmerInnen, um die Lohnentwicklung in Griechenland zu bremsen. Mindestlöhne wurden gesenkt, das Tarifrecht ausgehöhlt und Gewerkschaften massiv geschwächt. Seit 2012 beträgt der monatliche Mindestlohn in Griechenland 586 Euro brutto. Bei einer Arbeitslosigkeit von 26 Prozent sind viele Arbeitssuchende bereit, sogar für weniger Geld zu arbeiten. Jede/r Dritte in Griechenland gilt heute als arm.

Für regelmäßige Aufregung sorgen auch die Pensionen. Statistiken erwecken den Eindruck, dass es griechischen PensionistInnen deutlich besser gehe als jenen der meisten anderen EU-Länder. Durchschnittlich erhalten PensionistInnen in Griechenland 959 Euro im Monat. Es ist richtig, dass sich Griechenland damit eine Altersversorgung gönnt, die über dem durchschnittlichen Erwerbseinkommen liegt und die sich das Land schlichtweg nicht leisten kann. Laut der europäischen Statistikbehörde Eurostat fließen rund 17,5 Prozent der griechischen Wirtschaftsleistung in die Altersversorgung.

Im EU-Durchschnitt sind es 13,2 Prozent. Allerdings sind solche Zahlen mit großer Vorsicht zu interpretieren. Die Durchschnittswerte sagen nichts über die Verteilung der Pensionseinkommen aus. In Griechenland klaffen die Unterschiede zwischen Reichen und Armen noch eklatanter auseinander als in vielen anderen EU-Staaten. Fakt ist auch, dass jede/r fünfte PensionistIn mit weniger als 500 Euro monatlich auskommen muss. Dass selbstverursachte Mängel im System bestehen, liegt auf der Hand. Das Problem ist vor allem die Verteilung der Einkommen. Fragwürdig ist dabei die Therapie der Troika: Pensionen und Gehälter drastisch zu kürzen, während die Preise nur langsam sinken, ist volkswirtschaftlich und sozialpolitisch äußerst ungesund.

Wer hat also Schuld?

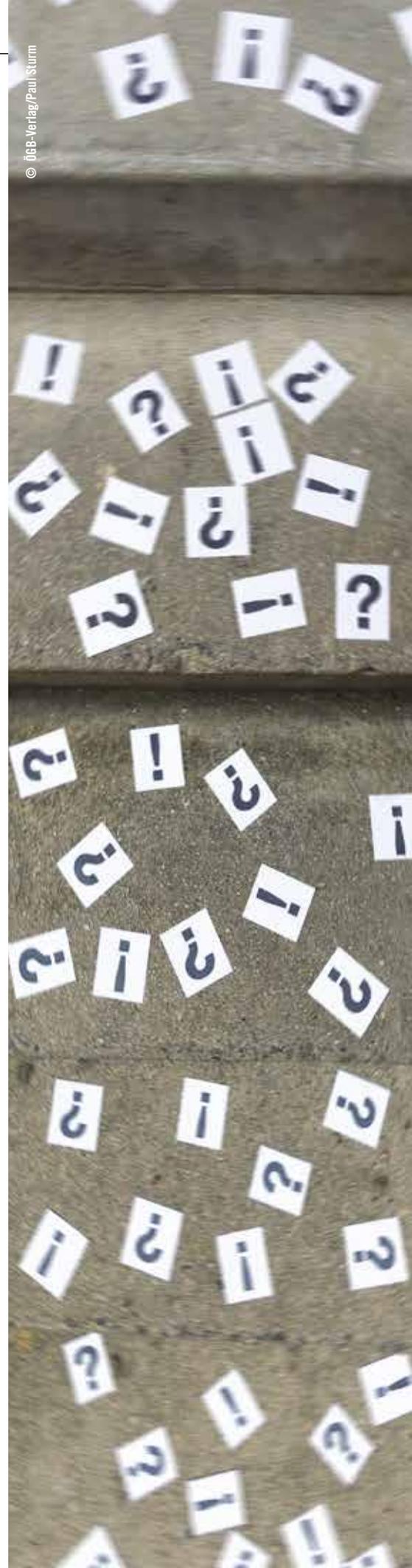
Leider werde in Europa immer wieder die Frage nach dem Schuldigen gestellt, so Schulmeister. Und sie sei falsch. Denn das Grundproblem liege in der Ursache einer Krise. Die Krise in Griechenland hat systematischen Charakter, das heißt: Es gibt nicht den einen Hauptschuldigen.

Griechenland war das schwächste Glied einer Kette der europäischen Gesamtwirtschaft und werde nun zum Sündenbock in Europa. Mit dem Zeigefinger einseitig auf Griechenland zu zeigen sei genauso verfehlt, wie die Troika allein verantwortlich zu zeichnen. „Die Art, wie derzeit über Griechenland diskutiert wird, zeigt eine problematische Art des Denkens in Europa auf. Griechenland wurde, vor allem von Deutschland, bewusst isoliert“, so Stephan Schulmeister. Nun sehe es so aus, als würde Griechenland gegen den Rest Europas stehen. Das sei fatal. Denn die Krise in Griechenland ist keine griechische Tragödie, sondern eine gesamteuropäische.

Internet:

Deutsche Welle: „Leben und Leben lassen: Korruption in Griechenland“:
tinyurl.com/o8bu588

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
steindlirene@gmail.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Rettung für die Banken

Die internationalen Kreditauflagen für Griechenland sind für ArbeitnehmerInnen und Arbeitsrechte der größte Rückschlag seit vielen Jahrzehnten.

Lisa Mittendrein

*Soziologin und Sozioökonomin,
Sprecherin von Attac Österreich und
Redakteurin von mosaik-blog.at*

Seit der Angelobung der neuen griechischen Regierung Ende Jänner dominieren die Verhandlungen mit der Eurogruppe die Nachrichten. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob Griechenland sich zu weiteren neoliberalen Reformen verpflichten wird. Politisch betrachtet geht es jedoch um viel mehr: Gelingt es der neuen Regierung und der griechischen Gesellschaft, einen Schlussstrich unter die zerstörerische Politik der letzten Jahre zu ziehen und einen radikalen Kurswechsel umzusetzen?

Geld floss in den Finanzsektor

Die soziale und ökonomische Situation Griechenlands ist desaströs. Über 25 Prozent der Bevölkerung und über 55 Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos. Ein Drittel der Menschen ist nicht mehr krankenversichert. Der Mindestlohn wurde auf 580 Euro brutto gesenkt, Arbeitsrechte und Kollektivverträge massiv geschwächt. Die Wirtschaftsleistung Griechenlands brach seit Beginn der „Rettung“ um ein Viertel ein (2010–2013), die Staatsschulden stiegen im Jahr 2014 auf 177 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Der Grund dafür liegt in der Kürzungspolitik, die Griechenland im Gegenzug für die Kredite aufgezwungen wurde. Wieso die Situation bei über 200 Milliarden an Krediten trotzdem

so schlecht ist? Weil das sogenannte Rettungsgeld nicht der öffentlichen Hand oder der Bevölkerung zugutekam, sondern direkt in den Finanzsektor weiterfloss.

Bis vor Kurzem war tatsächlich nicht bekannt, was mit den Milliarden für Griechenland eigentlich geschehen ist. Wurden dafür Staatsbedienstete bezahlt oder Investitionen in Technologie und Infrastruktur finanziert? Mitnichten. Im Sommer 2013 haben wir in einer Attac-Studie erstmals gezeigt, dass der Großteil der Gelder direkt in den Finanzsektor weiterfloss.

Das geschah auf mehreren Wegen:

» Rekapitalisierung griechischer Banken: Mehr als ein Viertel der Kredite wurde über den griechischen Finanzstabilisierungsfonds HFSF an den griechischen Bankensektor weitergegeben. Statt den Sektor umzustrukturieren und EigentümerInnen und GläubigerInnen der Banken haften zu lassen, wurden diese fast bedingungslos gerettet. Und damit wurden wiederum auch all jene europäischen Finanzinstitutionen gerettet, die Geschäfte mit griechischen Banken gemacht hatten.

» Auszahlung privater GläubigerInnen: Der Großteil der Gelder kam den GläubigerInnen des griechischen Staates zugute. Banken oder andere InvestorInnen, die griechische Staatsanleihen hielten, hätten bei einem Bankrott Griechenlands einen Teil ihres Geldes verloren. Mit den „Rettungsgeldern“ wurden sie voll ausgezahlt. Griechen-

land hatte immer noch die gleichen Schulden, nur inzwischen nicht mehr bei privaten, sondern bei öffentlichen GläubigerInnen.

» Zinszahlungen: Hohe zweistellige Milliardenbeträge wurden für Zinsen auf bestehende Staatsanleihen aufgewendet. Dieses Geld floss somit ebenfalls an private GläubigerInnen.

Durch dieses Vorgehen wurde Griechenland zwar ein Staatsbankrott erspart, gerettet wurde allerdings nicht das Land, sondern der europäische Finanzsektor. Über mehrere Jahre und mit mehr als 200 Milliarden Euro befreite man die europäischen Banken von griechischen Staatsanleihen und nahm ihnen das Risiko ab, das sie mit Krediten an griechische Banken eingegangen waren. Doch so gesagt wurde all das nie.

Mühselige Recherche

Die Dokumente der Europäischen Kommission, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der sogenannten Rettungsschirme EFSF und ESM enthalten detaillierte Aufstellungen über die vorgeschriebenen Kürzungs- und Privatisierungsmaßnahmen. Zum Verwendungszweck der ausbezahlten Kredite enthalten sie aber nur bruchstückhafte Informationen. Attac waren die ersten, die die tatsächliche Verwendung im Jahr 2013 in einer mühseligen Recherche aus Tausenden Seiten von Dokumenten und Medienberichten rekonstruierten. Mit einer vorsichtigen Schät-



Bis vor Kurzem war nicht bekannt, was mit den Geldern für Griechenland eigentlich geschehen ist. Im Sommer 2013 hat Attac erstmals gezeigt, dass der Großteil direkt in den Finanzsektor weiterfloss.

zung (z. B.: ohne Einbeziehung von Zinsen) kamen wir damals zu dem Ergebnis, dass mindestens 77 Prozent der „Rettungsgelder“ in den Finanzsektor flossen. Mit Zinsen schätzten wir den Anteil schon damals auf über 90 Prozent. Andere Berechnungen, die seither veröffentlicht wurden, zeigen ein sehr ähnliches Bild. Erst kürzlich errechnete das griechische Nachrichtenportal MacroPolis inklusive Zinszahlungen einen Anteil von über 85 Prozent für den Finanzsektor.

Umverteilung zu Banken

Nach den riesigen Bankenrettungen der letzten Jahre verschieben nun die EU-Regierungen über die sogenannten Rettungspakete für Krisenländer weitere Hunderte Milliarden in den Finanzsektor. Das ist eine massive Umverteilung von der breiten Bevölkerung und der öffentlichen Hand hin zu Banken, ihren EigentümerInnen und GläubigerInnen. Damit nicht genug: Die griechische Bevölkerung bezahlt die Rettung von Banken und GläubigerInnen mit einer brutalen Kürzungspolitik, die Armut und Arbeitslosigkeit in Rekordhöhen treibt.

Gegen diese Politik gingen die Menschen in Griechenland seit Jahren auf die Straße. Mit der Wahl der linken Syriza und der neuen Regierung gibt es nun erstmals die Chance auf einen echten politischen Kurswechsel. In den Verhandlungen mit der Eurogruppe beißt die griechische Regierung jedoch auf Granit. Die europäischen Regierungen und Institutionen zeigen keine

Bereitschaft, Griechenland entgegenzukommen. Syriza will unter anderem den Mindestlohn wieder auf Vorkrisenniveau anheben, eine Gesundheitsversorgung für alle sicherstellen und die humanitäre Krise bekämpfen – genau das Gegenteil von dem, was die GeldgeberInnen dem Land seit Jahren aufzwingen. Die europäische Politik fürchtet jedoch einen griechischen Vorbildeffekt. Sollte es in Griechenland gelingen, einen progressiven Wandel in der Wirtschaftspolitik umzusetzen, so stellt dies die Kürzungspolitik in ganz Europa infrage. Nachdem sie jahrelang als „alternativos“ angepriesen wurde, ist für den Machterhalt der Regierungen natürlich nichts gefährlicher als eine echte Alternative.

Keine Kredittranchen mehr

So befindet sich die griechische Regierung, aber auch die Bevölkerung in einer extrem schwierigen Lage. Einerseits ist das Ziel ein Politikwechsel innerhalb der Eurozone, andererseits versuchen die GeldgeberInnen, dies mit allen Mitteln zu verhindern. Während über die Zukunft des Landes verhandelt wird, ist die finanzielle Situation desaströs. Weil es bereits mit der alten Regierung keine Einigung über weitere Maßnahmen gab, und wegen der anstehenden Neuwahlen haben die GeldgeberInnen seit August 2014 keine Kredittranchen mehr an Athen überwiesen. Griechenland muss seine Ausgaben seither also komplett aus seinen laufenden Einnahmen decken – in einer solch tiefen Krise fast ein Ding der Unmöglichkeit.

In dieser sehr heiklen Situation versucht die Eurogruppe nun, der griechischen Regierung Zugeständnisse abzurufen, die einen Bruch der zentralen Wahlversprechen bedeuten würden.

Das eigentliche Ziel

Die größten Konflikte gibt es in zwei Themenbereichen. Die Eurogruppe forderte weitere Kürzungen aller Pensionen, auch der niedrigsten. Weiters fordern sie, Massenentlassungen zu erleichtern sowie ein „Lockout“, die Aussperrung von ArbeitnehmerInnen durch das Unternehmen während eines Arbeitskampfes, zu ermöglichen. Diese Forderungen zeigen, worum es bei den immer beschworenen „Reformen“ wirklich geht: um die weitere Zerstörung von Arbeits- und sozialen Rechten.

Internet:

Attac (2013), Griechenland-„Rettung“: 77 Prozent flossen in Finanzsektor, 17. 6. 2013: tinyurl.com/p8dlyoe

MacroPolis (2015), Where did all the money go?, 5. 1. 2015: tinyurl.com/oxku48g

Medico (2014), Die griechische Wirtschaft wächst – die Zahl der Selbsttötungen ebenso, 2. 9. 2014: tinyurl.com/nbnbrzy

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin lisa.mittendrein@attac.at oder die Redaktion aw@oegb.at

Tarifautonomie ade

Von massiven Eingriffen in die nationalen Lohnpolitiken in Griechenland und Spanien und dem erklärten Ziel der EU, die Gewerkschaften zu entmachten.

Michael Mesch

*Abteilung Wirtschaftswissenschaft
und Statistik der AK Wien,
Geschäftsführender Redakteur der Zeitschrift
„Wirtschaft und Gesellschaft“*

Im Zuge der Wirtschaftskrise hat sich auf EU-Ebene ein besorgniserregender Paradigmenwechsel in der Lohnpolitik vollzogen. Respektierte man bis dahin die Tarifautonomie der Kollektivvertragspartner, so etablierte sich mit der neuen wirtschaftspolitischen Steuerung ein europäischer Interventionismus. Besonders betroffen von den Eingriffen in die nationalen Lohnpolitiken und die nationalen Tarifverhandlungssysteme waren bislang die finanziell von der Troika unterstützten Länder wie Griechenland und Spanien. Die von ihnen abverlangten Reformen hatten vor allem eins zur Folge: die Entmachtung der Gewerkschaften.

Neoliberal ausgerichteter Umbau

Diese Eingriffe zielen auf Deregulierung der Arbeitsmärkte und einen neoliberal ausgerichteten Umbau der historisch gewachsenen KV-Systeme in Europa ab. In einem Bericht aus dem Jahr 2012 formuliert die EU-Kommission folgende Ziele:

- » Dezentralisierung der KV-Verhandlungen,
- » Reduzierung des kollektivvertraglichen Deckungsgrades, bspw. durch Beschränkungen für Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Branchen-KVs,
- » Senkung der nationalen gesetzlichen Mindestlöhne.

Ganz offen zum Ausdruck kommt das Ziel der Entmachtung der Gewerkschaften in folgender Passage:

» Förderung von Maßnahmen, „die zu einer generellen Reduzierung der Lohnsetzungsmacht von Gewerkschaften führen“.

In Südeuropa waren die Gewerkschaften vor allem in den Stammebelegschaften des öffentlichen Sektors verankert, in Spanien und Italien auch in jenen der Großunternehmen der Industrie und des privaten Dienstleistungssektors. Unter den Randbelegschaften, insbesondere den atypisch Beschäftigten, waren sie hingegen nur sehr schwach vertreten. Trotz der besonders ungleichen Verteilung ihrer organisatorischen Stärken verfügten die Gewerkschaften in Südeuropa vor der Wirtschaftskrise über ein erhebliches Maß an institutioneller Macht. Diese beruhte auf Institutionen wie Kollektivvertrag, Betriebsräten, Sozialpartnerschaft oder gesetzlichem Mindestlohn.

Im Jahr 2008 erreichten die spanischen Gewerkschaften im privaten Sektor nur einen Organisationsgrad von 17 Prozent und waren – abgesehen von einigen Großunternehmen – in den Betrieben nur schwach verankert. Dennoch gelang es ihnen, für über 85 Prozent der Beschäftigten im privaten Sektor gewisse Mindeststandards durchzusetzen: über Branchen-KVs und die Verallgemeinerung der darin enthaltenen Regelungen. Noch bedeutender war die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften gegenüber den nationalen Regierungen, die auf ihrer politischen Mobilisierungsfähigkeit beruhte. Pha-

senweise vermochten sie, Kompromisse im Bereich der Lohn-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Form von Sozialpakten festzuschreiben.

Steiles Gefälle

In Griechenland war das Gefälle im gewerkschaftlichen Organisationsgrad noch steiler als in Spanien: Im öffentlichen Sektor betrug dieser rund 65 Prozent, im privaten hingegen ca. 15 Prozent. Die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften gegenüber den nationalen Regierungen beruhte vor allem auf ihrer Mobilisierungsfähigkeit in strategischen Bereichen des öffentlichen Sektors wie Verkehrswesen und Energieversorgung sowie auf ihren Verbindungen zu den klientelistischen Großparteien. In der Lohnpolitik stellte der mit den Arbeitgeberverbänden ausgehandelte nationale Mindestlohn die wichtigste institutionelle Ressource der Gewerkschaften dar. Mit der Wirtschaftskrise sollte die Macht der Gewerkschaften in den Ländern jedoch ausgehöhlt werden – nicht zuletzt auf Betreiben der EU.

Neun von der Krise besonders betroffene EU-Länder mussten bisher finanzielle Unterstützungen von der Troika bzw. von EU und IWF in Anspruch nehmen: Griechenland, Zypern, Italien, Spanien, Portugal, Rumänien, Ungarn, Lettland und Irland. Im Gegenzug vollzogen die Regierungen der Länder tiefgreifende Veränderungen in den nationalen KV-Systemen. Diese kamen durch ein mehr oder weniger intensives Zusammenwirken von verschiedenen Akteuren zustande: auf der einen Seite die Arbeitgeberseite und die neoliberal-konservativen



Beamten in Portugal gingen im Juli 2014 gegen die Sparpolitik sowie die Einschränkung von Gewerkschaftsrechten auf die Straße.

Regierungen in den betreffenden Ländern, entsprachen doch die Veränderungen vielfach lange gehegten Forderungen derselben; auf der anderen Seite die unterstützenden Institutionen, wobei die Initiative oft von der Troika ausging.

Kürzungspolitik

Als Gegenleistung für die finanziellen Unterstützungen verpflichteten sich die betroffenen Länder zu fiskal-, lohn-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmenpaketen. Diese enthielten weitreichende Haushaltsreformen und Kürzungen öffentlicher Ausgaben sowie umfassende Reformen am Arbeitsmarkt und der sozialen Sicherung. Vor allem aber verpflichteten sich die Regierungen zur Umsetzung einer Strategie der „inneren Abwertung“, die lohnpolitische Eingriffe des Staates und Änderungen des KV-Systems beinhaltet.

In diesen Ländern zeigte sich die potenzielle Reichweite des neuen europäischen Interventionismus bereits deutlich. Die Vereinbarungen sahen vor:

- » Lohnstopps und -kürzungen im öffentlichen Dienst,
- » das Einfrieren bzw. die Senkung des nationalen gesetzlichen Mindestlohns und
- » Veränderungen der gesetzlichen Grundlagen des KV-Systems, welche auf Dezentralisierung der KV-Verhandlungen und generell die Dekollektivierung und Deregulierung der Lohnfindung hinauslaufen.

Ab 2010 begann in den finanziell von der Troika unterstützten EU-Ländern somit die institutionelle Entmachtung der Gewerkschaften durch gezielte

Angriffe auf die jeweiligen tragenden Elemente der kollektiven Arbeitsmarktregulierungen.

In Spanien wurde das sogenannte Günstigkeitsprinzip bei Branchen-KVs aufgehoben. Bis dahin waren von Branchen-KVs abweichende Regelungen in Betriebs-KVs nur gültig, sofern sie für die ArbeitnehmerInnen günstiger waren. Die Nachwirkung von KVs wurde auf ein Jahr beschränkt. Arbeitgebern wurde unter bestimmten Voraussetzungen (zwei Quartale mit Verlust) der einseitige Ausstieg aus einem KV eingeräumt. Die Folge: Der Deckungsgrad der Kollektivverträge sank im privaten Sektor von 89 Prozent im Jahr 2011 auf rund 50 Prozent im Jahr 2013.

In Griechenland haben nun Unternehmens-KVs Vorrang vor Branchen-KVs. Zum Abschluss von Unternehmens-KVs sind nicht mehr ausschließlich die Gewerkschaften berechtigt, sondern auch Belegschaftsvertretungen, sofern diese von mindestens 40 Prozent der Beschäftigten beauftragt worden sind. Das Arbeitsministerium hat die Allgemeinverbindlichkeit von bestehenden Branchen-KVs ausgesetzt – ein Anreiz für Unternehmen, den jeweiligen Arbeitgeberverband zu verlassen. Die seit 1936 (mit Unterbrechungen) bestehende Praxis der Festsetzung des nationalen Mindestlohns durch einen General-KV zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften endete Anfang 2012: Die Regierung setzte den bestehenden Mindestlohn per Dekret außer Kraft und legte einen neuen, um 22 Prozent niedrigeren Minimallohn fest. Das Ende 2012 beschlossene Mindestlohngesetz sieht

vor, dass der nationale Mindestlohn durch die Regierung bestimmt wird, wenn auch nach Konsultation der Sozialpartner.

Durch die Zertrümmerung institutioneller Säulen sowie die massive Schwächung ihrer Marktmacht (sinkender Organisationsgrad, hohe Arbeitslosigkeit) sind die Gewerkschaften in Südeuropa auf ihre organisatorischen Ressourcen, ihre politische Mobilisierungsfähigkeit und ihre Streikfähigkeit zurückgeworfen.

Alternative

Als nachhaltige mittel- und längerfristige Ausrichtung gewerkschaftlicher Politik erscheint eine „Strategie der autonomen Revitalisierung“ erfolgversprechend. Diese beruht auf der Stärkung und Erneuerung der organisatorischen Machtressourcen sowie auf systematischen Bemühungen um zivilgesellschaftliche Verbündete. Beides könnte die Voraussetzungen schaffen für die Rückgewinnung von Verhandlungs- und Marktmacht sowie letztlich für das Aufhalten der institutionellen Erosion und für Re-Regulierung des Arbeitsmarktes.

Internet:

Weitere Infos finden Sie unter:
tinyurl.com/oxw3ugl

Blogtipp:
tinyurl.com/otxl5rk

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
michael.mesch@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Krise vergrößert Gehaltsschere

In Spanien gibt es trotz des niedrigen Beschäftigungsniveaus mehr und besser ausgebildete erwerbstätige Frauen. Bessere Löhne erhalten sie nicht.

Jan Marot aus Granada

Freier Auslandskorrespondent für Spanien,
Portugal und Nordafrika

Die ersten Schritte sind die schwersten. Das weiß auch Ramón Fontela Martínez, der vor knapp drei Jahren gemeinsam mit seiner Lebenspartnerin Palmira Crespo Martín die Frauen-Organisation Cepamn (Centro de primera atención a mujeres y niños) im südspanischen Granada ins Leben rief. Hauptziel der NGO ist es, Frauen in Not-situationen ein Rettungsanker zu sein. „Primär soll das Selbstvertrauen und -bewusstsein gesteigert werden, was auch über Selbstverteidigungskurse mit der Lokalpolizei geschieht“, sagt Fontela: „Nach dem ersten Halt gilt es, Perspektiven zu geben, auf dass sie rasch wieder ihre Autonomie erlangen.“

Kunsth Handwerk

Stets am Freitagabend steht im Cepamn-Zentrum im Stadtrand-Bezirk La Chana Kunsthandwerk auf dem Kursplan. Beherztes Lachen erfüllt die Luft. Die Stimmung ist fröhlich, wie die lebensfroh mit Orange bemalten, von Kinderzeichnungen geschmückten Wände. Diesmal werden ökologische Seifen in Handarbeit hergestellt. Sie werden vor Ort, aber auch per Online-Shop angeboten, außerdem kann man Kleidung, Accessoires und Schmuck kaufen.

Das Zentrum ist Frauenhaus, Kurs- und Beratungszentrum zugleich. In Kürze wird eine Notschlafstelle eröffnet. Einzig der geplante, eigene Bioacker im Vorort Fuente Vaqueros scheiterte bis-

lang am Widerstand der Behörden. Man suche weiter nach Alternativen, denn „auch die Tätigkeit in und mit der Natur steigert das psychische Wohlbefinden deutlich“, sagt Fontela.

Unterstützung für den Berufseinstieg

„Die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt ist das Essenzielle“, betont Crespo. Angeboten werden Schulungen im Tourismusbereich in Kooperation mit der Aula Gastronómica Granadas, einer Hotelfachschule. Auch Schulungen für Pflegedienste ebnen den Weg zum neuerlichen oder erstmaligen Berufseinstieg, erläutert die NGO-Direktorin: „Dank Kooperationen winkt ein garantierter Arbeitsvertrag bei Abschluss. So konnten wir binnen knapp einem Jahr neun Frauen wieder eine Festanstellung vermitteln.“

Durch die Krise haben sich die Ungleichheiten beim Gehalt zwischen Männern und Frauen verstärkt, und das bei einem gesunkenen Lohnniveau. Zu diesem Schluss kommt eine Studie der sozialistischen Gewerkschaft Unión General de Trabajadores (kurz UGT), die auf Zahlen des Jahres 2012 basiert. Auf ein Jahressalär gerechnet, verdienen spanische Arbeitnehmerinnen in diesem Jahr um 23,9 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen – bei selber Tätigkeit und selbem Bildungsniveau. Das ist der höchste gemessene Unterschied der Gehaltsschere im Fünfjahresvergleich, betont man seitens der UGT. Im Durchschnitt aller Erwerbstätigen verdienen Frauen damit um 6.145 Euro weniger im Jahr: Während Männer 25.682 Euro erhalten, müssen sich Frauen mit 19.537

Euro abfinden. Auch Eurostat kommt zu ähnlichen Ergebnissen: Zwischen 2008 und 2013 vergrößerte sich die Kluft demnach von 17,1 Prozent um 3,2 Prozent. Dabei ist die Gehaltsschere in den Jahren vor der Krise in Spanien geringer geworden, im Jahr 2008 lag sie sogar unter dem EU-Durchschnitt. Doch dann kam die Krise.

Die UGT rechnet vor: Um auf denselben Lohn zu kommen, mussten Spanierinnen im Jahr 2012 79 Tage mehr arbeiten als ihre Kollegen. Dies wirkt sich freilich auch sehr negativ auf spätere Pensionsansprüche aus: Elfeinhalb Jahre mehr müssen Beitragszahlerinnen für die staatliche Sozialversicherung einzahlen, um dieselbe Pension wie Männer zu erhalten.

Fast ein Drittel weniger

Überraschend verschärfte sich der Gehaltsunterschied sogar bei höherem Bildungsstand. Auch dank der vom sozialistischen Ex-Premier José Luis Rodríguez Zapatero eingeführten Frauenquote in Chefetagen waren 2013 immerhin knapp ein Drittel der Unternehmen bereits von Frauen geführt. Dennoch wird ihnen deutlich weniger bezahlt als Männern. In Wissenschaft und Technik etwa stieg der Gehaltsunterschied auf 31,7 Prozent, in der Administration sind es gar 33,2 Prozent. Auch im Gesundheits- und Sozialwesen liegt er bei 30,33 Prozent. Selbst im Ausbildungsbereich, wo der Unterschied am Gehaltszettel im Jahr 2008 noch gering war, hat sich dieser mehr als verdoppelt – ein Berufsfeld, wo übrigens auch in Spanien zu 67 Prozent Frauen



Durch die Krise haben sich die Ungleichheiten beim Gehalt zwischen Männern und Frauen verstärkt, und das bei gesunkenem Lohnniveau.

beschäftigt sind. Die UGT hat weitere anschauliche Summen parat: Alle spanischen Frauen zusammen würden pro Jahr um 27,7 Milliarden Euro weniger verdienen als Männer. „Was mehr ist, als für die Bankenrettungen von Bankia, Catalunya Caixa und der Caja de Ahorros del Mediterráneo aufgewandt wurde“, empört sich UGT-Gleichstellungsbeauftragte Almudena Fontecha im Gespräch. Sie unterstreicht: „Es geht hier nicht um einen anderen Lohn für andere Tätigkeiten, sondern um die Gesamtheit der Löhne.“

Kein Argument

Belegschaften selbst würden selbst im seltensten Fall über Gehaltsdiskriminierungen Bescheid wissen. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit müsste Usus sein, so Fontecha: „Doch dem ist nicht so. Oft wird für dieselbe Tätigkeit oder in derselben Kategorie weniger bezahlt, auch wenn die Arbeit identisch ist.“ Zudem kritisiert die Gewerkschafterin, dass von Frauen dominierte Berufsfelder generell schlechter entlohnt würden.

Auf die Hintergründe der Gehaltskluft zwischen den Geschlechtern gefragt, antwortet Fontecha: „Kein Argument, das je herangezogen wurde, um diese zu erklären, hat seine Berechtigung. Es ist durch nichts zu rechtfertigen, dass Frauen weniger verdienen.“ Einst hieß es, schuld sei das schlechtere Bildungsniveau von Frauen – längst entkräftet, denn höhere Bildung zeige sich weder im Salär noch in den Arbeitsbedingungen. „Es herrscht schlicht und einfach Lohndumping“, sagt Fontecha. Eine Tendenz, die sich mit der Krise ver-

schärfte. Vollzeit erhielten Frauen auch in Boomjahren bis zur Krise nicht mehr als 24.000 Euro, Männer niemals weniger als 25.000 Euro. Für eine Teilzeitbeschäftigung ist ein Durchschnittslohn von 11.000 Euro jährlich illusorisch – zugleich erhalten drei Viertel der Frauen einen solchen Vertrag, Tendenz steigend.

Die schwierige Lage am Arbeitsmarkt hat vor allem für eine Gruppe von Frauen negative Auswirkungen: die Migrantinnen. Umso wichtiger sind Initiativen, die Migrantinnen bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen, wie dies auch Programm von Cepam, der Frauenorganisation aus Granada, ist. Carol I. (32) kommt aus dem westafrikanischen Guinea-Bissau. Die Mutter dreier Kinder wurde von ihrem Ex-Mann misshandelt und fand dank Cepam Arbeit als Kellnerin in einem Restaurant. Ein Erfolg, denn besonders kritisch ist die Situation für viele Immigrantinnen. In den Boomzeiten bis 2007/08 just vor der Wirtschaftskrise wurden Hunderttausende von Job-Chancen angelockt. Nun dominiert vielfach Hoffnungslosigkeit.

Migrantinnen verwundbarer

Während Cepam sich Gewaltopfern widmet, versucht man bei der NGO Fundeso in Madrid, gezielt Migrantinnen die neuerliche Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. „Dass dies einzig für Frauen mit Migrationshintergrund angeboten wird, hat seinen Grund“, sagt die Arbeitsrechtsexpertin María Dolla, die Fundeso als Anwältin zur Seite steht: „Männer hatten es am Arbeitsmarkt ein-

facher. Sie arbeiteten in der Bauwirtschaft, und das meist mit Vertrag.“ Frauen hingegen widmeten sich zumeist Tätigkeiten in der Schattenwirtschaft wie Pflege oder Hausarbeit. Das machte Migrantinnen mit der Krise und steigender Arbeitslosigkeit „enorm verwundbar“. Sie erhalten bei Jobverlust keine oder nur geringste Sozialhilfen, und: „Bei andauernder Erwerbslosigkeit droht die Abschiebung“, sagt Dolla.

Kleine Erfolge

Das Gemeindezentrum „Caracol“, was übersetzt Schnecke heißt, liegt im Stadtteil Orcasitas im Süden von Madrid. Dort werden gezielte Schulungen für Immigrantinnen im Alter von 18 bis 35 Jahren angeboten. „Dazu zählen neben Berufsausbildungen ein Eignungstest, psychologische Unterstützung und auch juristische Beratung“, betont Beatriz Rubio, Psychologin bei Fundeso: „Das zeitigt Erfolge, abseits gesteigerten Selbstbewusstseins und besserer Berufsbefähigungen.“ Im vergangenen Semester wurden 142 Frauen aus 27 Staaten geschult. Immerhin 16 von ihnen fanden Arbeit.

Internet:

Weitere Infos finden Sie unter:
www.cepam.org

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
office@janmarot.eu
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die weibliche Seite der Krise

Hohe Arbeitslosigkeit, sinkende Durchschnittseinkommen, rigorose Sparkurse: Was bedeutet die Austeritätspolitik für die Frauen in Europas Süden?

Astrid Fadler
Freie Journalistin

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Frauen und Männern ist ein langjähriges Ziel europäischer Politik, das sogar schon im Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aus 1957/58 festgeschrieben ist. Mit dem Amsterdamer Vertrag 1997 wurde die Geschlechtergleichstellung für alle EU-Staaten verpflichtend. Zumindest theoretisch, denn die Umsetzung war schon ohne Krise zum Teil mangelhaft. Wirtschaftskrisen bedeuten noch dazu schlechte Zeiten für die Frauenpolitik – und gerade in Ländern wie Griechenland, Spanien oder Portugal ist die Situation durch die Troika-Politik noch schwieriger geworden.

Ziel in Gefahr

Krisenbedingt ist unter anderem das Ziel, EU-weit die weibliche Beschäftigungsquote zu erhöhen, in Gefahr. Mikael Gustafsson ist Vorsitzender des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter im Europäischen Parlament (FEMM). Im Interview mit dem deutschen Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie, das Teil der Heinrich-Böll-Stiftung ist, hält er fest: „Die Beschäftigungsrate von Frauen ist bis 2008 stetig angestiegen, danach ist sie konstant geblieben und liegt heute immer noch bei 62 Prozent.“ Dabei sollte sie gesteigert werden, und zwar auf 75 Prozent.

Arbeitslosenquoten zwischen 20 und 30 Prozent sowie extreme Reallohnver-

luste haben in den vergangenen Jahren in den meisten Haushalten für gravierende Veränderungen gesorgt: Wenn die Arbeitslosen-Unterstützung ausbleibt, wenn die Lebenshaltungskosten steigen und Kinderbetreuungseinrichtungen unerschwinglich werden, müssen die Familien – in den meisten Fällen die Frauen – die Lasten schultern.

Zwischen 2010 und 2013 ist das reale Durchschnittseinkommen etwa in Griechenland um 45 Prozent zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote bei Frauen unter 24 liegt jenseits der 50 Prozent. Mehr als 70 Prozent der 1,3 Millionen griechischen Arbeitslosen sind schon länger als ein Jahr auf der Suche. Zwischen 2008 und 2013 ist das Armutsrisiko von 20 auf 44 Prozent gestiegen und hat sich somit mehr als verdoppelt. Die private Verschuldung ist exorbitant gestiegen. Laut der Gewerkschaft GSEE wurden viele Vollzeit-Verträge in Teilzeit oder Ad-hoc-Arbeitsverhältnisse umgewandelt. Im Zuge einer beispiellosen Deregulierung im Arbeitsrecht redet der Staat immer öfter bei Kollektivverträgen mit, um die Löhne niedrig zu halten.

Frauen werden insbesondere während der Schwangerschaft und nach dem Mutterschaftsurlaub verstärkt unter Druck gesetzt, flexible Arbeitsformen zu akzeptieren. Die allgemeinen Rentenkürzungen betreffen auch die bei Frauen häufigen Mindestrenten. In Italien etwa ist das durchschnittliche Lebenseinkommen von Frauen um 50 Prozent geringer als das von Männern, dementsprechend niedrig sind (später) die Pensionen.

Auch in den südlichen Ländern haben junge Frauen die Männer bildungsmäßig bereits überholt. Die positiven Auswirkungen allerdings sind wie fast überall in Europa bescheiden. So verdienen Akademikerinnen in Portugal 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Eine Studie der nationalen Gleichstellungsbehörde (CITE) ergab kürzlich, dass Portugals Frauen doppelt so häufig Freistellungen in Anspruch nehmen wie Männer. Als Gründe gaben Frauen familiäre Verpflichtungen an, während Männer andere Motive nannten. Daraus wird deutlich, dass Pflege- und Betreuungsaufgaben nach wie vor überwiegend in weiblichen Händen liegen.

Troika frisst unsere Kinder

Von Sparmaßnahmen bei öffentlichen Pflege- und Betreuungseinrichtungen sind besonders Frauen betroffen. Erstens handelt es sich vor allem um Frauenarbeitsplätze, zweitens fallen die so entstandenen Pflege- und Betreuungsaufgaben in der Regel den weiblichen Familienmitgliedern zu. Zwischen 2010 und 2012 ist in Griechenland die Nachfrage nach öffentlichen Kindergrüppchen-Plätzen auf das Dreifache gestiegen. Nur knapp 60 Prozent der Kinder konnten tatsächlich untergebracht werden. Unter diesen Umständen zögern viele, eine Familie zu gründen, entsprechend ist die Geburtenrate in Griechenland zwischen 2008 und 2013 um 15 Prozent gesunken.

„In Lissabon beträgt die durchschnittliche Monatsgebühr für eine Kita rund die Hälfte des durchschnittlichen

Wirtschaftskrisen bedeuten düstere Zeiten für die Frauenpolitik. Gerade in den Krisenländern ist die Situation noch schlimmer geworden.

Mindestlohns. Deshalb geben Frauen mit Kleinkindern vermehrt ihren Beruf auf“, erzählte Ana Paula Amaral, pensionierte Englischlehrerin und Aktivistin der Bewegung „Zum Teufel mit der Troika“, im Jahr 2013 in einem Interview. Immer mehr Frauen, vor allem Migrantinnen, aber auch arbeitslose Frauen, die sich von ihrem Partner getrennt haben, würden in die Prostitution flüchten, mahnt sie. Diese Entwicklung war in vielen Städten der PIGS-Staaten (Portugal, Italien, Griechenland, Spanien) spürbar, wobei die Preise der Sexarbeiterinnen deutlich gesunken sind.

Page not found

Frauenorganisationen sahen mühsam erkämpfte Frauenrechte schon zu Beginn der Krise in Gefahr. Sie kritisieren das Fehlen von Geschlechtergleichstellungszielen in den Reformen und wirtschaftlichen Anpassungsprogrammen. Tatsächlich gerieten Frauenrechte nicht selten zur Nebensache, aus Geldmangel wurde die bunte Szene deutlich dezimiert. Wer im Netz beispielsweise nach griechischen Frauen-NGOs sucht, die 2010 noch aktiv waren, liest immer wieder die Fehlermeldung „Page not found“. Vielen Webseiten sieht frau an, dass kaum Ressourcen vorhanden sind. Ähnlich von der Krise betroffen sind staatliche Stellen, im März 2013 etwa wurde das griechische Generalsekretariat für Geschlechtergerechtigkeit von 25 Einheiten auf acht zusammengestrichen, 19 Abteilungen wurden auf sechs reduziert. In Austeritätsplänen mag Geschlechter-

gleichstellung zwar nicht vorkommen, doch immerhin gibt es innerhalb der europäischen bzw. internationalen Gemeinschaft mehrere etablierte Organisationen und offizielle Stellen, denen Gender Equality ein Anliegen ist.

Gleichstellung nicht nur im Job

Die deutsche Politikwissenschaftlerin Regina-Maria Dackweiler kritisierte im Rahmen einer Veranstaltung der AK Tirol, dass die EU-Gleichstellungspolitik zwar häufig als eine Art „supranationales Geschenk“ dargestellt werde, aber zu stark auf **Employability** und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet sei. Es gehe viel zu wenig darum, „Strukturen der Ungleichheit aufzubrechen und bestehende Herrschaftsverhältnisse [...] zu transformieren“.

Internationale Vernetzung ermöglicht heute zumindest den raschen Austausch von Informationen und konzentriertes Vorgehen – auch wenn dies manchmal nur in Form von Protesten, Aufrufen und Memos erfolgt. So hat internationaler Druck immerhin dafür gesorgt, dass in Griechenland 2006 Vergewaltigung in der Ehe und häusliche Gewalt verboten wurden. Überhaupt konstatiert auch Dackweiler, konnte die EU im Kampf gegen (sexualisierte) Gewalt gegen Frauen beachtliche Erfolge erzielen.

Trotzdem: Beengte Wohnverhältnisse, Langzeitarbeitslosigkeit und triste Zukunftsaussichten führten in den vergangenen Jahren dazu, dass Frauenorganisationen in den Krisenländern eine Zunahme an häuslicher Gewalt vermel-

den. Aus finanzieller Not zögern viele Frauen lange, bevor sie einen gewalttätigen Partner verlassen. Zusätzlich verbreiten politische Gruppierungen mit rassistischem Charakter „Zurück an den Herd“-Ideologien und alte Geschlechterstereotypen erleben ein Revival.

Doch in der Krise zählt jeder Euro und viele Frauen suchen jetzt erstmals nach Arbeit, um der Familie das Überleben zu sichern. Ob sich dadurch die Geschlechterverhältnisse zumindest indirekt ändern, ist ungewiss. In den Krisenländern ist der Gender Pay Gap zwar kleiner geworden, aber vor allem deshalb, weil jetzt alle weniger verdienen, viele Männer ihren Job verloren haben oder Teilzeit arbeiten.

Internet:

Weitere Infos finden Sie unter:
www.analyzegreece.gr

European Institute for Gender Equality:
eige.europa.eu

Women against Violence (WAVE):
www.wave-network.org

Interview mit Mikael Gustafsson, dem Vorsitzenden des FEMM-Ausschusses im Europäischen Parlament:
tinyurl.com/pmd4apr

Europäische Zeitschrift für Geschlechtergleichstellungsrecht 1/2014:
tinyurl.com/p9xudqn

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Aufwachsen in Armut

Kinder sind die Leidtragenden der Weltwirtschaftskrise. Gemäß dem neuesten Report von UNICEF ist ein starkes Sozialsystem entscheidend für Armutsvermeidung.

Maja Nizamov
Freie Journalistin

Daniel Volkmer lebt – so sieht es zumindest für Außenstehende aus – im Paradies. Von seinem kleinen Apartment an der spanischen Küste, 30 Kilometer von Barcelona entfernt, blickt er sowohl auf die katalanische Hauptstadt als auch auf das Mittelmeer. Um zu seiner Arbeit nach Barcelona zu gelangen, fährt der gebürtige Belgier mit seinem Motorrad eine halbe Stunde die Küstenstraße entlang. Volkmer hat sich seinen Traum verwirklicht und sich in Spanien eine Existenz aufgebaut.

Finanziell stark angeschlagen

Wenn er erzählt, dass er in Spanien lebt, erntet er oft fragende und besorgte Blicke. Schließlich ist Spanien neben Portugal und Griechenland eines der Länder, das von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffen war. „Mir geht es gut, als Alleinstehender brauche ich auch nicht viel“, sagt Volkmer. „Aber ich merke deutlich, wie sehr die Wirtschaftskrise zugeschlagen hat. Viele befreundete Familien sind finanziell stark angeschlagen, einige können ihren Lebensstandard nicht mehr halten.“ Es sei deutlich spürbar, dass die Armut gestiegen ist.

„Bei der örtlichen Ambulanz werden zum Beispiel Gewand und Nahrungsmittel, vor allem Konserven, gesammelt. Beim Eingang hängt ein Zettel, auf dem steht, dass man sich bewusst ist, dass bei vielen Familien, die dort zur Behandlung kommen, das Haushaltsgeld nicht mehr bis zum Monatsende ausreicht.

Daher wird um Sachspenden gebeten.“ Die Armut macht vor niemandem halt. Vor allem nicht vor Kindern.

Steigende Kinderarmut seit 2008

In der industrialisierten Welt leben ca. 76,5 Millionen Kinder in Armut. Allein seit Beginn der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 fielen rund 2,6 Millionen Kinder in den reichsten Ländern der Welt unter die Armutsgrenze. Diese Zahlen veröffentlichte UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, in der im Oktober 2014 veröffentlichten Publikation „Innocenti Report Card 12, Children of the Recession: The impact of the economic crisis on child well-being in rich countries“ der Studienreihe „Report Card“. Die „Report Card“ verfolgt regelmäßig die Situation der Kinder in entwickelten Ländern. Das Forschungszentrum von UNICEF, „Innocenti“, untersuchte hierfür die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Entwicklung der Kinderarmut in der Europäischen Union sowie in den 41 Ländern der OECD.

Seit Beginn der Wirtschaftskrise 2008 stieg die Kinderarmut in 23 der 41 untersuchten Länder an. Griechenland ist eines der Länder, in dem die Auswirkungen der Rezession am stärksten spürbar waren. Das mittlere Haushaltseinkommen sank auf den Wert von 1998. Die Arbeitslosigkeit stieg drastisch, und Kürzungen in den Sozial- und Gesundheitsleistungen waren die Folge. Die Selbstmordrate stieg zwar in ganz Europa, aber in Griechenland zwischen 2008 und 2011 um 36 Prozent. Grie-

BUCHTIPP

UNICEF (Hrsg.):
UNICEF-Report 2015
Kinder zwischen den Fronten
Verlag Fischer, 272 Seiten,
2015, € 12,40
ISBN: 978-3-5960-3289-1



Bestellung:
www.arbeit-recht-soziales.at

chenland ist das Land mit der zweithöchsten Wachstumsrate von Kinderarmut, nämlich 17,5 Prozent. Nur Island liegt mit einem traurigen Spitzenwert von 20,4 Prozent an letzter Stelle. In Spanien stieg die Kinderarmut um 8,5 Prozent. Portugal liegt mit einem Wachstum von 1 Prozent im Mittelfeld, in Österreich sank die Kinderarmut im Übrigen sogar um leichte 0,7 Prozent.

Kein Land war auf das Ausmaß und die Folgen der Rezession vorbereitet. Gemäß UNICEF-ExpertInnen wäre es ratsam gewesen, in der ökonomisch stabilen oder wirtschaftlich gar wachsenden Periode vor der Rezession das soziale Sicherheitsnetz für Kinder und Jugendliche zu festigen, um ökonomisch ungünstigen Zeiten vorzubeugen. Allerdings hat kein Land dies vorzeitig erkannt und es daher verabsäumt, Maßnahmen zu setzen, um die soziale Sicherheit der Kinder zu stärken – ganz im Gegenteil. Da die Finanzmärkte starken Druck auf die Regierungen ausübten, reagierten diese mit Budgetanpassungen. Die Maßnahmen der Eurozone, vor allem in den südlichen Ländern, führten zu einer Kürzung der sozialen



Seit 2008 hat sich die Zahl jener Haushalte mit Kindern, die sich jeden zweiten Tag kein Fleisch, Huhn oder keinen Fisch leisten können, in Estland, Griechenland und Italien verdoppelt.

Ausgaben für Kinder und Familien. „Viele wohlhabende Staaten haben einen großen Rückschritt erlitten, was ihre Budgeteinnahmen betrifft, und die Auswirkungen auf Kinder werden lang anhaltende Folgen für sie und ihre Gesellschaften haben“, sagt Jeffrey O’Malley, UNICEF-Verantwortlicher für „Global Policy and Strategy“.

Trauriges Nachspiel

Länder, die von der Krise stark betroffen waren, verzeichneten eine deutliche Verschlechterung der Situation von Familien – vor allem aufgrund des Verlustes des Arbeitsplatzes der Eltern, Unterbeschäftigung und Einschnitte in der öffentlichen Verwaltung. Der Haushalt, der größte Teil eines jeden Familienbudgets, ist der wichtigste Indikator für Armut. Während der Krise ist das mittlere Einkommen in Haushalten mit Kindern in jedem zweiten Land gesunken. Seit 2008 hat sich die Zahl jener Haushalte mit Kindern, die sich jeden zweiten Tag kein Fleisch, Huhn oder keinen Fisch leisten können, in Estland, Griechenland und Italien verdoppelt. Die Zahlungsunfähigkeit, wenn es darum geht, unerwartete finanzielle Ausgaben zu begleichen, ist in den zwölf von der Krise am stärksten betroffenen Ländern um 60 Prozent gestiegen.

Wenn sich Eltern mit plötzlicher Arbeitslosigkeit und/oder Einkommensverlusten konfrontiert sehen, wirkt sich dies auf die ganze Familie aus. Eltern sparen bei der Ernährung, es kommt weniger oder gar kein Fleisch mehr auf den Tisch. Sie können es sich schwerer

leisten, Material für die Schule zu kaufen oder ihren Kindern Nachhilfestunden zu ermöglichen. Auch Freizeitaktivitäten fallen dem familiären Sparkurs zum Opfer. Plötzlich können die Kinder keine Musikkurse mehr besuchen, das Fußballtraining ist tabu. Knapp 28 Prozent der befragten griechischen Jugendlichen berichteten, dass ihre Familien auf Urlaub verzichten müssen – eine Veränderung, die den Kindern am stärksten auffällt – und dass die Krise öfters zu innerfamiliären Spannungen und Streit führt.

Kinder sind oft Zeugen von Zwangsräumungen, Eltern sehen sich mit steigenden Hypothekenschulden konfrontiert, eine unerträgliche Spannungssituation, die sich auch auf die Kinder auswirkt: Sie fühlen dabei verstärkt Ängste und Stress. Sie leiden unter den familiären negativen Veränderungen, dabei legen manche Kinder ein auffälliges Verhalten an den Tag, manche jedoch leiden still. Viele sind Demütigungen vor FreundInnen oder SchulkameradInnen ausgesetzt. Im extremsten Fall sehen sich Familien gezwungen, ihr Heim, manchmal sogar das Land zu verlassen.

Starkes Sozialsystem notwendig

Laut UNICEF weist das soziale Sicherheitsnetz vieler Staaten deutliche Schwächen auf, vor allem in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Ernährung. 11,1 Millionen und damit um 1,6 Millionen Kinder mehr als 2008 mussten 2012 materielle Entbehrungen erleben. Wenn die Kinder jedoch bereits in Armut leben, ist

es umso schwerer, aus der Armutsfalle wieder herauszukommen – ein Teufelskreis, aus dem nur wenige ausbrechen können.

Wenn jedoch Kinder und Jugendliche weiterhin vernachlässigt werden, wird sich die prekäre Situation auch dann nicht verbessern, wenn die Wirtschaft sich bereits längst erholt hat. Vielmehr droht sie sich sogar noch mehr zu verschlechtern. „Die UNICEF-Forschung zeigt, dass starke Sozialsysteme ein entscheidender Faktor für die Vermeidung von Armut waren. Alle Länder brauchen starke soziale Sicherheitsnetze zum Schutz der Kinder in schlechten Zeiten und in guten – und die wohlhabenden Länder sollten mit gutem Beispiel vorangehen, sich explizit der Beseitigung von Kinderarmut verpflichten, Strategien entwickeln, um Wirtschaftsabschwünge zu kompensieren, und das Wohlergehen der Kinder zu ihrer obersten Priorität erklären“, so O’Malley. Wenn es darum geht, der Rezession entgegenzusteuern, sollte dem Wohlergehen der Kinder höchste Priorität beigegeben werden und die ethische Verpflichtung mit den Eigeninteressen des Staates einhergehen.

Internet:

Der Report ist einsehbar via folgendem Link:
www.unicef-irc.org/publications/733

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
maja.nizamov@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

**Neues aus der SOZAK**

Mehr Schein als Sein

Scheinfirmen, Scheingeringfügigkeit, Scheinselbstständigkeit – die Schattenwirtschaft fördert Lohn- und Sozialdumping in Österreich.

Maja Nizamov
Freie Journalistin

In 21 von 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist ein gesetzlicher Mindestlohn festgelegt. In Österreich erhalten ArbeitnehmerInnen allerdings keinen Mindestlohn – ähnlich wie in Dänemark, Finnland, Italien, Schweden und auf Zypern. In Österreich werden Mindestgehälter bzw. Mindestlöhne nämlich in Kollektivverträgen – derzeit gibt es 856 gültige – festgelegt. Diese garantieren die Mindeststandards und rechtliche Sicherheit in den Arbeitsverhältnissen. Und sie legen für eine möglichst große Anzahl von ArbeitnehmerInnen sowie für alle Branchen und Regionen sachgerechte Lohn- und Arbeitsbedingungen fest. Allerdings gibt es immer mehr Löcher in diesem System.

Spitzenposition bei Tarifbindung

Laut einer aktuellen Statistik der OECD zur Tarifbindung von ArbeitnehmerInnen belegt Österreich eine Spitzenposition. Fast alle österreichischen ArbeitnehmerInnen sind durch Kollektivverträge abgesi-

chert. Allein die Gewerkschaft für Privatangestellte, Druck, Journalismus Papier, GPA-djp, die jährlich 175 Kollektivverträge verhandelt, hat einen wichtigen Anteil an dieser erfreulichen Tatsache. Im Vergleich: In Deutschland werden 62 Prozent, in den USA nur 24 Prozent der ArbeitnehmerInnen durch Tarifverträge abgesichert.

Erfindungsreiche Unternehmer

Trotz der relativ guten Absicherung und des dichten Netzes an Kollektivverträgen ist in einigen Branchen in Österreich Lohn- und Sozialdumping ein großes Problem. Die betroffenen Branchen reichen von der Gastronomie und dem Transportgewerbe bis hin zu Personalleasingfirmen, Paketzustellern und Plakatierern, dem Reinigungs-, Fleischerzlegungsgewerbe sowie ErntehelferInnen. Wenn es darum geht, die Löhne und Sozialversicherungsabgaben des Personals zu senken, zeigen sich viele Unternehmen sehr erfindungsreich. Drei Teilnehmer des aktuellen Jahrgangs der SOZAK beschäftigten sich eingehend mit dem Thema des Lohn- und Sozialdumpings und erstellten dazu im Rahmen ihres Ab-

BUCHTIPP

Reinhard Resch (Hrsg.):
**Lohn- und Sozialdumping-
Bekämpfungsgesetz**
ÖGB-Verlag, 2012,
128 Seiten, € 29,90
ISBN: 978-3-7035-1548-4



Bestellung:
www.arbeit-recht-soziales.at

schlussprojekts ausführliche Seminarunterlagen: Gerald Priglinger, Betriebsratsvorsitzender der Terrag Asdag, Daniel Lachmayr, Jugendsekretär der Gewerkschaft Bau-Holz Niederösterreich, sowie Stefan Hurt, Betriebsratsvorsitzender-Stellvertreter Securitas Sicherheitsdienstleistungen GmbH. Das Besondere an dieser Projektgruppe war die Zusammenarbeit mit KollegInnen aus Deutschland von der Europäischen Akademie der Arbeit Frankfurt. Gemeinsam setzten sie sich mit den verschiedensten Formen von Schattenwirtschaft auseinander.

Laut Sozialministerium wurden seit Inkrafttreten des Lohndumping-Gesetzes

im Mai 2011 rund 27.000 Betriebe, darunter 6.300 aus dem Ausland, kontrolliert. 938 Unternehmen, darunter 444 ausländische, wurden wegen Unterentlohnung angezeigt, 1.700 verweigerten die Herausgabe von Unterlagen und wurden daher angezeigt. Gleich 17 ausländische Betriebe wurden für den österreichischen Arbeitsmarkt gesperrt. Insgesamt erhielten rund 4.000 Beschäftigte einen viel zu geringen Lohn. Die meisten ausländischen Unternehmen, die erlappt wurden, stammen aus Ungarn, gefolgt von Slowenien und der Slowakei.

Lohn- und Sozialdumping erscheint auf mannigfaltige Weise. Eine häufige Art ist der Sozialbetrug mittels Scheinfirmen. Dabei wird über Strohleute ein, oft auch mehrere Unternehmen gegründet. Die Kapitalausstattung dieser Firmen geht gegen null, dem gesetzlichen Minimum – Insolvenzen sind einkalkuliert. Scheinunternehmen melden in großem Umfang Beschäftigte an, die meist geringfügig angestellt sind. Scheinfirmen werden auch oft mit sogenannten Subunternehmerpyramiden in Verbindung gebracht. Dabei erhält ein Generalunternehmer A einen Auftrag, der dann teilweise an einen oder sogar mehrere Subunternehmen B vergeben wird. Während die Ebene B „sauber“ gehalten wird, erfolgt eine weitere Subvergabe an eine C- oder gar D-Ebene. Diese Firmen sind oft Scheinfirmen oder gar scheinselfständige Ein-Personen-Unternehmen (EPU). Damit sollen Sozialleistungen minimiert oder umgangen werden. Bei Auffliegen einer C- oder D-Firma werden Anmeldungen, das Personal sowie allfälliges Kapital schnell in neue Konstrukte verschoben. Im Hintergrund agieren dabei meist dieselben Personen, die Firmen arbeiten mit Scheinrechnungen. Die tatsächlichen Arbeiten hingegen führen Beschäftigte dieser Firmen aus.

Manipulation und Lohnsplitting

Viele Unternehmen bedienen sich auch der doppelten Lohnbuchhaltung. Dabei werden eine externe und eine interne Lohnbuchhaltung geführt. Die externe Version dient der Vorlage bei Behörden und entspricht auch den gesetzlichen Vorgaben. Im internen Buch werden die echten, also die Dumpinglöhne aufgezeichnet. Für die

Buchhaltung werden dann die Scheinrechnungen der verbundenen (Schein-)Firmen verwendet. Neben der doppelten Lohnbuchhaltung betreiben Unternehmen manchmal auch eine doppelte Lohnverrechnung, um die tatsächlich bezahlten – niedrigen – Löhne zu verschleiern. Bei dieser Form des Sozialdumpings werden für eine Person unter verschiedenen Namen mehrere geringfügige Dienstverhältnisse abgeschlossen. Diese Person wird für einen Monat beschäftigt, das Entgelt aber wird auf mehrere Monate gesplittet. Die Entgeltbestandteile werden als echte Aufwandsentschädigung und nicht in Sozialversicherungsbeiträge einbezahlt.

Bei einer Scheinselbstständigkeit werden einfache Tätigkeiten mittels Werkvertrag an Ein-Personen-Unternehmen vergeben. Es sind zwar Gewerbeberechtigungen vorhanden, der Werkvertrag unterliegt allerdings der Privatautonomie. Die Scheingeringfügigkeit ist nicht nur am Bau gang und gäbe. Oft trifft dies auch auf Lkw-Fahrer, Paketzusteller, Plakatierer, LagermitarbeiterInnen (auch „Konsulenten“ genannt) zu. Wenn Beschäftigte geringfügig angemeldet werden, aber effektiv Vollzeit arbeiten, spricht man von Scheingeringfügigkeit. Um Steuern und Sozialabgaben zu minimieren, wird dabei nur die Unfallversicherung abgedeckt. Die Differenz vom geringfügigen und dem tatsächlichen Lohn wird bar auf die Hand schwarz ausbezahlt. Von einer Scheinentsendung ist die Rede, wenn eine „Briefkastenfirma“, die im Ausland ihren Sitz hat, aber ausschließlich im Inland handelt, die beschäftigten Personen hauptsächlich im Inland rekrutiert. Dabei wird die Sozialversicherung – wenn überhaupt – nach ausländischen Maßstäben und im Ausland entrichtet. Behörden können dies bei Kontrollen jedoch nicht überprüfen, da sie keine Zugriffe auf die Datenbanken der ausländischen Sozialversicherungen haben.

Die gänzlich **klandestine** Schwarzarbeit ist ein Phänomen im niederschweligen und oft privaten Bereich. Ob die Putzfrau zu Hause oder die Bauarbeiter, die die Terrasse erweitern oder den Dachboden ausbauen: SchwarzarbeiterInnen bekommen ihren Lohn bar auf die Hand „brutto für netto“ ausgezahlt. Sie melden sich nicht bei der Sozialversicherung an. Viele SchwarzarbeiterInnen verfügen

NEU!

Die TeilnehmerInnen der Sozialakademie der Arbeiterkammer (SOZAK) arbeiten im Zuge des Lehrgangs jedes Jahr in Kleingruppen an von den Gewerkschaften beauftragten Projektarbeiten zu unterschiedlichen gewerkschaftspolitisch relevanten Themen. BetriebsrätInnen, GewerkschaftssekretärInnen sowie Interessierte können diese Projektarbeiten unter www.ichwardabei.at downloaden oder im Verlag bestellen (Michael Musser, +43 1 662 32 96-39732, michael.musser@oegbverlag.at). In unserer neuen Serie stellen wir ausgewählte Projektarbeiten vor, die zum jeweiligen Schwerpunktthema des Hefts passen.

eigentlich über ein „echtes“ Dienstverhältnis und lukrieren durch gelegentliche Schwarzarbeit zusätzliche Einkünfte.

Mehr Kontrolle

Im November 2014 wurde im Parlament eine Novelle des Lohn- und Sozialdumpinggesetzes verabschiedet. Seither drohen bei fehlenden Unterlagen – je nach Anzahl der geprellten ArbeitnehmerInnen – bis zu 10.000 Euro Strafe. Zudem wurden die Lohnkontrollen ausgeweitet, um das Ausmaß der Unterentlohnung exakt zu ermitteln. Während bis dato nur der KV-Lohn herangezogen wurde, werden seit Jänner auch Zulagen wie Überstundenzuschläge oder Sonderzahlungen berücksichtigt. Eine weitere Neuigkeit ist auch die Möglichkeit für betroffene ArbeitnehmerInnen, Nachzahlungen einzuklagen, indem sie über das Vorliegen eines Strafbescheides auch informiert werden. Die Verschärfung der Kontrollen ist eine weitere notwendige Maßnahme, um den Zielen des Lohn- und Sozialdumpinggesetzes näherzukommen: gleicher Lohn am gleichen Ort, fairer Wettbewerb und die Sicherung des österreichischen Lohnniveaus.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
maja.nizamov@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

blog.arbeit-wirtschaft.at

Der A&W-Blog ergänzt die Printausgabe als digitales Debattenforum. Frisch gebloggt gibt einen Einblick, was in letzter Zeit online los war. In voller Länge finden Sie diese sowie jede Menge anderer aktueller Debattenbeiträge zum Nachlesen auf blog.arbeit-wirtschaft.at.

WEBTIPPS DER WOCHE

Wir legen euch diese drei Beiträge besonders ans Herz:

- » Hat die kalte Progression die Steuerreform schon gefressen? (Vanessa Mühlböck)
- » Universitäre Personalpolitik: Laufbahnen mit Perspektive statt Kettenarbeitsverträge (Angelika Striedinger und Katharina Kreissl)
- » Beschäftigungsfördernde Budgetpolitik gefragt (Georg Feigl)

KALTE PROGRESSION – FALSCH GERECHNET?

Ökonomin Vanessa Mühlböck deckt auf, dass manche KritikerInnen der Steuerreform nicht immer ganz richtig zu rechnen scheinen. Die Kritik v. a. vom neoliberalen Think-Tank „Agenda Austria“ bezieht sich auf das Volumen der Steuerreform: Dieses reiche nicht aus, um die „kalte Progression“ aufzuwiegen. Daher bringe die Steuerreform faktisch keine Entlastung für die Menschen – das war nach dem Abschluss der Verhandlungen zur Steuerreform auch in vielen Medien zu lesen.

Kalte Progression bedeutet, dass durch die Tatsache, dass die Bruttolöhne inflationsbedingt steigen, auch die Steuerbelastung überproportional steigt und es neben der realen Zunahme der Steuerbelastung auch zu einer inflationsbedingten Steuermehrbelastung kommt. Mühlböck rechnet in ihrem Blogartikel vor,

dass die Berechnungen der KritikerInnen in diesem Fall aber nicht stimmen können. Sie kommt zu dem Schluss, dass das Ausmaß der kalten Progression von 2009 bis 2015 drei Milliarden Euro betrug, daher bleibt (bei einem Entlastungsvolumen der Steuerreform von fünf Milliarden Euro) eine effektive Entlastung der ArbeitnehmerInnen im Ausmaß von zwei Milliarden Euro.

Diese Entlastung wird nun auch von Agenda Austria anerkannt, aber das wird in den Medien nun nicht mehr groß hinausposaunt. Lesen Sie mehr: tinyurl.com/pbqjtjd

UNIVERSITÄRE PERSONALPOLITIK NEU?

Großes Interesse weckte der Artikel zu der an die Grenzen gelangten Personalpolitik an den österreichischen Unis. Kettenarbeitsverträge – also das Aneinanderreihen befristeter Arbeitsverträge – prägen seit mehr als zehn Jahren das Bild an den Universitäten.

Drei Viertel des wissenschaftlichen Personals an den Unis sind mittlerweile von dieser Form der Prekarität betroffen. „Unsicherheit stachelt zu Höchstleistungen an“, betonte die Vizerektorin der Universität Wien unlängst. Die Universitäten wehren sich also gegen Eingriffe in diese „flexible“ Personalpolitik.

Die Autorinnen fordern eine radikale Steuerungskorrektur der derzeitigen Personalpolitik. Denn das kurzfristig angelegte Prekariats-Modell führt zu einer sozialen Selektion, organisationalen Problemen der Universitäten und zu einem Wettlauf um Publikationen in karriereförderlicher Mainstream-Forschung – und geht somit am eigentlichen Zweck vorbei: nämlich an der Ermöglichung gesellschaftsfördernder, innovativer und kreativer Wissensproduktion. Lesen Sie mehr: tinyurl.com/onu574h

BUDGETPOLITIK ÄNDERN

Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage zeichnet für Österreich kein allzu rosiges Bild: Das Wirtschaftswachstum entwickelt sich nur langsam und die Arbeitslosigkeit steigt weiter deutlich an. Budgetexperte Georg Feigl zeigt in seinem Beitrag auf, wie wichtig momentan eine beschäftigungsfördernde Budgetpolitik ist. Die Reduktion in der Budgetpolitik auf die Maxime eines „strukturellen Nulldefizits“ kann die Probleme nicht entsprechend adressieren. Vielmehr sind Investitionen etwa in soziale Dienstleistungen und in die Infrastruktur wichtig, um die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Angesichts der Prognose, dass das strukturelle Defizit im kommenden Jahr etwas ansteigen könnte, warnt Georg Feigl davor, voreilige falsche wirtschaftspolitische Schlüsse zu ziehen.

Für eine Beurteilung der Budgetstrategie muss ein Blick auf die Struktur des Budgetdefizits in der Vergangenheit geworfen werden: Es zeigt die erhebliche Budgetbelastung durch die Banken. Feigl resümiert, dass Österreich kein Problem in Bezug auf das strukturelle Defizit hat, sondern dass der öffentliche Haushalt vor allem ein Banken- und Konjunkturproblem aufweist. Lesen Sie mehr: tinyurl.com/qz6atlw

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren: blog.arbeit-wirtschaft.at

Sie finden uns auch auf Facebook: facebook.com/arbeit.wirtschaft

Wege aus der Krise im Süden

In Südeuropa wurden in den Jahren vor der Finanzkrise unglaublich viele Fehler gemacht, die in Griechenland kulminierten: zu viel Korruption, zu hohe Militärausgaben, zu viele BeamtInnen, ein zu ineffizientes Steuersystem und zu wenig Augenmerk auf die Verbesserung der Wirtschaftsstrukturen.

Doch viele dafür verantwortliche Regierungen wurden abgewählt (wie in Griechenland) oder stehen knapp davor (wie in Spanien). Es scheint, als würde nun endlich mit dem alten Klientelismus gebrochen und die notwendige Erneuerung der Institutionen, vom Steuersystem über den Arbeitsmarkt bis zum Sozialwesen, angegangen. Nur so können die sozialen Katastrophen von Massenarbeitslosigkeit und Armut überwunden werden, nur so kann eine wirtschaftliche Erholung gelingen.

Kritische Reflexion

Die EU könnte bei diesem Vorhaben eine wertvolle Rolle spielen. Voraussetzung wäre allerdings eine kritische Reflexion jener Fehler, die Europa im Süden gemacht hat. Die EU-Institutionen haben mitten in der Wirtschaftskrise extreme Sparmaßnahmen verordnet: Die Ausgaben für Soziales, Gesundheit und Pensionen, die Zahl und die Gehälter öffentlich Bediensteter, sogar die

Mindestlöhne wurden drastisch reduziert. Das hat zu einem Rückgang der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen geführt – und damit auch von Wirtschaftsleistung und Beschäftigung. Damit war ein weiterer Anstieg der Staatsschulden verbunden.

Beschämenderweise hat Österreich auf BeamtInnenebene und im Rat der Finanzminister stets die Rolle des neoliberalen Hardliners gegenüber dem Süden eingenommen. So trägt die Bundesregierung Mitverantwortung für die Zurückdrängung des Sozialstaates und das Entstehen von Massenarbeitslosigkeit im Süden.

Aufseiten der Starken

Die europäische Politik vertritt heute viel zu oft die Interessen von Vermögensbesitzern, Banken und anderen Teilen der wirtschaftlichen Elite – statt sich auf die Seite der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung, der Arbeitslosen und der sozial Schwächeren zu stellen.

Die katastrophalen Ergebnisse dieser Politik machen sichtbar, wie unabdingbar ein Kurswechsel ist. Die – proeuropäisch ausgerichteten – sozialen Bewegungen in den Krisenländern, aber auch in Kerneuropa machen diesen Kurswechsel zu ihrem Projekt, das es nun konstruktiv und kritisch zu unterstützen gilt. Mit einem expansiven Impuls durch öffentliche Investitionen

muss Europa wirtschaftlich wieder auf die Beine gebracht und die Massenarbeitslosigkeit bekämpft werden.

Die Finanzierung muss zunächst über eine gemeinsame Kreditaufnahme der Staaten und mit Unterstützung durch die Europäische Zentralbank erfolgen, um den Finanzspekulanten das Wasser abzugraben.

Das Feld für sinnvolle Investitionsprojekte ist weit: von Beschäftigungs- und Bildungsmaßnahmen für das Heer der fünf Millionen arbeitslosen Jugendlichen über den dringenden Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Erneuerung von Energiegewinnung und Energienetzen bis hin zur Verbesserung der Gesundheits- und Pflegeleistungen.

Genug Geld vorhanden

Dieses Projekt braucht nicht dauerhaft über öffentliche Schulden finanziert zu werden – und muss es auch nicht, denn Geld ist in ganz Europa genug da: Ein gemeinsames rigoroses Vorgehen gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug durch Transparenz über Vermögen, Abschaffung von ungerechtfertigten Steuervorteilen für Großunternehmen und schließlich die Durchsetzung einer europäischen Vermögenssteuer würden die Finanzierung sozialer Investitionen ermöglichen – bei gleichzeitigem Abbau der zu hohen Staatsverschuldung.

15-M-Bewegung: Am 15. Mai 2011 begannen in ganz Spanien zahlreiche Demonstrationen und Besetzungen öffentlicher Plätze als Protest gegen die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Missstände. Aus dieser Bewegung „Movimiento 15-M“, die hauptsächlich über die sozialen Netzwerke verbreitet und auch als spanische Revolution bezeichnet wurde, entstand 2014 die neue, per Crowdfunding finanzierte Partei Podemos. (Seite 21)

CIS-Bevölkerungsbarometer: Das CIS (Centro de Investigaciones Sociológicas) ist ein spanisches Institut, das u. a. elfmal pro Jahr Meinungsumfragen mit jeweils fix vorgegebenen und variablen Fragen durchführt. (Seite 20) www.cis.es/cis/opencm/EN/11_barometros/index.jsp

Dublin-II-Verordnung: Mit dieser 2003 in Kraft getretenen Verordnung des Rates wurden objektive und einer Rangfolge unterliegende Kriterien festgelegt, um möglichst rasch zu klären, welcher Mitgliedstaat für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist. Seit Jänner 2014 ist die neue Dublin-III-Verordnung anzuwenden, in der auch Grundsatzzurteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg und des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg berücksichtigt sind. (Seite 18)

Employability: Beschäftigungsfähigkeit, Fähigkeit zur Teilnahme am Berufs- und Arbeitsleben; eine allgemein gültige Definition der Beschäftigungsfähigkeit gibt es nicht. Die Mehrzahl aktueller Konzepte orientiert sich an der individuellen Fähigkeit zur Herstellung der eigenen Beschäftigungsfähigkeit angesichts von raschen Veränderungen der Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt. (Seite 39)

ERE: ERE steht für „expediente de regulación de empleo“ – ein gesetzlich geregeltes Verfahren für Massenentlassungen in Spanien. Unter dem ERE-Etikett sollen zwischen 2001 und 2009 insgesamt 150 Mio. Euro der Europäischen Investitionsbank (EIB), die als Wirtschaftshilfe für Andalusien gedacht waren, veruntreut bzw. unterschlagen worden sein. Unter den mehr als 160 Beschuldigten befand sich auch Magdalena Álvarez, sie war von 1994 bis 2004 andalusische Finanz- und Wirtschaftsministerin. Von ihrem Amt als EIB-Vizepräsidentin ist die Spitzenpolitikerin wegen der Ermittlungen gegen sie 2014 zurückgetreten. (Seite 21)

European Anti Poverty Network (EAPN): 1990 in Brüssel gegründete Organisation zur Bekämpfung und Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung in der EU. Mitglieder sind derzeit 31 nationale Netzwerke von Freiwilligen-Organisationen und Graswurzelbewegungen (für Österreich die Armutskonferenz) sowie 18 europäische Organisationen. (Seite 22)

Franco-Faschismus: 1936 putschten konservative Militärs unter der Führung von General Francisco Franco gegen die wenige Monate zuvor demokratisch gewählte spanische Regierung. Franco (1892–1975) regierte nach dem Sieg der Aufständischen im Spanischen Bürgerkrieg 1939 bis zu seinem Tod diktatorisch. Um die Frage seiner Nachfolge zu klären, wurde bereits 1947 die Monarchie wiederingeführt, 1969 bestimmte Franco Juan Carlos de Borbón zu seinem Nachfolger. (Seite 11)

hypertroph: übermäßig wachsend, überzogen. (Seite 22)

IAO: Internationale Arbeitsorganisation, int.: ILO, ab 1919 Einrichtung des Völkerbundes, seit 1946 UN-Sonderorganisation mit Sitz in Genf. (Seite 27)

klandestin: heimlich. (Seite 43)

Metaxas-Diktatur: 1936 wurde der griechische General und Chef der Freisinnigen Partei Ioannis Metaxas (1871–1941) von König Georg II. trotz deutlicher Minderheit im Parlament zum Regierungschef und Außenminister ernannt. Wegen politischer Unruhen erhielt die als Übergangslösung gedachte Regierung weitreichende Befugnisse. Streiks wurden blutig niedergeschlagen, Oppositionelle wie z. B. Georgios Papandreou verbannt. Metaxas wollte Griechenland in neuer Herrlichkeit wiedererstehen lassen, 1939 wurden alle Jugendorganisationen mit der faschistischen EON gleichgeschaltet. Metaxas allerdings war religiösen Minderheiten gegenüber tolerant – und er wollte ein unabhängiges Griechenland. 1940 verweigerte er Mussolini die Kooperation. Wenige Monate nach seinem Tod wurde Griechenland von den Achsenmächten besetzt. (Seite 11)

Multitude: Vielfalt; bekannt wurde der Begriff durch das Buch „Empire: Die neue Weltordnung“ (2000), das auch als „kommunistisches Manifest des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet wird. Die Autoren Antonio Negri und Michael Hardt sehen auch in ihrem zweiten gemeinsamen Werk „Multitude: Krieg und Demokratie im Empire“ Vielfalt als einen möglichen Katalysator für die Entstehung einer globalen Demokratie. (Seite 12)

Negri, Antonio: italienischer neomarxistischer Soziologe und politischer Philosoph, geb. 1933; er setzte sich ein für die Ablehnung etablierter Politikformen (Parteien, Gewerkschaften etc.), die Nichtanerkennung des staatlichen Gewaltmonopols sowie die direkte Umsetzung gesellschaftlicher Bedürfnisse (durch „proletarisches Einkaufen“, kollektives Schwarzfahren, Hausbesetzungen, Mietstreiks etc.). 1979 wurde er wegen Umsturzversuchs und Terrorismus angeklagt, 1984 zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt. Negri, der 1983 für die Radikale Partei ins Parlament gewählt wurde, nutzte seine Immunität zur Flucht nach Frankreich.

Nach seiner Rückkehr nach Italien war er von 1997 bis 2003 inhaftiert. (Seite 12)

Nelkenrevolution: linksgerichteter Aufstand großer Teile der Armee in Portugal im April 1974 gegen die autoritäre Diktatur des Estado Novo. Die Revolution endete schon nach wenigen Tagen erfolgreich. Beendet wurden bald auch die blutigen Kolonialkriege Portugals, 1975 wurden die meisten Kolonien unabhängig. (Seite 11)

Renzi, Matteo: italienischer Politiker der sozialdemokratisch-links-katholischen Demokratischen Partei PD, geb. 1975; seit 2014 italienischer Ministerpräsident. (Seite 19)

Rivera-Diktatur: Miguel Primo de Rivera y Orbaneja (1870–1930) war ein spanischer General, der 1923 im Einvernehmen mit König Alfonso XIII. eine Militärdiktatur errichtete, um die häufigen Staatskrisen zu beenden. Rivera starb kurz nach seiner Entmachtung, 1931 wurde die Republik ausgerufen. (Seite 11)

Salazar-Caetano-Regime: 1926 wurde die Erste Republik in Portugal mit einem Militärputsch beendet. 1933 trat unter Ministerpräsident António Salazar (1889–1970) nach einer Zeit der Militärdiktatur die neue Verfassung des von ihm etablierten Estado Novo (Neuer Staat) in Kraft. In diesem Ständestaat spielten vor allem die Wirtschaft, Großgrundbesitzer, Militär und Kirche eine wichtige Rolle. Die Bevölkerung war vorwiegend arm, die Analphabetenrate hoch. Salazar ernannte 1968 Marcelo Caetano (1906–1980) zu seinem Nachfolger, der nach der Nelkenrevolution 1974 ins Exil ging. (Seite 11)

Save the Children: 1919 gegründete, konfessionell und politisch unabhängige Kinderrechtsorganisation mit Sitz in London. (Seite 19)

Spread: Spanne zwischen Kursen oder Zinssätzen. (Seite 26)

Transparency International: weltweit agierende, 1993 gegründete NGO zur Bekämpfung der Korruption mit Hauptsitz in Berlin. Heute hat TI mehr als 100 nationale Niederlassungen (Chapter) weltweit, seit 2005 auch in Österreich. (Seite 30) www.ti-austria.at

Wieser, Thomas: österreichischer Ökonom und Finanzexperte, geb. 1954 in den USA; seit 2012 Präsident des Economic and Financial Committee (EFC) der EU und Chef-Koordinator der Euro Working Group (EWG) in Brüssel. (Seite 9)

Zapatero, José Luis Rodríguez: spanischer Politiker der Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE), geb. 1960; 2004–2011 Ministerpräsident von Spanien. Sein Nachfolger als Regierungschef wurde Mariano Rajoy von der konservativen PP. (Seiten 20, 36)

Die Krise verstehen und politisch handeln

Alexandra Weiss (Hrsg.)

Studien und Berichte / Ausgabe 2015 / 154 Seiten / EUR 24,90

ISBN 978-3-99046-130-3

Obwohl hier von der Krise im Singular die Rede ist, ist doch klar, dass wir es nicht nur mit einer Krise, einer Krise der Ökonomie zu tun haben. Viele sprechen von einer multiplen oder einer Vielfachkrise, die auch die Bereiche der Reproduktion, der Ökologie, der Demokratie, der Bildung, der Geschlechter- oder der Generationenverhältnisse erfasst. Das gegenwärtige Krisenmanagement durch Staat und Markt zielt aber an diesen Dimensionen vorbei und gerät in Kritik, weil dieselben Strategien – zum Teil noch verschärft – wie vor der Krise von 2008 verfolgt werden. Nach wie vor ist eine Sparpolitik dominant, welche die Integrationskraft der Gesellschaft nachhaltig gefährdet – und nicht zuletzt die politische und wirtschaftliche Macht der ArbeitnehmerInnen schwächt. Das Buch versammelt Beiträge von Heiner Flassbeck, Ulrike Hermann, Sighard Neckel, Birgit Mahnkopf, Gabriele Michalitsch, Thomas Seibert, Bettina Haidinger, Veronika Knapp und Sabine Platzer-Werlberger.



BESTELLUNG

IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

F +43 1 405 49 98-136 / T +43 1 405 49 98-132

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21

Anzahl der Exemplare

Name	Vorname	
Firma/Institution		
Telefon	E-Mail	
Anschrift	PLZ	Ort
Datum, Unterschrift		



OHNE GEWERKSCHAFT
KEIN
URLAUBSGELD

Unser 13. und 14. Gehalt gibt es nur, weil es von der Gewerkschaft durchgesetzt wird.

**LOHNSTEUER
GESENKT!
AB 2016**

SEI DABEI!

OGB ÖSTERREICHISCHER
GEWERKSCHAFTSBUND

www.oegb.at/mitgliedwerden

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW